illoyal

Nr. 3 Lenz 98 Journal für Antimilitarismus · 4 DM

Das Heft
für
Umsonst

TraditionsREICH

Gräber, Gesinnung, Gelöbnisse · Killerbakterien · Klassenfahrt ins Manöver · Männermacht US-Army

Inhalt

3 Worte zum Quartal

TraditionsREICH

4 Gepflegtes Braun in der Bundeswehr
7 Brauner Budenzauber Gelöbnis
10 Militarisierung im untergegangenen SED-Staat
12 *Erinnerung an tote Helden – Unfalltod fürs Vaterland?*
16 Berlin-Mitte: Preußentum und Stadtentwicklung
19 Gelöbnix in Berlin
20 Die Wehrmacht und ihre Verbrechen. Eine Literaturauswahl

LeserInnenbriefe

22 Post für *illoyal*

Berichte

23 News
24 Interview mit dem Wiener Deserteur Herwig Matzka
26 Zero Tolerance? Military Business as usual!
29 Der französische Philosoph Paul Virilio über Krieg und Militär
30 Mit Bakterien morden
32 Wehrmachtsaustellung in Dresden
33 Strammstehen am Schulausgang
34 Spartakus im Weltkrieg

Totale Kriegsdienstverweigerung

37 Prozeß-News

Innenansichten

38 Ein Deserteursdenkmal für Bernau
39 Beratung fürs Leben
40 Spurensuche in Potsdam
41 Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. - Mitgliederversammlung

Service

42 Auslandsaufenthalte
43 Kontakt und Termine

Impressum
Herausgeber: MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin · Tel (030) 6151123 · Fax (030) 61500529 ·
e-mail: illoyal@Kampagne.DE · Internet: http://www.illoyal.Kampagne.DE
Redaktion: Michael Behrendt, Frank Brendle, Alf Dobbert, Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.), Sabine Schaaf, Ralf Siemens, Christopher Steinmetz ·
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor. · Gestaltung: Marc Berger · Karikatur: Andreas Otto · Druck: agit
Bezug: illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelpreis DM 4 zuzüglich Porto. Jahresabonnement DM 20,00 inklusive Versand. *ISSN: 1434-2871*

Worte zum Quartal

Liebe Leserinnen und Leser,

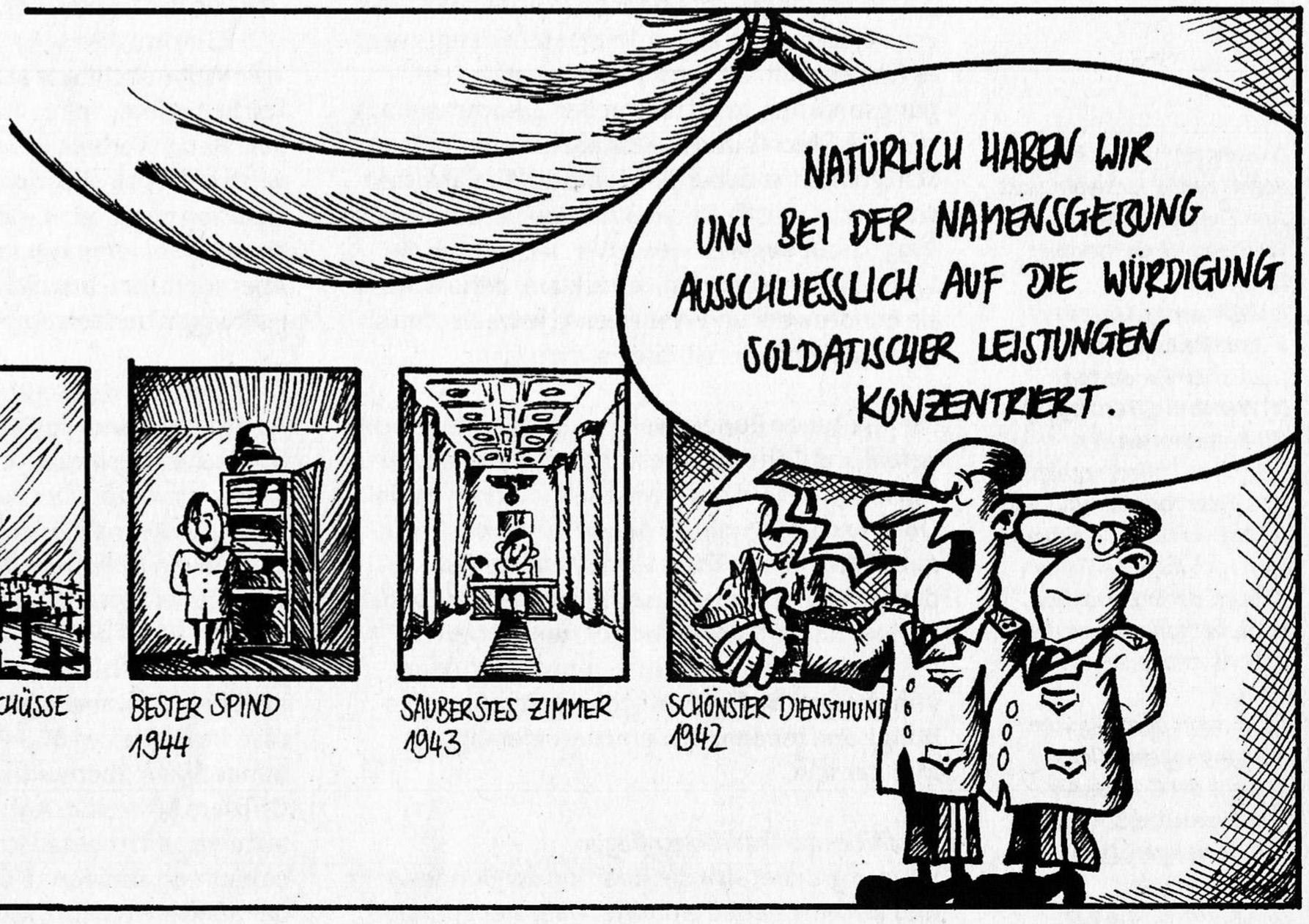
einmal die Augen aufgemacht in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit des Wahljahres 1998 – schon sehen wir überall: Rekruten-Gelöbnisse in der Tradition öffentlicher Aufmärsche und Schwüre aufs Vaterland, Traditionszimmer mit Landkarten von Großdeutschland, die man eben hat in der Bundeswehr und über die auch Rühe nicht gern redet. Wie auch der Traditionserlaß des Verteidigungsministeriums von 1982 festhält, ist Tradition - im Falle der BRD die braune – das Schmiermittel organisierter Gewaltapparate. Militaristische Traditionen blühen nicht allein im verborgenen. Nicht daß wir heimlichen Militarismus besser fänden, aber an wie vielen Ecken und Enden Militärtraditionen öffentlich präsentiert werden – da kann es nicht verwundern, daß wir über den Militarismus in der Bundesrepublik nichts Abschließendes sagen, sondern wieder einmal »nur« einige seiner feldgrauen und olivgescheckten Seiten zeigen.
Und was ist nun Antimilitarismus? Wo ist die „Generallinie"? Eine feste theoretische Grundlage für die antimilitaristische Arbeit der *illoyal*-Redaktion gibt es nicht, wir wollen schließlich kein Zentralorgan auf tönernen Füßen. Aber streitbereit und neugierig sind wir! Antimilitarismus hat viele Seiten, und emanzipatorische Bewegungen haben oft auch eine antimilitaristische Seite. Deshalb werden wir ab diesem Heft ohne feste Chronologie und ohne Vollständigkeitsgarantie über antimilitaristische Theorien und Kämpfe berichten.

Augen auf! heißt es übrigens auch für Schülerinnen und Schüler. Wie wir aus Berliner Schulen erfahren, wird die Bundeswehr immer dreister und wirbt in diesen Zeiten knapper Schulkassen und finanzklammer Elternhäuser mit quasi kostenlosen »Klassenfahrten«, bei denen SchülerInnen eine Woche in der Kaserne leben und dabei das POLIS-Spiel spielen, mit dem sie lernen sollen, daß man Konflikte – natürlich im Ausland – am besten militärisch löst. Sogar in Berufsberatungszentren der Arbeitsämter macht die Bundeswehr sich breit. Was man dagegen tun kann, zeigt ein Bericht der Kampagne Potsdam: Beratung fürs Leben.

Außerdem in diesem Heft: ein Interview mit einem Deserteur aus Österreich, Skandale in US-Kasernen, Biowaffen und vieles mehr.

Im nächsten Heft werden wir die Wehrpflichtfrage noch einmal stellen. Redaktionsschluß ist der 10. Juni – richtig, da war noch was: Am 10. Juni sollen vor dem Roten Rathaus in Berlin wie schon vor zwei Jahren aus Rekruten per Gelöbnis treue Untertanen gemacht werden. Phantasievolle und gewaltfreie Gegenmaßnahmen sind gefragt, findet

die Redaktion *illoyal*



A. Otto

»Unsinn«, kommentierte Volker Rühe die Darstellung der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld. Was ihn so gereizt reagieren ließ, war die Feststellung seiner Parteikollegin in ihrem seit Anfang März vorliegenden Jahresbericht 1997, daß in der Bundeswehr »die gebotene Distanz zur deutschen Wehrmacht ... nicht immer und überall eingehalten wird.«

Gepflegtes Braun in der Bundeswehr

In früheren Berichten der Wehrbeauftragten hatte Marienfeld, ganz auf Rühes Linie, eine rechtsextremistische Tendenz innerhalb der Bundeswehr verneint, trotz der 177 offiziell gemeldeten »besonderen Vorkommnisse« 1997, denen rechtsextreme oder fremdenfeindliche Motive zugrunde liegen.

Marienfeld verneint grundsätzlich den strukturellen Rechtsextremismus in der Bundeswehr, kritisiert aber erstmals die Traditionspflege der Bundeswehr. Rühes verbale Attacke zeigt, wie blank die Nerven angesichts einer nicht endenden Serie von »Einzelfällen« liegen. Immer schwieriger wird es für den politisch verantwortlichen Verteidigungsminister, den strukturellen Zusammenhang zwischen Rechts und Militär abzustreiten. Wissentlich ignoriert er dabei die Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, das bereits 1993 darauf hinwies: »Je weiter 'rechts' sich die Jugendlichen einstufen, desto klarer befürworten sie Bundeswehr und Wehrdienst, je weiter 'links', desto ablehnender ist ihre Position.«(1)

Die Institution Bundeswehr, in der das Prinzip von Befehl und Gehorsam besteht, mit ihren eindeutigen, strikten Hierarchieebenen, in denen es ein Oben und Unten gibt, in denen Werte wie Kameradschaft, Dienen, Treue vermittelt werden, in denen Männer hinter Kasernenzäunen und von der Zivilgesellschaft abgeschottet funktionieren müssen, wird aufgrund ihrer inneren Struktur immer attraktiv für rechtsgerichtete, autoritätshörige und tendenziell demokratiefeindliche Männer sein.

Tradition und Traditionspflege

Worauf gründet sich die Tradition der Bundeswehr, und warum pflegt die Bundeswehr sie? Ein Traditionserlaß regelt offiziell die Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege. Danach wird Tradition als Überlieferung von Werten und Normen verstanden, die ein verbindendes Element zwischen den Generationen herstelle. Sie sei notwendig, um eine eigene Identität zu sichern. Der nach wie vor gültige Erlaß stammt aus dem Jahr 1982 und regelt insbesondere das Verhältnis zwischen der Bundeswehr und ihren Vorgängerinstitutionen. Weil dieser Erlaß allerdings in den entscheidenden Passagen unkonkret formuliert ist und von der Truppe sehr weit ausgelegt wird, sah sich Rühe im März 1997 veranlaßt, klarzustellen: »Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.« »Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein... Aber wir dürfen uns nicht auf rein militärische Haltungen und Leistungen beschränken.«(2)

Die Realität in der Bundeswehr ist eine andere. Allein der personelle Geburtsfehler zeigt, in welcher politischen Gesinnung die Gründung der Bundeswehr sich vollzog. Der Bundesgrenzschutz (BGS) wurde als Keimzelle der Bundeswehr 1951 aufgebaut. Allein 62 Prozent der Offiziersstellen nahmen im Oktober 1951 ehemalige Offiziere der Wehrmacht ein. Auf der Ebene der Zugführer, vorwiegend Unteroffiziere, waren nur 2 Prozent ehemalige Polizisten, aber 96 Prozent ehemalige Soldaten. Fast die Hälfte des BGS-Personals wurde 1956 in die Bundeswehr übernommen, darunter fast 600 Offiziere.(3) In einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage mußte sie einräumen, daß von 38 Generälen und 237 Obersten der Bundeswehr im Oktober 1956 nicht weniger als

(1) Kohr, Heinz-Ulrich (1993): Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst? München: SOWI 1993 (Arbeitspapier Nr. 77).
(2) Rühe am 13. März 1997 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag
(3) Werkentin, Falco (1984): Die Restauration der deutschen Polizei. Frankfurt a.M., New York: Campus Verl.
(4) Antwort des BMinVg vom 29.11.1956 auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion. Bonn: Verhandlungen des BT, 2. Wahlperiode, Drucksachen, Nr. 2953.
(5) Antwort der BReg vom 27.1.1993 auf eine Kleine Anfrage der Gruppe der PDS/Linke Liste. Bonn: Verhandlungen des BT, 12. Wahlperiode, Drucksachen, Nr. 4202.

Traditions REICH

31 Generäle und 100 Oberste dem früheren Generalstab der Wehrmacht angehörten.(4) Einen Bruch mit der Vergangenheit hat es auf der personellen Ebene nicht gegeben und konnte es nicht geben. Die Bundeswehr sollte in kurzer Zeit auf eine Stärke von 500.000 Soldaten aufwachsen, dies konnte nur mit den erfahrenen Wehrmachtssoldaten umgesetzt werden. Sie wurden vorher durch Ehrenerklärungen von führenden Offizieren und Politikern der Westalliierten sowie von Adenauer pauschal von Verbrechen freigesprochen. Sie konnten damit auf dem Weg ihrer militärischen Karrieren von der Wehrmacht zur Bundeswehr weitermarschieren.

In dem sich bildenden gesellschaftlichen Konsens, die Verbrechen des 2. Weltkriegs hätten andere begangen, die Wehrmacht als Institution wäre sauber, wurden Kriegsschiffe und Kasernen nach Angehörigen der Wehrmacht benannt. Noch heute sind etwa 30 Kasernen nach Wehrmachtssoldaten benannt, die nicht dem militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zugeordnet werden können. Die Bundesregierung hob hervor, daß die Kasernenbenennung »ausschließlich in Würdigung ihrer soldatischen Leistungen« erfolgt sei.(5) Das Beispiel einer nach General Dietl benannten Kaserne in Füssen verweist auf das Fortwirken militaristischer Tradition in der Bundeswehr. Dietl, ein überzeugter Nationalsozialist, war sowohl am Kapp- als auch am Hitler-Putsch beteiligt. Hitler nannte ihn seinen »Muster-General«. Trotzdem wurde diese Kaserne erst nach siebenjährigem öffentlichen Druck auf die Bundeswehr durch Rühe im November 1995 umbenannt. Der örtliche CSU-Bundestagsabgeordnete, Kurt Rossmanith, trat entschieden gegen die Umbenennung ein. Für ihn ist Dietl nach wie vor ein Vorbild für die Soldaten der Bundeswehr. Rossmanith ist gegenwärtig der Vorsitzende des Bundestags-Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der rechtsextremen Vorfälle in der Bundeswehr.
Auch die durch Hitlers Traditionsoffensive 1937/38 erteilten Kasernennamen wurden fast ausnahmslos übernommen. Namensgeber sind die Orte siegreicher Schlachten und vor allem hohe Offiziere aus der Zeit des 1. Weltkriegs. Traditionswürdig für die Bundeswehr ist so beispielsweise Lettow-Vorbeck, vierfacher Namenspatron, der von 1914-1918 Kommandeur der deutschen Truppen in Deutsch-Ostafrika war. Danach war er an der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Mecklenburg beteiligt und wurde 1920 aufgrund seiner Beteiligung am Kapp-Putsch aus der Reichswehr entlassen.(6)

Reichswehr, Wehrmacht, Bundeswehr – sogar die Fahnen blieben gleich
Fotos: Archiv

Gemeinschaft - Gesinnung - Gesang

Diese offensichtlich für die Bundeswehr vorbildlichen »soldatischen Leistungen« von Wehrmachtssoldaten beruhen auf soldatischen Normen, wie »Tapferkeit, Disziplin, Kameradschaft, Eid und Liebe zum Vaterland«, die ungeprüft von Teilen der Bundeswehr als verbindenes Element gepflegt und befürwortet werden. Mit diesen Tugenden haben deutsche Soldaten einen Großteil Europas in Schutt und Asche gelegt und einem verbrecherischen Regime bis zum Schluß treu gedient.

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, hat sich unkritisch zu den »soldatischen Leistungen« der Wehrmacht bekannt. 1992, anläßlich seines Weihnachtsbesuches der in Kambodscha stationierten Bundeswehr-Soldaten, machte er keinen Unterschied mehr zwischen den Angehörigen der Bundeswehr und der Wehrmacht. Sichtlich ergriffen stellte er vor laufender Kamera eines Bundeswehr-Werbefilmteams fest: »Es ist das erste Mal seit 1944, daß deutsche Soldaten in grösserer Zahl am Heiligen Abend im Einsatz sind.«(7)

Ob diese Soldaten aus dem 1991 neu eingeführten Liederbuch der Bundeswehr das eine oder andere Lied angestimmt haben, bleibt offen. Jedenfalls geben folgende Textzeilen, die diesem offiziellen Liederbuch entnommen sind, den geistigen Tiefstand wieder: »Unsere Linke an dem Schwerte, in der rechten einen Spieß, kämpfen wir, so weit die Erde, bald für das und bald für dies«; und, als weitere Kostprobe, aus dem 1934 verfaßten Text des »Panzerliedes«: »Mit donnerndem Motor, so schnell wie der Blitz, dem Feinde entgegen, im Panzer geschützt.« Dieses Liederbuch, so die Bundesregierung, haben vor allem Soldaten zusammengestellt. Die Kriterien seien dabei u.a. »Anstand und Sitte« und »Völkerverständigung« gewesen.(8)

In vielen Kasernen sind sogenannte Traditionsräume eingerichtet. In ihnen sind häufig Vitrinen ausgestellt, in denen sich Medaillen, Orden und Abzeichen der Wehrmacht, auch mit Hakenkreuzen, befinden. Große Landkarten über ihre Einsatzräume, eingerahmt von Uniformen und Ausrüstungsgegenständen, glorifizieren distanzlos die militärischen Leistungen der verbrecherischen Wehrmacht. Häufig werden diese Räume von Angehörigen ehemaliger Wehrmachtseinheiten genutzt, deren Verband in einer Patenschaft mit einer Bundeswehreinheit steht. Konkrete Angaben über die Anzahl von Traditionsräumen und Patenschaften verweigert Volker Rühe allerdings.(9)

Die »alten Kameraden« sind in einer Vielzahl von Soldatenverbänden organisiert. Zu den bekannteren zählt die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger«, der »Verband deutsches Afrika-Korps«, der »Bund deutscher Fallschirmjäger« und die »Arbeitsgemeinschaft soldatischer Verbände«.

Die Ordensgemeinschaft beispielsweise leugnet die Verbrechen der Wehrmacht. In ihr haben sich die »alten Kameraden« der Wehrmacht und der Waffen-SS, die mit dem höchsten militärischen Orden, dem Ritterkreuz, ausgezeichnet wurden, organisiert. Zur Bundeswehr besteht trotzdem seit über drei Jahrzehnten eine enge Verbundenheit. Und wenn ein hoch ausgezeichneter Jagdflieger des 2. Weltkriegs und Mitglied der »Gemeinschaft der Jagdflieger« stirbt, hält in Anwesenheit des Kommandeurs des Bundeswehr-Jagdgeschwaders »Mölders« die Bundeswehr die Trauerwache, trägt den Sarg und spielt zum Abschied das »Lied vom guten Kameraden«.(10)

Diese Art der Traditionspflege erhält angesichts des neuen Aufgabenverständnisses der Bundeswehr eine aktuelle Brisanz. Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr und heutige NATO-Militärplaner, General Klaus Naumann, beklagte 1992 die »Weinerlichkeit und Verzagtheit« seines Offizierskorps. »Ich (halte) viel von der Lebensweisheit, daß ein Fisch am Kopf zu stinken beginnt«, mußten sich seine führenden Offiziere anläßlich der 33. Kommandeurtagung in Leipzig anhören. Die Bundeswehr befand sich im Umbruch. Weg von der starren Armee des »Kalten Krieges«, hin zur weltweit agierenden Interventionstruppe, darauf galt es die Kommandeure auch mental einzuschwören. Nicht mehr *kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen*, Leitsatz der Bundeswehr bis 1990, sondern kämpfen können und kämpfen wollen, weltweit.

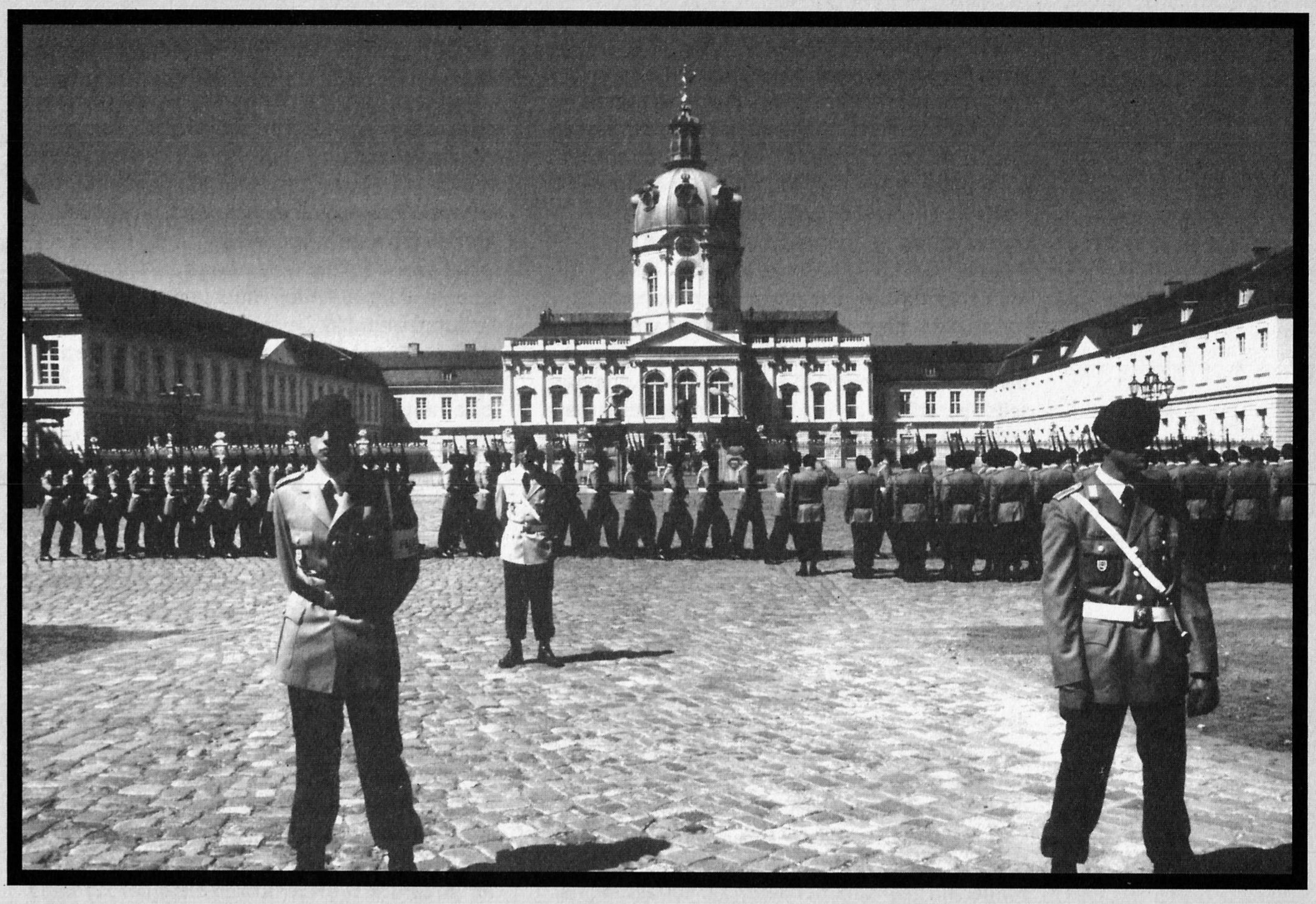
In der Tat, der Kopf des Fisches stinkt gewaltig. Die öffentlich gewordenen fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Skandale der Bundeswehr sind nur die Spitze eines braunen Eisberges. Sie weisen auf ein geistiges Klima im Offizierskorps hin, das parallel zum Historikerstreit die Verbrechen der Wehrmacht relativiert und ihr geistiges Erbe aus den »soldatischen Leistungen« der Wehrmachtssoldaten bezieht. Traditionsgemeinschaften mit »alten Kameraden«, Kasernenbenennungen nach Soldaten der Wehrmacht, das glorifizierende Ausstellen von Wehrmachtsexponaten und Militaria aus der Zeit des Dritten Reiches, die Übernahme von militärischen Zeremonien und Symbolen aus vordemokratischen Zeiten sind fester Bestandteil und Ausdruck des Traditionsverständnisses in der Bundeswehr.

Ralf Siemens

(6) Knab, Jakob (1995): Falsche Glorie. Berlin, Ch. Links Verl.
(7) Monitor, Westdeutscher Rundfunk, ARD, 1.2.1993.
(8) Antwort der BReg vom 16.9.1991 auf eine Kleine Anfrage der Gruppe der PDS/Linke Liste. Bonn: Verhandlungen des BT, 12. Wahlperiode, Drucksachen, Nr. 1145.
(9) taz, 8.1.98
(10) Jägerblatt, September 1995

Brauner Budenzauber Gelöbnis

Rekrutengelöbnis am 10. Juni 1998



Bundeswehr-Gelöbnis 1996 vor dem Charlottenburger Schloß
Foto: Archiv

Im Januar kündigte Volker Rühe auf einer Tagung der CSU in Wildbad Kreuth für den 13. August ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Roten Rathaus in Berlin an. Die Rekruten des Jäger-bataillons 1 Berlin sollten am 37. Jahrestag des Mauerbaus geloben, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

Das Berliner Gelöbnis gehört zu einer Kampagne, die für 1998 ungefähr 100 öffentliche Gelöbnisse vorsieht, unter anderem ein öffentliches Gelöbnis ebenfalls am 13. August vor dem Hamburger Rathaus. Beide Male wurden die Termine den Städten durch die Bundesregierung aufgenötigt, ohne die Stadtparlamente zu informieren. Kritikwürdig ist einerseits der politische Stil, in dem die Regierungskoalition an den Parlamenten vorbei antiquierte Zeremonien im öffentlichen Raum etablieren will, andererseits das Zeremoniell an sich, mit dem eine Militärtradition in die zivile Öffentlichkeit transportiert wird, ohne zu fragen, ob das Ritual zeitgemäß oder wenigstens traditionswürdig ist. Mittlerweile wurde der Gelöbnistermin in Berlin, wegen zu starken öffentlichen Drucks, auf den 10. Juni vorverlegt. Der Termin in Hamburg allerdings wurde durch den Hamburger Senat abgelehnt.

Gelöbnis-Geschichte

Der Eid, auch als leiblicher Eid bezeichnet, entstammt in seinen Ursprüngen dem germanischen Heidentum. Die Eidesformel verlangte die Berührung eines Gegenstandes, bei dem geschworen wurde. Erst durch diese Berührung wurde nach Auffassung der Germanen der Zauber des Eides erzeugt und die Verbindung mit den übersinnlichen Eidmächten hergestellt. Der Brauch der Germanen, auf ihr Schwert zu schwören, ist heute noch mit dem Schwur auf die Waffe oder andere Gegenstände, z.B. Fahnen, in vielen Armeen erhalten.
Mit dem Fahneneid bekennen sich Soldaten zur soldatischen Pflichterfüllung. Erst in den Söldnerheeren der frühen Neuzeit ergab sich die Notwen-

digkeit einer Eidleistung, da das Lehnsrecht des Mittelalters keine Anwendung mehr fand.(1)
Der Eid der Söldner galt den Artikelbriefen, die als privatrechtliche Verträge zwischen Kriegsherrn und Söldner geschlossen und durch einen Schwur bekräftigt wurden. Alle Bestimmungen, Felddienst, Ausrüstung, Besoldung etc., waren in den Artikelbriefen festgelegt, die zusammen mit den späteren Kriegsartikeln Vorläufer der Wehr- und Soldatengesetze wurden. Der Eid der Söldner ist der Ausgangspunkt der Gelöbnistradition in der Bundeswehr.
Bei den stehenden Heeren des Absolutismus wurden vor der Vereidigung die Kriegsartikel verlesen. Die Soldaten hatten sie einzuhalten und dem Herrscher oder Kriegsherren Treue zu schwören. In den gravierenden Staats- und Heeresreformen der Napoleonischen Zeit fand die Vereidigung auf den namentlich genannten König oder Landesherren statt. Der Eid band die Soldaten eng an den Herrscher, wurde aber variabel nach dem Motto geleistet: Der König ist tot, es lebe der König.
Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht trat an die Stelle privatrechtlicher Abmachungen eine gesetzliche Untertanenpflicht. Der Soldat band sich mit seinem Eid einerseits daran, andererseits aber stärker als je zuvor an den Landesherren. Spätere Bemühungen des liberalen Bürgertums, die Soldaten auf die Verfassung schwören zu lassen, scheiterten bis zum Ende des ersten Weltkrieges.(2)
In Deutschland ist der Eid auf die Verfassung generell erst 1919 eingeführt worden. Die Verfassung der Weimarer Republik war übrigens die einzige, auf die ein deutscher Soldat je geschworen hat. Im Fahneneid von 1919 verpflichteten sich die Angehörigen der Reichswehr zur Treue gegenüber der Reichsverfassung und zum Schutz des Deutschen Reiches sowie seiner gesetzmäßigen Einrichtungen. Erstmals entfiel auch der religiöse Bezug, der in allen vorherigen Eiden die Verbindung zu Gott herstellte.
Nach der Machtübernahme der Nazis wurde der Fahneneid geändert; der Bezug zur Verfassung fiel weg, und an seine Stelle traten die Begriffe Volk und Vaterland. Nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg wurde der Wortlaut des Fahneneides erneut geändert: Der Eid der Wehrmacht verpflichtete die Soldaten zum unbedingten Gehorsam gegenüber Adolf Hitler. Der neue Fahneneid knüpfte also erneut an monarchische Traditionen an. Er behielt bis zur bedingungslosen Kapitulation der Nazis seine Gültigkeit. Auf Eidbruch stand die Todesstrafe. Niemals seit der Einführung der Wehrpflicht wurde der Eidbruch unter solche Strafe gestellt.
Nach langwierigen Diskussionen wurde die Vereidigung auch in den Soldatengesetzen für die Bundeswehr wieder festgeschrieben. Ausgehend von der Überlegung, ob nach dem Mißbrauch des Fahneneides im Dritten Reich überhaupt noch eine Vereidigung statthaft sei, wurde diese für freiwillig dienende Soldaten analog zum Beamteneid wieder eingeführt. Es kam zu einer Trennung der Inpflichtnahme von Zeit- und Berufssoldaten, die den Eid, und den Wehrpflichtigen, die ein Gelöbnis ablegen. Soldaten sind die einzigen Staatsdiener, die öffentlich vereidigt werden. Auch jetzt nach der »Wiedervereinigung« schwören die Soldaten der Bundeswehr nicht auf die Verfassung, sondern auf die Bundesrepublik Deutschland. Der Schwur auf die Verfassung wie in der Weimarer Republik wurde ursprünglich abgelehnt, da es sich bei der bundesrepublikanischen Verfassung bis zur sogenannten Wiedervereinigung nur um eine provisorische handelte.

Das Gelöbnis der Bundeswehr geht also in seinen Ursprüngen auf einen Vertragsabschluß zwischen Söldnern und Herrschern zurück, der mündlich mit einem Eid besiegelt wurde. Ursprünglich handelt es sich um ein Ritual der Germanen, welche gerne von rechtsextremer und rechtsradikaler Seite als geschichtsbildend für das deutsche Volk angesehen werden. Die Geschichte zeigt, daß variabel ist, wie, auf was oder wen geschworen wird. Im diesem Jahrhundert kam es vor, daß ein- und derselbe Soldat zuerst auf die Verfassung der Weimarer Republik, dann auf Adolf Hitler und schließlich auf die Bundesrepublik Deutschland oder die DDR geschworen hat. Eine Neuvereidigung wurde auch mit Soldaten der NVA durchgeführt, die vom Sozialismus zum Kapitalismus konvertierten. Das Gelöbnis ist ein Ritual, das zwar im Soldatengesetz verankert ist, aber aus moderner ziviler Sicht wegen seiner Geschichte eher als alter Zopf betrachtet werden kann. Alte überflüssige Zöpfe soll man abschneiden!

Sinn und Zweck des Gelöbnisses
Ursprung aller Eide ist das Mißtrauen in das einfache gesprochene Wort und zusätzlich der Zweifel an der Gesetzes- und Pflichtentreue, der durch den Schwur beseitigt werden soll.(3) Um diese Zweifel auszuräumen, wurde die Wahrheit der Aussage vor einer übermenschlichen Macht beteuert. Diese Macht werde strafen, wenn die Aussage falsch sei oder das Versprechen nicht erfüllt würde. Im Gelöbnis tritt das Wort hinter einen Appell an das Gefühl zurück. Die Feierlichkeit dient der Stärkung des Pflichtgefühls der Soldaten und im Extremfall dazu, Gehorsam bis in den Tod zu versprechen.
Spätestens seit Einführung der Kriegsartikel wurde nicht mehr darauf geachtet, ob ein Soldat eidbrüchig wurde. Eine Ausnahme stellte die Nazidiktatur dar. Hier gab es die Gesetze, die den Eidbruch als solchen unter Strafe stellten.
Jeder Bundeswehrsoldat hat die Möglichkeit, das feierliche Gelöbnis zu verweigern, ohne daß ihm dadurch strafrechtliche Konsequenzen entstehen. Faktisch ist das Gelöbnis nichts weiter als eine ritualisierte Handlung, die den Soldaten eine mystische Erhöhung erfahren läßt, um zusätzliche Todes- und Tötungsbereitschaft zu erzeugen. Nun kann mensch darüber trefflich streiten, worin der Sinn dieses Rituals für unsere zivile Gesellschaft steckt.

Gelöbnisort
Hinsichtlich der Öffentlichkeit einer Vereidigung oder eines Gelöbnisses ist ein Schema weder insgesamt noch für einzelne Epochen oder Kontingente zu erkennen. Seitdem die Truppen kaserniert

(1) Walter Transfeld, Wort und Brauch in Heer und Flotte, Stuttgart 1986, S. 30 ff.
(2) ebenda
(3) Peter Dade, Fahneneid und feierliches Gelöbnis, Wehr und Wissen Verlagsgesellschaft MBH, Darmstadt, 1971, S. 7.
(4) Hans Peter Stein, Symbole und Zeremoniell in deutschen Streitkräften vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Augsburg, 1991, S. 96 ff.

waren, hat man Soldaten meistens innerhalb von Kasernenmauern vereidigt. Bereits bei der Neuvereidigung auf Adolf Hitler 1934 wurde diese Zurückhaltung aufgegeben und der Weg in die Öffentlichkeit beschritten. Nach Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 wurden Soldaten in großen Massen gemeinsam an einem Standort innerhalb militärischer Anlagen vereidigt. Durch die Einladung der Angehörigen und örtlicher Würdenträger wurde hinter der Kasernenmauer Öffentlichkeit hergestellt. Immer häufiger fanden Veranstaltungen dieser Art außerhalb der Kaserne statt.(4) Die Nazis waren bemüht, auf möglichst vielen Gebie-

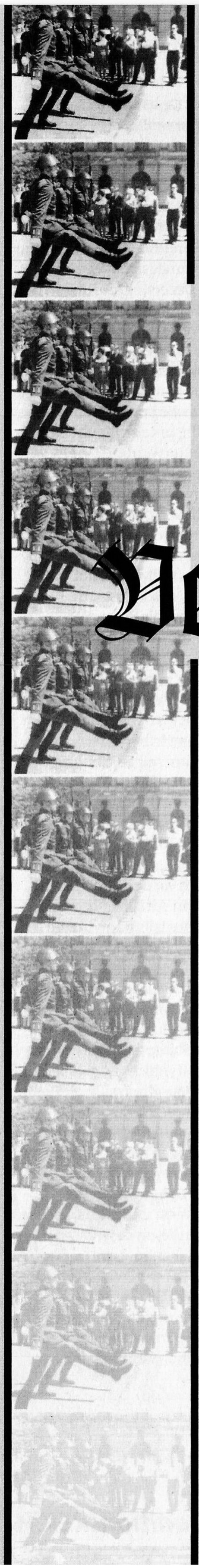
Vereidigung der Reichswehr auf Hitler am 2. August 1934
Foto: Archiv

ten preußisch-deutsche Traditionen wiederzubeleben. Symbol dafür waren der »Tag von Potsdam« und die Eröffnung des neu gewählten Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche 1933. In diese Linie fügte sich auch der zu leistende Eid ein, erneut auf einen Herrscher. Militärisches Zeremoniell in der Öffentlichkeit zu veranstalten diente bei den Nazis sowohl der Traditionsbildung als auch der militärischen Propaganda und damit der Vorbereitung des Angriffskrieges. Wenn Bundeswehrgelöbnisse öffentlich, ob in der Kaserne oder außerhalb, durchgeführt werden, kann nur die Wehrmacht dafür Vorbild sein. Wenn Politiker wie Rühe behaupten, es handele sich bei solchen Veranstaltungen um eine gute Tradition, beziehen sie sich damit auf die kriegsvorbereitende Propaganda der Nazis. Nur in der schlimmsten Zeit der neueren deutschen Geschichte wurden Soldaten so oft öffentlich vereidigt. Von einem Akt der Verbundenheit mit der Bevölkerung kann dabei nicht die Rede sein, denn der Befehl des Vorgesetzten ist ausschlaggebend für den Soldaten, und zwar auch dann, wenn er auf das eigene Volk schießen muß.

Militär in die Öffentlichkeit, Gewöhnung an das Militärische - auf, auf zur Normalität!

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation stand die Doktrin der militärischen Abschreckung in Frage, daher bemühte man sich schnell um eine neue Legitimation. 1990 stellte die »Kommission über die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr« fest, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik auf neu zu schaffende Aufgaben der Bundeswehr vorsichtig vorbereitet werden muß. Der erweiterte Begriff der Landesverteidigung, bei dem es jetzt auch um die Absicherung der Rohstoffreserven weltweit geht, kann der Bevölkerung nur in einem langen Gewöhnungsprozeß vermittelt werden. Da die UNO ein hohes Ansehen bei der bundesrepublikanischen Bevölkerung genießt, sollte die Bundeswehr maßgeblich als Retter und Helfer unterm Blauhelm dargestellt werden. Nur so könne vermittelt werden, daß deutsche Landser wieder weltweit kämpfen. Nachdem sich der Wehrunwille unter den Wehrpflichtigen immer deutlicher in den stetig wachsenden KDV-Zahlen ausdrückte, ging die Hardthöhe zum Angriff über. Anzeigenwerbung in allen großen Tageszeitungen, Fernsehwerbespots, öffentliches Auftreten der Musikkorps zu den unterschiedlichsten Anlässen, die Besetzung historischer Daten mit militärischem Zeremoniell und vieles mehr gehören zur Offensive. Die Werbekampagne und die damit verbundene Strategie, die Bevölkerung ans Militär, ans Sterben und Töten zu gewöhnen, verschlingen bis ins nächste Jahrtausend Hunderte Millionen an Steuergeldern. Der starke Staat in Paradeuniform zeigt die eiserne Faust, frisch poliert; Dreck und Blut sind weggewischt. Mittlerweile wird in vielen Kasernen der Befehl ausgegeben, daß Soldaten die An- und Abfahrten nach Hause in Uniform durchführen müssen. In der Regierungshauptstadt gab es bisher einen Großen Zapfenstreich vor dem Brandenburger Tor. Zum 50. Jahrestag der Luftbrücke im Frühjahr 1998 soll dieses ebenfalls fragwürdige Zeremoniell unter Ausschluß der zivilen Öffentlichkeit auf dem Flugplatz Tempelhof wiederholt werden. Es gibt einmal im Jahr ein großes Militärmusikfest, bei dem Jung und Alt der Marsch geblasen wird. Das Gelöbnis am 10. Juni reiht sich in eine ganze Offensive ein. Wer behauptet, es sei normal, deutsche Soldaten in der Öffentlichkeit geloben zu lassen, sollte, bevor er den Mund aufreißt, die deutsche Geschichte betrachten. Wer behauptet, ein öffentliches Gelöbnis gehöre zur guten Tradition unserer Armee, muß sich fragen lassen, was am Militärischen denn überhaupt gut sein soll. Wer sich dann noch über die Anziehungskraft der Bundeswehr für Rechtsextreme und rechtsradikale Deutsche wundert, hat das Wesen des Militärischen nicht kapiert, denn demokratische Gepflogenheiten sind das letzte, was das Befehls- und Gehorsamsprinzip verkraftet. Gelöbnisse sind militärisch überflüssig, denn es gibt Wehrpflicht- und Soldatengesetze. Sie sind nichts weiter als eine mehr als fragwürdige Tradition. Also weg mit diesem Mummenschanz!

Michael Behrendt



Militarisierung im untergegangenen SED-Staat

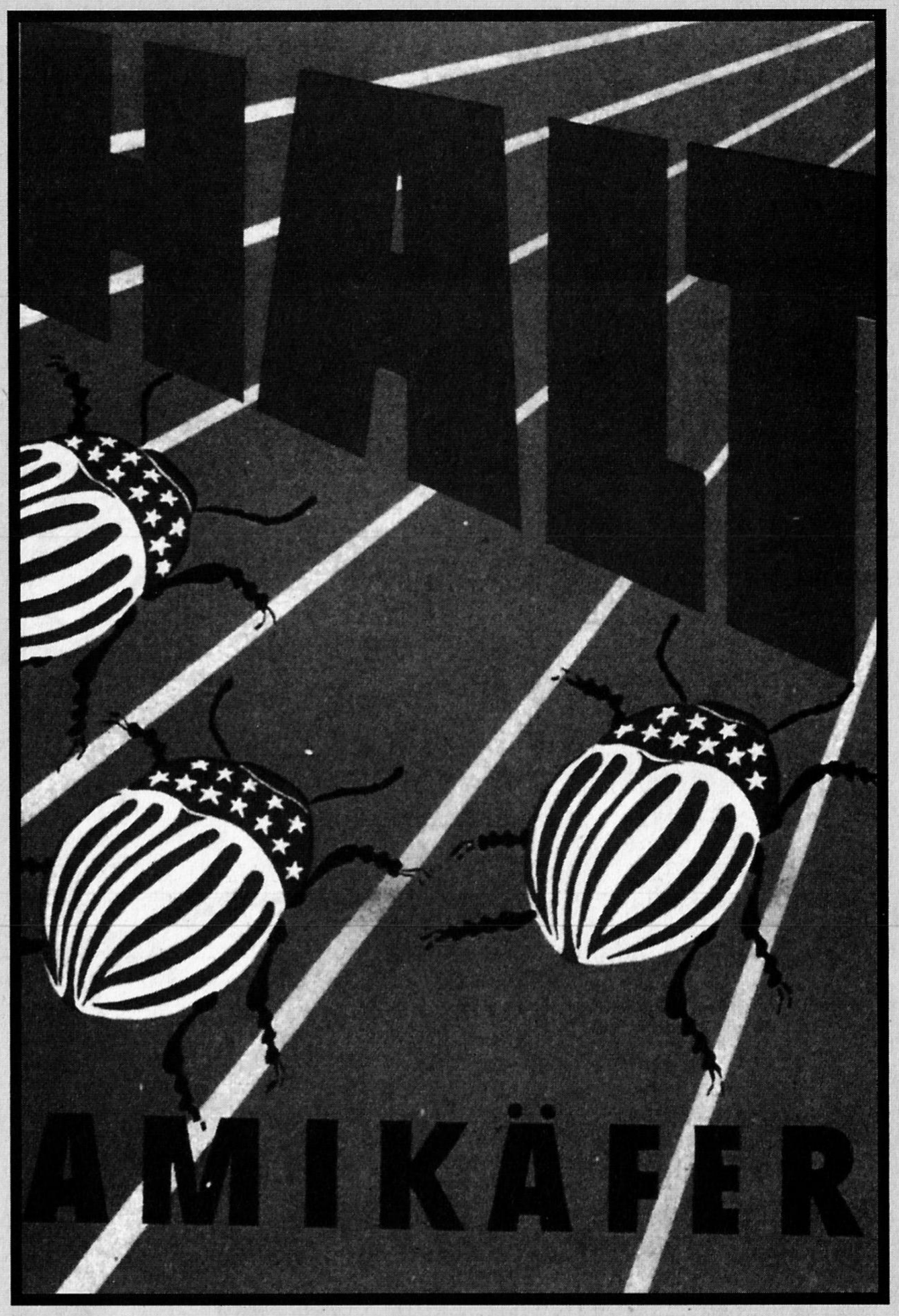
Ein Volk von Verteidigern

Demonstrative militärische Aufmärsche und Fakkelzüge, die allgegenwärtige Präsenz von Uniformierten, von Kontroll- und Überwachungssystemen sowie von Losungen, die von kriegerischer Sprache (»Kampf«, »Kämpfer«, »Front« u.ä.) nur so strotzten, prägten das äußere Erscheinungsbild der DDR. Und wie uns der letzte Innenminister, Peter-Michael Diestel, vor kurzem wissen ließ, leistete sich der SED-Staat mit seinen rund 16,5 Mio. Einwohnern 1989 fast eine Million Waffenträger.(1) Was verbarg sich hinter diesem martialischen Bild? Waren es Sorgen um den Frieden und die Sicherheit der Bürger oder Ausdruck eines militaristischen Staatsgebildes?

Im herkömmlichen Sinne spricht man von einem militaristischen Staat, wenn er von militärischen Machtprinzipien und Denkweisen beherrscht wird, die den Krieg und seine Vorbereitung als normal oder gar wünschenswert erscheinen lassen. Man würde dem SED-Regime unrecht tun, ihm derartige Wesenszüge zu unterstellen. Weder herrschten die Militärs noch wurde Kriegsverherrlichung betrieben. Anders sieht es mit der Militarisierung aus. Sie kann sich auch ohne diese Wesenszüge derart entfalten, daß ein Staat militaristisch wirkt. Das dürfte besonders dann zutreffen, wenn eine Staatsführung militärischen Erwägungen und Sicherheitsvorstellungen absoluten Vorrang und bewaffneten Kräften eine Sonderstellung einräumt, wenn sie den Alltag mit militärisch-autoritären Ordnungsformen überzieht und eine immer engere Verflechtung des militärischen Lebens mit dem zivilen betreibt.

Die DDR war ein solcher Staat. Eingeleitet wurde die Militarisierung mit verdeckten Karten. Die Schaffung der Polizei 1945 entpuppte sich als »die Geburtsstunde der bewaffneten Kräfte der Arbeiterklasse« und das 1950 ins Leben gerufene Sportleistungsabzeichen »Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat« als Auftakt einer breit angelegten Wehrerziehung. Doch erst der Mauerbau, das heißt die endgültig geschlossene deutsch-deutsche Grenze, schuf die Voraussetzung, »nicht nur eine schlagkräftige Armee [...], sondern auch entsprechende Vorbedingungen dieser Schlagkraft auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens« (2) durchsetzen zu können. Mit dem am 18. August 1961(!) ausgerufenen FDJ-Aufgebot »Das sozialistische Vaterland ruft! Schützt die Republik!« sowie dem 1962 verabschiedeten Verteidigungs- und Wehrpflichtgesetz ging die SED in die Wehroffensive. Im Mittelpunkt stand das Leitbild vom feindbildfixierten und militärisch kampfbereiten »Revolutionär«, das nur kurzzeitig als Folge des von Walter Ulbricht eingeleiteten »Neuen Ökonomischen Systems« durch die »Helden der Arbeit in den Wirtschaftszweigen« abgelöst wurde. Angesichts des »Prager Frühlings« und der damit heraufgezogenen Gefahren für die SED-Clique kehrte man schnell ins militante Fahrwasser zurück. Dazu paßte der Machtantritt Erich Honeckers im Jahre 1971. Mit ihm gelangte ein Mann an die Spitze von Partei und Staat, der wie kein anderer als Vertreter der Hardliner-Fraktion innerhalb der SED dem sowjetkommunistischen System verfallen und vom »Sicherheitsdenken« geprägt war. Er initiierte Anfang der fünfziger Jahre die ersten wehrsportlichen Aktivitäten der FDJ und der paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik (GST), organisierte 1961 den Mauerbau, führte 1967 den Luftschutz in ein »System der Zivilverteidigung« über, war langjähriger Sicherheitsbeauftragter des ZK der SED und besonders eng mit Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und Stasi-Chef Mielke verbunden. Unter ihm rückten immer mehr Militärs in die Schaltstellen des SED-Apparates auf, darunter Erich Mielke, der 1974 forderte, in der DDR keine stasi- und polizeifreien Räume zuzulassen. Bereits 1976 konnte Honecker bilanzieren: »Keinen Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens gibt es, der nicht von den Belangen der Landesverteidigung durchdrungen ist.«(3)

Und in der Tat: In der Honecker-Ära erhielt die Militarisierung einen gewaltigen Schub. Die »Bereitschaft und Fähigkeit zur Verteidigung des Sozialismus« wurde als »höchste politische und moralische Konsequenz des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus« postuliert und zum Maßstab aller Dinge erhoben. Sie bestimmte fortan den Grad schulischer und beruflicher Ab- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten. Wer sich zu entziehen oder gar zu widersetzen versuchte, mußte in der Regel attraktive Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze abschreiben und mit Repressionen rechnen. Mehr und mehr ehemalige Zeit- und Berufssoldaten rückten in zivile Schlüsselstellungen auf und bildeten, geprägt von Disziplin, Befehl und unbedingtem Gehorsam, die personellen und – in Form der Kampfgruppen der SED sowie der Kräfte der Zivilverteidigung, der GST und



Ami-Käfer im Kampf gegen friedliebende DDR-Kartoffeln
Foto: Archiv

(1) Vgl. Mitteldeutsche Zeitung Halle vom 13.2.1998. Darunter zählten alle bewaffneten Kräfte, wie NVA, Polizei, Staatssicherheit, Kampfgruppen, und das betraf auch hochgradige Nomenklatur-Kader, z.B. die ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED.
(2) Oberst Herbell, in: Neues Deutschland 15.11.1961.
(3) vgl. Neues Deutschland vom 9.6.1978.
(4) vgl. Eckart Schiele: Wehrerziehung im DDR-Kindergarten, in: Pädagogik und Schule in Ost und West, Nr. 2/83.

der Reservistenkollektive – die strukturellen »militärischen Stützpunkte« im zivilen Bereich. Sie verkörperten das Fundament einer Wehrerziehung, die nahezu alle Bürger erfaßte: In den staatlichen Kindergärten wurde versucht, bei den 3-6jährigen »Gefühle des Vertrauens [...], der Liebe und der Dankbarkeit zu den Soldaten und Offizieren« zu wecken und ihnen so ein militaristisch geprägtes Leitbild zu vermitteln.(4) Die Schulen hatten diese Gefühle zu vertiefen und mit der Erziehung zu einem unversöhnlichen Feindbild – namentlich gegenüber der Bundeswehr und den USA-Streitkräften – zu kontrastieren. Der Ernstfall wurde in »Pioniermanövern« trainiert. Unter Ausnutzung der Abenteuerromantik hatten die Kinder »Agenten« zu jagen und Grenzen zu »sichern«. Für die 12- bis 14jährigen standen verkleinerte Attrappen des sowjetischen Panzertyps T-34 bereit, mit denen sie in die Rolle eines Panzerschützen schlüpfen konnten. Auf die 15- und 16jährigen warteten die hauptsächlich mit wehrsportlichen Einzel- und Mannschaftskämpfen gefüllten »Hans-Beimler-Wettkämpfe«. Gleichzeitig war diese Altersstufe seit September 1978, nicht zuletzt »dank« der Bildungsministerin Margot Honecker, einer obligatorischen Wehrausbildung ausgesetzt: Den Schülern wurden Wehrlager und den Schülerinnen Kurse in der ebenfalls nach militärischen Ordnungsformen gestalteten Sanitätsausbildung abverlangt. Darüber hinaus galt für die Wehrerziehung das fachübergreifende Prinzip: Kein Schulfach und Lehrbuch blieb von diesem Thema unberührt. So hatte beispielsweise der Sportunterricht die physische Wehrbereitschaft zu stärken und zur »Verinnerlichung« solcher Ordnungsformen beizutragen, wie »Antreten in Linie«, »Marschieren im Gleichschritt« und »Exaktheit in der Kommandosprache- und ausführung«. Ab 16 Jahre war man auch für die GST »reif«, die sich unter Honecker »zur Schule des Soldaten von morgen« mauserte. Sie prägte vor allem die Wehrerziehung der Lehrlinge und Oberschüler. Studentinnen unterlagen der obligatorischen Ausbildung in der Zivilverteidigung. Studenten hatten sich einer Reservistenausbildung zu unterziehen und sollten vornehmlich in den achtziger Jahren »moralisch-psychische« und »physische« Fähigkeiten entwickeln, die den »Anforderungen eines modernen Krieges« und der »Landesverteidigung« gewachsen erschienen. Wehrsportliche Massenveranstaltungen (Schießwettbewerbe und militärische Mehrkämpfe), Übungen in der Zivilverteidigung und Arbeitsvereinbarungen der NVA mit allen nur möglichen Einrichtungen und Organisationen zielten darauf ab, auch noch die letzten Orte und Bürger in die Wehrerziehung einzubinden.

Die ideologischen Grundlagen der Militarisierung der DDR beruhten auf dem Marxismus-Leninismus. Neben der Droh- und Abschreckungsfunktion nach außen war sie im Kern innenpolitischer Natur: Sie entsprach einem Instrument der »Diktatur des Proletariats«, respektive der SED, mit der die Macht einer Minderheit über die Mehrheit der Bevölkerung gesichert werden sollte. Die zunehmende Militarisierung bildete eine Reaktion der SED auf die vom KSZE-Prozeß ausgegangene Entspannungspolitik, die die von Honecker betriebene Abgrenzungspolitik zu unterlaufen drohte. Sie hatte vor allem eine disziplinierende und einschüchternde Funktion. Der vermehrte Rückgriff auf direkte und indirekte Zwangsmittel belegt freilich auch, daß der Militarisierungsprozeß auf wachsende Vorbehalte und Widerstände stieß. Die unabhängige Friedensbewegung »Schwerter zu Pflugscharen« und der repressive Umgang des Staates mit dieser Bewegung sprachen für sich. In welchem Maße die ideologischen, und zwar auch die militaristischen, Prämissen in der DDR von der Bevölkerung angenommen wurden oder nicht, zeigte die Entwicklung in den Jahren 1989 und 1990, als Hunderttausende in das Lager des »Feindes« überliefen und sich schließlich die übergroße Mehrheit der Bürger der DDR mit dem Beitritt zur alten Bundesrepublik für ein System entschied, das sie nach jahrzehntelanger Beeinflussung eigentlich als »friedensgefährdend« und »inhuman« hätten ablehnen müssen.

Bernd Eisenfeld

Erinnerung an tote Helden

Auf dem Grabmal General Winterfelds (Invalidenfriedhof Berlin) sind die heldischen Zeichen versammelt: Achilles-Helm, preußischer Adler, Rüstung, Keule und links unten der Widderkopf – ein heldisches Opferlamm
Foto: S. Mühlke

Unfalltod fürs Vaterland?

»Ich sehe meinen Pritschennachbarn zur Früh am Latrinenbalken hängen, ein Schild um den Hals: ICH WAR EIN KRIEGSVERBRECHER.« (1)

1.

Siegfried war ein schlechter Held: Er hütete es schlecht, das Geheimnis seiner Kraft und das Wissen um seine Verwundbarkeit. Hagen, der bessere, weil geschicktere Krieger, tötete ihn hinterrücks an der Quelle. Doch bester Held war König Gunther, der solchen Helden zum Lehnsmann hatte. Schade nur, daß Siegfried sich mit der Heldin Kriemhild verbunden hatte, die ihn mit Strömen von heldischem Blut und unter Zerstörung Tausender Rüstungen zu rächen wußte.(2)
Gute Helden, wenn sie schon sterben müssen, haben die Wunden vorn. Die Heroen der großen Epen des Hochmittelalters kämpften für die Ehre, einen damals gar nicht metaphysischen, sondern materiell durch Herrschaft bestimmten Wert. Wer Lehnsmann des Mächtigsten war, hatte selbst Macht und konnte über materiellen Reichtum in Gestalt von Land verfügen, das von abhängigen Leuten bewohnt war. Dies verband sich aufs beste mit der Geschichte vom jeweils eigenen unbesiegbaren Geschlecht, dessen tote Helden Macht und Ehre eines Adligen überhöhten: Die Macht der toten, durch Heldentum unsterblichen Vorfahren setzte sich physisch in die Wucht der eigenen Schwerthand um. Ein adliges Geschlecht: eine aus den mythischen Brunnen der Vergangenheit schöpfende Folge von Schlagetots.

Die Neuzeit hat an die Stelle der vergleichsweise unmittelbaren Interessen mittelalterlicher Herrschaftskonflikte und christlicher Kreuzzüge den modernen Krieg gesetzt. Schon die Landsknechte, erst recht aber die massenhaft ausgehobenen Soldaten neuzeitlicher Armeen verbindet wenig mit ihren Kriegsherren. Eigener Anteil an Herrschaft wird durch den relativ unsicheren Sold ersetzt; die Ziele neuzeitlicher Herrscher und bürgerlicher Regierungen sind von den Interessen der wirklichen Kombattanten weit entfernt. Warum also sich in Todesgefahr begeben? Wer keine unmittelbaren Vorteile erkämpfen kann, braucht eine höhere Idee (und ein Feindbild). So – in äußerster Kürze zusammengefaßt – entstand das Konstrukt des Heldentods für das Vaterland. Statt unmittelbarer Teilhabe an der Macht wird unsterblicher Ruhm verheißen. Wer fürs Vaterland stirbt, wird für einen vorgeblich höheren, quasi religiösen Zweck geopfert. Beweis genug sind die wohlgepflegten Kriegerdenkmäler überall im Land, bedeckt mit Allegorien der Tapferkeit und des Sieges.

Der Tod im Krieg, wird suggeriert, ist heroischer, besser und nicht zuletzt ästhetischer als der »gewöhnliche«, zivile Tod der BürgerInnen. Im Krieg stirbt mann nicht, sondern »fällt« oder »wird gefällt« (wie eine Eiche). So wurden im nationalsozialistischen Deutschland die Toten des Bombenkrieges in den Todesanzeigen durch einen fetten schwarzen Balken von jenen getrennt, die den Heldentod auf dem Schlachtfeld gestorben waren. Die dritte und niedrigste Kategorie stellten die ohne besonderes Heldentum gestorbenen Personen dar – in einem eigenen Kasten waren sie in den Zeitungen vom Kasten der Kriegstoten abgeteilt.(3) Tote wurden post mortem zu Helden gemacht, indem den trauernden Eltern das nachträglich verliehene Eiserne Kreuz übergeben wurde. »Gefallene« konnten als ganz besondere Männer sogar noch aus »Fräulein« Frauen – freilich Witwen – machen, denn auch nachträgliche Eheschließungen waren im Dritten Reich möglich und wurden durch Zeitungsanzeige bekanntgegeben. (4)

Den Krieg und das Heldentum verherrlichende Filme und Bücher finden sich nicht nur in der Trivialkultur, sondern auch in der »guten« Literatur. Und wo, wie in Ernst Jüngers »Stahlgewittern«, auch von Tod, Zerfleischung und Gaskrieg die Rede ist, wird doch alles überstrahlt von märtyrerhaftem Glanz, der den Kriegern verliehen wird: Ihr Antreten am Morgen wird zu einem »furchtbare(n) schweigende(n) Zeremoniell, durch welches sich das Blutopfer ankündigt«, das Schlachtfeld zur »Walstatt«. Von diesem Ort aus wird der Krieger direkt in die Unsterblichkeit erhoben. Krieger erinnern Jünger »lebhaft an die Männer im feurigen Ofen«, also an heilige Märtyrer, welche zum Lobe ihres Gottes starben. (5)

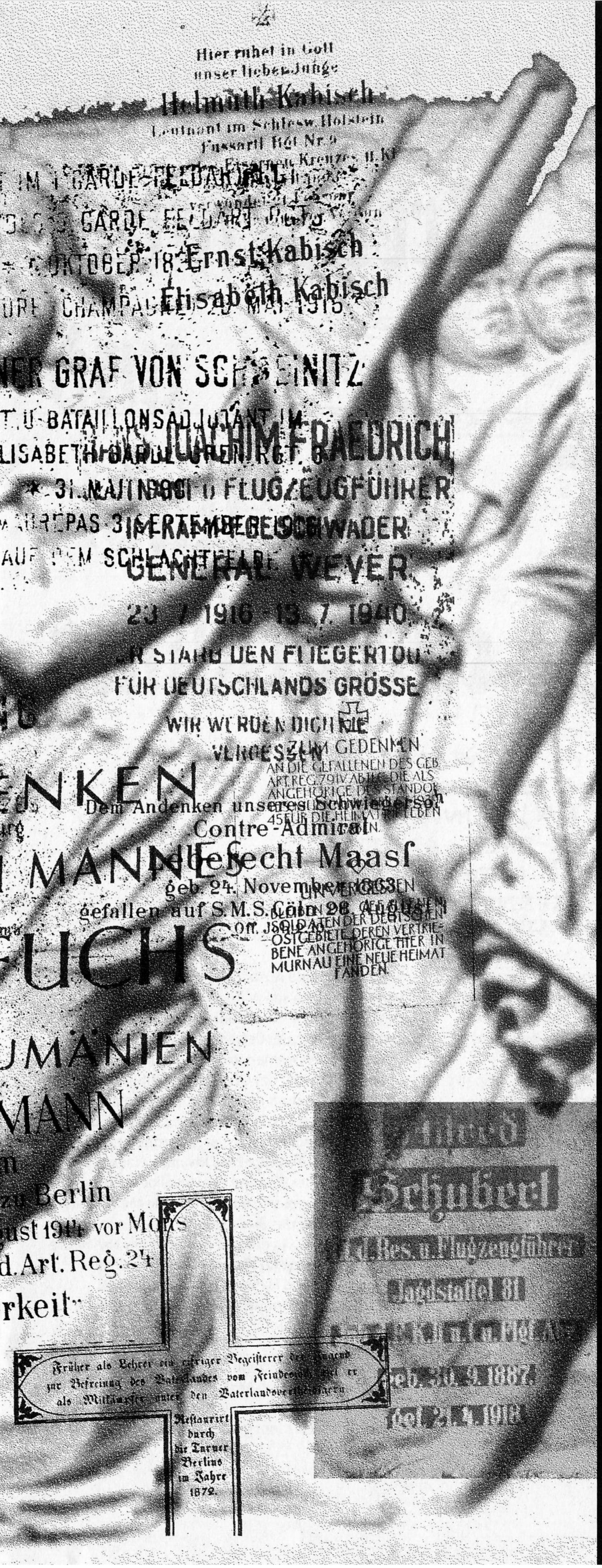
Wer's glaubt, wird selig? Religiöse Überhöhung von Kriegsverbrechen hat genau diesen Zweck: glauben und mitmachen. Schlimm genug, es funktioniert noch immer. Nicht nur, daß penetrant in der Öffentlichkeit (nicht in seriöser historischer Forschung) behauptet wird, Wehrmachtssoldaten hätten keine Morde begangen: Der faschistische Staat stilisierte sie zu Märtyrern für den »Lebensraum im Osten« und im Kampf gegen den »jüdischen Bolschewismus«. Heute werden sie vom bürgerlichen deutschen Nachfolgestaat ersatzweise zu Opferlämmern des faschistischen Staates stilisiert. Man muß nur die umgestaltete Neue Wache in Berlin besuchen, in der unterschiedslos Täter und Opfer geehrt werden. Bloß keinem verraten, daß der zweite Weltkrieg ein Verbrechen war. Sonst könnte einer auf die Idee kommen, daß neue Kriege aus Soldaten erneut Verbrecher machen werden.

(1) Franz Fühmann, Vor Feuerschlünden. Erfahrung mit Georg Trakls Gedicht. Rostock 1984, S. 46
(2) kurzgefaßte story des Nibelungenlieds
(3) Viktor Klemperer, LTI, 16. Auflage Leipzig 1996, S. 19
(4) ebd.
(5) alle Zitate aus: Ernst Jünger, In Stahlgewittern. Sämtliche Werke, Band 1, Stuttgart 1978, S. 277 und 273

2.
Meist wird der Tod verdrängt, wenn in der Öffentlichkeit die Rede über Bundeswehr-Einsätze in Kriegen und Kriegsgebieten geht: 1993 wurden Bundeswehr-Soldaten nach Somalia geschickt, um dort als »Blauhelme« einen vorgeblich humanitären Dienst zu leisten. Damals wurde erstmals öffentlich darüber philosophiert, was eigentlich geschähe, kämen bundesdeutsche Soldaten im Auslandseinsatz ums Leben. Ein namentlich nicht genannter Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklärte auf die Frage, wie mit der Nachricht vom ersten Gefallenen in einem Bundeswehr-Einsatz verfahren werde: »Wir werden das händeln wie einen ganz normalen Unfall.«(6) Wenige Wochen darauf fragte eine der potentiellen Witwen im »Stern«: »Warum bist du eigentlich in Mogadischu, wo es bei uns doch immer heißt, ihr seid in Belet Huen, wo nichts passieren kann?«(7) Nichts passieren? Tod als Unfall?

Der damalige BW-Generalinspekteur Naumann erklärte, der Tod gehöre »zur neuen Dimension unseres Auftrages, und ich habe schwer an dieser Verantwortung zu tragen.«(8) Im gleichen Jahr kam ein BW-Soldat im Einsatz in Kambodscha ums Leben. Doch noch wird die Öffentlichkeit in der Illusion gewiegt, Einsätze von Bewaffneten könnten nicht zum Tode führen, sondern zum größeren Ruhm der Bundeswehr und zum Heil der von ihr »Beschützten« – obwohl es inzwischen Verletzte und Tote in Auslandseinsätzen gegeben hat. Als im Juni 1996 erstmals ein deutscher Soldat der IFOR-Truppe in Bosnien angeschossen wurde, wurde die Meldung dieses »Zwischenfalls« in ihrem Gewicht durch die Vermutung offizieller Bundeswehr-Stellen abgeschwächt, es sei »unklar, ob es sich überhaupt um einen gezielten Schuß gehandelt hat.« (9) Als könne es in Bosnien niemanden geben, der einen Bundeswehr-Soldaten als militärischen Feind betrachtet und deshalb einen gezielten Schuß auf ihn abgibt. Ein freiwillig Längerdienender, der wenig später in der FAZ über seinen Einsatz in Bosnien berichten durfte, erwähnt den Tod nur indirekt, indem er einen Taxifahrer zitiert, der ihm schilderte, »wie seine Kameraden umgekommen sind.« »Als Soldat nimmt man solche Geschichten anders auf.« Doch das eigene mögliche Sterben wird verdrängt: Man hatte in Bosnien nur mit Aufräumarbeiten zu tun. Die Unannehmlichkeiten des Krieges beschränkten sich darauf, daß man nicht zum Ausschlafen kam und immer nur zwei Minuten zum Duschen hatte, »eine Minute zum Einseifen, eine zum Abseifen.« (10) Und, als hätte es frühere »Zwischenfälle« nicht gegeben, meldete dpa am 30.04.1997, deutsche Soldaten wären »erstmals von einem Bosnier mit der Waffe bedroht worden und mußten Warnschüsse abfeuern.« (11) Der Tod von Bundeswehr-Soldaten bei Auslandseinsätzen – fünf Tote bisher, nicht gerechnet die Toten des Flugzeugabsturzes mit noch ungeklärter Ursache im letzten Jahr vor der namibischen Küste – sieht noch immer wie ein Unfall aus. Zuletzt traf es Ende

(6) taz vom 14.5.1993
(7) Stern 28/1993
(8) taz vom 21.07.1993
(9) SZ vom 20.06.1996
(10) FAZ vom 05.08.1996
(11) FR vom 30.04.1997
(12) FAZ vom 17.03.1997
(13) Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte (Jahresbericht 1996), S. 3



Mai 1997 zwei Soldaten, die in Bosnien versehentlich von den eigenen Leuten by friendly fire erschossen wurden. Am gleichen Tag fand in Zittau ein öffentliches Rekrutengelöbnis statt, so daß man – peinlich – eine Schweigeminute in den Ablauf einfügen mußte. Schweigeminute für Unfalltote?

Die Bevölkerung soll sich daran gewöhnen, daß Brüder, Söhne und Geliebte in den Einsätzen sterben können. Anläßlich der Bundeswehr-Aktion, bei der 1997 etwa 100 deutsche StaatsbürgerInnen in einer Nacht- und Nebelaktion aus Albanien ausgeflogen wurden, kommentierte die FAZ, Soldaten der Bundeswehr wären nicht mehr »Kämpfer für Nationen, Ideologien und Lebensstile«, sondern »kühle Profis organisierter und legitimierter Gewalt (...) gegen die wilde Gewalt der Ethnien, der Clans und Banden«, »junge Turnschuh-Männer mit Maschinenpistole und Handy, (...) sie haben nichts mehr zu tun mit dem großen Geschichtstheater dieses Jahrhunderts.«(12) Cool sollen sie sein, heroisch und ausdrücklich ohne Geschichte. Ein Feindbild ist auch bereit.

Weniger heroisch liest sich noch die Formulierung der Wehrbeauftragten des deutschen Bundestags, Claire Marienfeld, die in ihrem Bericht für das Jahr 1996 betont, daß mit dem möglichen Kampf-Auftrag »neue Anforderungen« auf die Soldaten zukommen: »Ihre Gefährdung erhöht sich. Angst, Gefangenschaft, Verwundung und Tod liegen im Bereich des Möglichen. Aber auch der Einsatz eigener Waffen wird konkreter.« Gemeint ist: töten und getötet werden. Marienfeld weist darauf hin, daß Soldaten in Auslandseinsätzen in Situationen kommen werden, die nicht »im Rahmen des Kriegsvölkerrechts 'geordnet' sind.«(13) Und warum sollte ein Mann im Ausland und in fremden Kriegen sterben wollen?

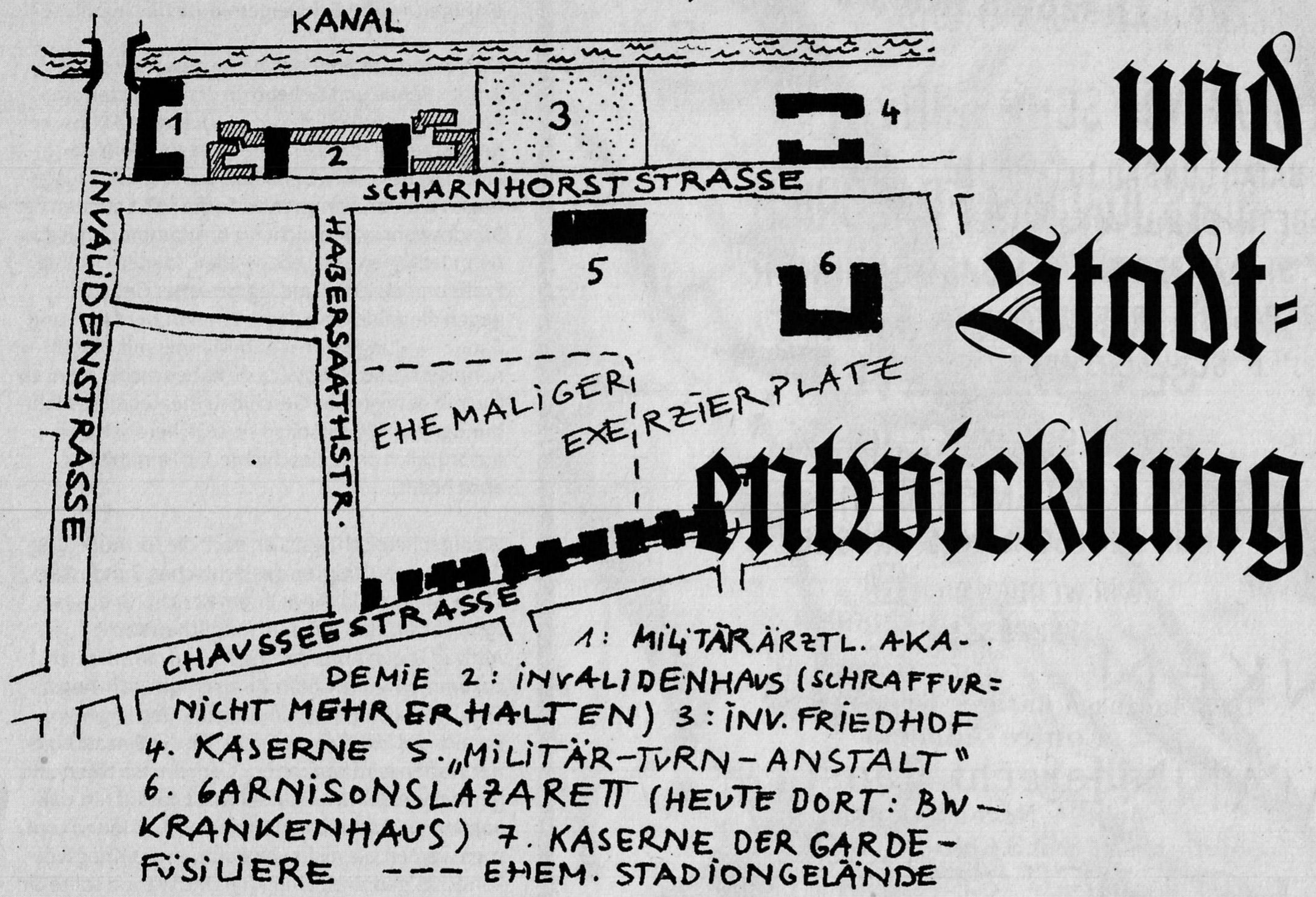
Helden werden langsam aufgebaut. Die »Schlacht an der Oder« von 1997 wird bis heute als Schlacht fürs Vaterland vermarktet. An der nationalen Front der Naturgewalten schufen Soldaten angeblich ein »Wunder«, der Dank des Vaterlandes, aus dem Munde begeisterter BürgerInnen aus dem Odergebiet, wurde via Fernsehen in alle Stuben übertragen. Wer könnte da noch Soldaten Mörder nennen! Zuerst werden Soldaten zu Helden gemacht. Der Tod kommt später.

Ulrike Gramann

Soldatische Grabinschriften auf Berliner Friedhöfen

Berlin. Mitte:

Preußentum und Stadt-entwicklung



1: MILITÄRÄRZTL. AKADEMIE 2: INVALIDENHAUS (SCHRAFFUR= NICHT MEHR ERHALTEN) 3: INV. FRIEDHOF 4. KASERNE 5. „MILITÄR-TURN-ANSTALT" 6. GARNISONSLAZARETT (HEUTE DORT: BW-KRANKENHAUS) 7. KASERNE DER GARDE-FÜSILIERE --- EHEM. STADIONGELÄNDE

(1) 1912 bestanden noch alle Einrichtungen. Die Kaserne an der Chausseestraße ist 1851 vom Garde-Füsiliers-Regiment bezogen worden und war zu diesem Zeitpunkt neu. (vgl. Paul Strauch: Das Invalidenhausviertel in Berlin. Leipzig 1912, S. 40 f.) Als Exerzierplatz diente das Terrain seit 1772. (vgl. Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus 1740 - 1862. München 1980; S. 46. Im folgenden zitiert als »Geist/Kürvers«)
(2) Welche Bedeutung das Krankenhaus haben und in welchem Ausmaß erweitert wird, teilten Bundeswehrstellen auf Nachfrage nicht mit.
(3) So der Bericht einer Anwohnerin; vgl. auch Geist/Kürvers, S. 32.

Berlin als ehemalige preußische Garnisonsstadt und als Hauptstadt verschiedener deutscher Staaten ist immer Ort militärischer Präsenz und auch Schauplatz militaristischer Inszenierungen gewesen.

Ein kleines Areal im Nordwesten des Stadtbezirks Mitte ist eng mit der militärischen Tradition der Stadt verknüpft. Im Norden wird das Gebiet durch die Invaliden- und Torstraße umgrenzt, im Süden durch die Boysenstraße. Die Grenze im Westen und Osten bilden Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal und die Chausseestraße.

Lange Zeit wurde das Viertel durch militärische Einrichtungen dominiert. Kasernen befanden sich auf dem Gelände des ehemaligen Stadions der Weltjugend (Chaussee-/Ecke Habersaathstraße) und in der Scharnhorststraße hinter dem Invalidenfriedhof, das Areal zwischen Chaussee- und Scharnhorststraße war bis in unser Jahrhundert Exerzierplatz (1). Das heute vom Bundeswirtschaftsministerium genutzte Gebäude (Invaliden-/Ecke Scharnhorststraße) war 1910 als militärärztliche Forschungs- und Ausbildungseinrichtung gebaut worden, die »Kaiser-Wilhelm-Akademie«. Als Folge des Versailler Vertrags (Juni 1919) wurde das Institut zwar stillgelegt, der Betrieb aber von den Nazis 1934 wieder aufgenommen und bis 1945 fortgeführt. Später waren hier das Oberste Gericht und die Staatsanwaltschaft der DDR und ab 1973 das Regierungskrankenhaus. Rechts neben dem Gebäudekomplex befinden sich in der Scharnhorststraße die erhaltenen Seitenflügel des Invalidenhauses, ein Stück weiter der Eingang zum Invalidenfriedhof. Seit 1851 befindet sich dort immer ein Militärkrankenhaus, heute das Bundeswehr-Krankenhaus. Der auch von der NVA genutzte Komplex wird bis heute ständig erweitert.(2) Viele der Wohnhäuser in Scharnhorst- und Habersaathstraße dienten zunächst als Wohnungen für Offiziere und auch Mannschaften.(3)

Weitere militärisch genutzte Bauten der Gegend, z. B. die »Militär-Turn-Anstalt« gegenüber dem Invalidenfriedhof, sind spurlos verschwunden. Keinen Hinweis mehr gibt es auch auf das »Natio-

Die Siegesgöttin überreicht Scharnhorst, dargestellt als der griechische Held Achill, einen Lorbeerzweig
Foto: S. Mühlke

nal-Krieger-Denkmal« von 1850 an der Straßenmündung Habersaath-/ Scharnhorststraße, wo besonders der im März 1848 gefallenen Soldaten gedacht wurde. 1948 wurde die Anlage mit ihrer 40 Meter hohen Säule, den Särgen der Soldaten, die bei der Niederschlagung der Berliner Barrikadenkämpfe umgekommen sind und verschiedenen Gedenksteinen eingeebnet.(4)

Die militärische Nutzung des Stadtviertels und einige der noch erhaltenen Zeugnisse – Invalidenhaus und Invalidenfriedhof– gehen bis auf preußische Zeit zurück, wobei besonders der Friedhof für die Weiterführung militaristischer Traditionen bis in die Gegenwart steht. Unter Friedrich Wilhelm I. (ab 1713) wurde Preußen zum Soldaten- und Militärstaat. Die Zahl der Soldaten wurde binnen kurzem verdoppelt, ermöglicht durch die rigoros betriebenen Aushebungen und seit 1733 durch das Kantonsreglement, einem Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht. Das Militär gewann überragende Bedeutung im Staatswesen und im preußischen Alltag.(5) Damit ging die Militarisierung des öffentlichen Raumes einher. Soldaten dominierten das Berliner Stadtbild.(6) Während und nach dem Zweiten Schlesischen Krieg (1744 - 1745) war dann ein neuer Aspekt militärischen Lebens in Berlin zu beobachten: Zunehmend mehr bettelnde Kriegsinvaliden bevölkerten die Straßen. Während es in Frankreich, England und Österreich bereits ein Versorgungssystem für invalide Soldaten gab, hatte Preußen seine – seit Beginn des 18. Jahrhunderts diskutierten – Planungen noch nicht umgesetzt.(6) Erst das massenhafte Auftreten der Invaliden bewirkte die Umsetzung dieser Pläne.

Für den Bau des Invalidenhauses wurde ein Ort nördlich der damaligen Stadtgrenze gewählt. Das Gebiet war eine Sandwüste, weil dort für den Bau neuer Stadtviertel und einer Stadtbefestigung extensiv gerodet worden war. Die bettelnden, verstümmelten Soldaten sollten aus der Residenz verschwinden (7) und außerdem die Sandwüste kultivieren. Deshalb war die Lage des Baugeländes am Stadtrand günstig. Ab 1796 wurde das Land verpachtet; u.a. da das völlig ausgebrann-te Preußen für den Unterhalt des Invalidenhauses nicht mehr allein aufkommen konnte (8). Gebaut wurde das Haus mit geringstem Aufwand innerhalb von zwei Jahren (1746 - 1748). Ein späterer Kommandeur des Hauses schilderte die Zustände drastisch: Die Dielenbretter faulen, die Bodenfliesen sind von Holzbeinen und Blindenstöcken der Bewohner zerschlagen, es gibt keine Abwasserleitungen und nur »freie Urinierplätze« (9).

Dennoch erfüllte das Invalidenhaus seine Funktion, die gleichzeitig pragmatisch und repräsentativ war. Pragmatisch insofern, als die die Straßen bevölkernden Opfer rücksichtsloser Eroberungskriege ordnungs- und herrschaftsgefährdend sein konnten und zu verschwinden hatten. Repräsentativ, da – bedingt durch die Struktur des preußischen Heeres, das durch Dienstpflicht und Zwang gekennzeichnet war - eine Verantwortung des Herrschers für Soldaten bestand, deren Wahrnehmung als positive Herrscherqualität gewertet wurde.(10)
Bis 1936 behielt das Invalidenhaus seine Funktion als Ort staatlicher Soldatenfürsorge, der dann nach Frohnau verlegt wurde. Die alten Gebäude wurden von der militärärztlichen Akademie belegt, waren 1945 Lazarett der Roten Armee und in der DDR ein Schwesternwohnheim. Heute wird der zerstörte Hauptflügel im Auftrag des Bundes wieder ergänzt und soll ab nächstes Jahr Räume des Wirtschaftsministeriums beherbergen.

Der Invalidenfriedhof im alten Preußen
Eng mit dem Invalidenhaus verbunden ist der Invalidenfriedhof. 1748 wurde er als Begräbnisstätte für das Invalidenhaus bestimmt. Schon bald diente er auch als Friedhof für Zivilisten, die sich langsam in der Gegend ansiedelten. Der Blick in die Totenbücher der zuständigen Gemeinden zeigt, daß der Friedhof nie ein ausschließlicher Militärfriedhof war.(11)

Erstmals nach dem Sieg über das napoleonische

(4) Dazu mehr bei Laurenz Demps: Der Invalidenfriedhof. Denkmal preußisch-deutscher Geschichte in Berlin. Berlin 1996, S. 39 ff. (im folgenden zitiert als »Demps«)
(5) Preußen hatte nunmehr das viertstärkste Heer in Europa; dabei lag es flächenmäßig an 10., mit der Bevölkerungszahl an 13. Stelle. Drei Viertel der Staatseinnahmen wurden für Heer und Rüstung ausgegeben.
(6) zur langen Vorgeschichte des Invalidenhauses siehe Demps, S. 14 ff.
(7) Geist/Kürvers, S. 32
(8) Geist/Kürvers, S. 45
(9) So berichtet 1820 der damalige Kommandeur des Hauses, Graf Kessel. (zitiert nach: Geist/Kürvers, S. 38 f.)
(10) Dafür sprechen zeitgenössische Kommentare ebenso wie die Tatsache, daß die Schauseite der Anlage zur Spree hin lag, dem bevorzugten Anreiseweg Friedrichs II. und seiner Besucher nach Berlin, denen auf diese Weise als eines der ersten Berliner Gebäude die königliche Fürsorgeeinrichtung in den Blick kam. (Geist/Kürvers, S. 39)
(11) Demps, S. 59 ff.

Frankreich (1815) wurde daran gedacht, aus dem Friedhof einen nationalen Campo Santo zu gestalten, auf dem alle bedeutenden Militärs liegen sollten. Dieser Plan wurde jedoch wieder fallengelassen: Viele der Offiziere, an deren Aufnahme in den nationalen Ehrenhain gedacht war, stammten aus Adelsfamilien, die es vorzogen, alle Glieder ihrer Familie in der eigenen Gruft beizusetzen.(11) 1824 gab es einen weiteren Versuch, den Friedhof zu einem besonders dem Militär gewidmeten Ort zu machen. Eine »Königliche Kabinettsordre« bestimmte ein besonderes Feld des Friedhofs (Grabfeld C) für die Beisetzung »besonderer Nobilitäten der Armee« (12). Aber auch diesmal wurde die Einrichtung eines zentralen Militär- bzw. Offiziersfriedhofes nicht konsequent durchgeführt. Allerdings wurde, auf Veranlassung einer durch führende Generäle gebildeten Komission, der Leichnam Gerhard von Scharnhorsts zum Invalidenfriedhof überführt (1826). Seine Grabstätte wurde von Friedrich Schinkel entworfen, der als Baumeister des preußischen

Grabpflege für den Wehrmachts-Oberst Mölders
Foto: U. Gramann

Totenkults im Dienste der Nation gelten kann. Seit seiner Einrichtung hat das Grab Scharnhorsts eine Funktion als »ideologisches Herzstück« des Friedhofes gehabt. Schon die Überführung stand im Dienste der nationalen Identitätsstiftung, und spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts galt es wegen der illustren Nachbarschaft zu Scharnhorst für Militärangehörige als Ehre, auf dem Invalidenfriedhof beigesetzt zu werden. Die Erhaltung dieser Grabstätte ist im 19. Jahrhundert Staatssache gewesen.
Daran hat sich bis heute nichts geändert. Da er im Grenzgebiet lag, ist der Friedhof zusehends verfallen, und nur die Tatsache, daß sich das Scharnhorstgrab hier befindet, verhinderte seine völlige Planierung (13).

Der Invalidenfriedhof in der neuen Hauptstadt
Gegenwärtig wird der Friedhof im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wieder instandgesetzt. Als eines der ersten Gräber ist wiederum die Grabstätte Scharnhorsts aufwendig restauriert worden.(14)
Selbst Gräber, die bereits vollständig planiert waren, werden jetzt durch neue Grabsteine ersetzt; andere Gräber werden aufwendig restauriert. So werden die Namen der »verdienstvollen Soldaten« wieder präsent. Der Anlage einer »Königslinde« – zu Ehren Friedrichs II., 1897 gepflanzt – nachempfunden ist die kürzliche Neupflanzung eines mit einer Bank umbauten Baumes am Rand des Friedhofs. Eine unübersehbare Bildtafel zeigt das Original. Die Traditionen, an die hier angeknüpft wird, sind national und militärisch.

In absehbarer Zeit wird sich die Umgebung des Friedhofes verändern: Das entstehende Regierungsviertel ist nur einen Steinwurf entfernt, Ministerien werden bezogen werden – in unmittelbarer Nähe das Wirtschafts- und Verkehrsministerium (Invalidenstraße) – und auch das expandierende Krankenhaus der Bundeswehr ist nicht weit. Dann wird der Friedhof an Bedeutung als neuer Ort der Gewinnung nationaler Identität, als Erinnerungsort militärischer »Leistungen« gewinnen. Für diese Funktion wird heute schon gebaut. Dies geschieht, obwohl sich Historiker dafür einsetzen, den Friedhof nicht nur in seiner Bedeutung als Militärfriedhof zu begreifen.

Nicht zum ersten Mal in diesem Jahrhundert wird der Invalidenfriedhof gezielt für nationale Politik eingesetzt. Auch schon nach dem I. Weltkrieg wurde er von Konservativen und Gegnern des Versailler Vertrages als Ort gesehen, an dem sich politische Kräfte für einen neuen Waffengang formieren konnten. Zentrale Bedeutung hatte dabei die Überführung des Corpus' Manfred von Richthofens. 1918 war er in Frankreich gefallen und auch beigesetzt worden, 1925 aber wurde durch das Reichswehrministerium seine Überführung veranlaßt. Die Beisetzung wie auch die spätere Einweihung des Grabsteines erfolgte in Anwesenheit hochrangiger Politiker.(15) Während der NS-Zeit schien in Anknüpfung an die Geschichte Preußens zunächst mit diesem Friedhof etwas Besonderes geplant zu sein (16). So wurden hier zunächst einige NS-Größen beigesetzt (17). Die ersten Beisetzungen erfolgten schon 1933, im Beisein Hitlers wurde etwa Admiral Ludwig von Schröder mit einem Staatsakt beerdigt (18). Die Beisetzungen der hochrangigen Flieger Ernst Udet und Werner Mölders (1941) knüpften an die mit Richthofen eröffnete Tradition an. Dennoch schien es kein durchgängiges Konzept zu geben, begraben sind hier auch Personen, die in Opposition zum NS-Regime standen. Es existierten auch Pläne zur Umwandlung des Geländes in ein Wasserbecken als Erweiterung des Berlin-Spandauer Schiffahrtskanals.

Die nationalistische und faschistische Tradition des Friedhofs wird in seiner Umgestaltung nicht reflektiert. So verweist die im Auftrag des Senats angebrachte Informationstafel am Eingang als weiterführende Lektüre unbekümmert auf das Buch von Günter Hintze »Der Invalidenfriedhof«, das 1936 erschien, eine ausgemachte militaristische und faschistische Hetzschrift.
Neue Militaristen nutzen das Angebot, das ihnen mit dem restaurierten Friedhof gemacht wird, bereits eifrig. So liegt im Vorfrühling 1998 auf dem Grab des Wehrmachts-Obersten Mölders der frische Kranz der »Gemeinschaft der Jagdflieger e.V.«, verziert mit einem zackigen Adler-Symbol.

Sibylle Mühlke

(12) Demps, S. 46
(13) Demps, S. 98 u.ö.
(14) Demps, S. 100
(15) Demps, S. 67 ff.
(16) Demps, S. 79
(17) Demps nennt insgesamt 17 bekannte Personen des NS (S. 80 f)
(18) Demps, S. 79

Gelöbnix in Berlin

Anfang Januar 1998 kündigte Kriegsminister Volker Rühe ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr für den 13. August 1998, den Tag des Mauerbaus, vor dem Roten Rathaus in Berlin an. Die sofort einsetzende massive Kritik an dem Termin hat dazu geführt, daß das öffentliche Gelöbnis auf den 10. Juni vorverlegt wurde. Dies ist allerdings nur ein erster Teilerfolg.

Proteste gegen das Gelöbnis 1997 in Zittau
Fotos: dpa

Rühe hat mit der frühen Bekanntgabe des Termins 13. August erreicht, daß der Protest sich auf den Termin fokussierte. Den Parteien zwang er eine Debattenrichtung auf, die eine spätere Ablehnung aus inhaltlichen oder terminlichen Gründen politisch unmöglich macht. Der Versuchsballon 13. August ist zwar geplatzt, doch die Verlegung auf den 10. Juni, den Tag der Massaker in Lidice 1942 und Oradour-sur-Glan 1944, ist Konsens zwischen den bürgerlichen Parteien CDU, F.D.P. und SPD. Allein PDS und Bündnis 90/Grüne lehnen prinzipiell dieses militaristische Ritual ab.

Das Verteidigungsministerium plant in diesem Jahr etwa 100 öffentliche Gelöbnisse bundesweit und mißt Berlin eine zentrale Bedeutung zu. Die Hauptstadtfähigkeit Berlins wird von der Bundesregierung mit der Durchsetzung des öffentlichen Gelöbnisses verbunden. Der erneute Versuch, Rekruten der Bundeswehr in Berlin aufmarschieren zu lassen, steht in direktem Zusammenhang mit den diesjährigen Bundestagswahlen. Kritiker dieser militärischen Inszenierung wurden bereits in der Bundestagsdebatte Anfang Februar pauschal als »Pöbel« diffamiert.

Die für dieses Jahr geplanten Gelöbnisse sind Bestandteil einer Strategie, den öffentlichen Raum zunehmend militärisch zu durchdringen. Berlin als alte und neue Hauptstadt nimmt dabei eine Sonderstellung ein: Freiwillige Polizeireserve, private Sicherheitsdienste, ABM-Kräfte auf Streife in Parks, marschierende Soldaten in der Stadtmitte – die Öffentlichkeit soll an den Anblick von Uniformen gewöhnt werden. Dabei ist auch in der aktuellen Werbekampagne der Bundeswehr von Demokratie nicht die Rede; die Anwerbung von Freiwilligen beruft sich statt dessen auf soldatische Untugenden wie »Kameradschaft« und »Dienen«, geködert wird mit Geld und Abenteuer.

Gelöbnisse sind Ausdruck einer militaristischen Tradition. Sie symbolisieren den militärischen Drill, die Entmündigung sowie die Ein- und Unterordnung des Einzelnen unter das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Ihrer Persönlichkeit beraubt, geloben Soldaten ihre Todes- und Tötungsbereitschaft in einer Zeremonie, die den Grundwerten einer demokratischen und zivilen Gesellschaft entgegensteht.

Bei dem bislang einzigen öffentlichen Gelöbnis in Berlin hat es 1996 massive Proteste gegeben, der Versuch, dem Auftreten der Bundeswehr in der Stadt den Anschein des Normalen zu geben, ist damals mißlungen. In der Hauptstadt spürt die Truppe noch Nachholbedarf. Wir wenden uns dagegen, daß Bundesregierung und Berliner Senat die »Hauptstadtfähigkeit« Berlins mit der Präsentation militärischer Rituale auf öffentlichen Plätzen verbinden wollen. Öffentliches Zelebrieren des militärischen Drills und die Pflege von Traditionen des preußischen und nationalsozialistischen Militarismus lehnen wir ab.

Wer beim Ertönen der Nationalhymne und beim Nachsprechen der Gelöbnisformeln immer noch einen wohligen Schauer im Rückenmark verspürt, hat keinen Anspruch darauf, von einer zivilen Gesellschaft akzeptiert zu werden. Militaristische Aufmärsche und Zeremonien sind das falsche Signal. Wir rufen deshalb zu öffentlichen Protesten gegen das Gelöbnis am 10. Juni auf!

Frank Brendle & Ralf Siemens

Die Wehrmacht und

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Leipzig
(Conne Island)
Koburger Str. 3
04277 Leipzig-Connewitz
Tel. und Fax (0341) 3013028

Entgegen den historischen Tatsachen war im Osten und Westen Konsens: Der einfache Wehrmachts-soldat hatte sich nichts zuschulden kommen lassen. Seit 1996 unternimmt die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« erneut den Versuch, diesen nun gesamtgesellschaftlichen Konsens zu durchbrechen. Konservative rechtsradikale Verteidiger der Wehrmacht lehnen die Ausstellung rundherum ab und schrecken auch vor Anschlägen gegen die Ausstellung nicht zurück. Der bisherige politische Höhepunkt war ein Aufmarsch mit 5.000 Teilnehmern am 1.März 1997 in München, in den die Hetze der CSU, der NPD und faschistischer Parteien gegen die Ausstellung mündete.

Dokumentation zur Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« (1)

Die Dokumentation will die Legende von der »sauberen Wehrmacht«, die Distanz zu Hitler und dem NS-Regime gehalten habe, widerlegen. Hannes Heer, Leiter der Ausstellung, stellt fest, daß die Wehrmacht auf dem »Balkan und in der Sowjetunion keinen normalen Krieg« geführt hat, sondern »einen Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung«.
Der Beweis dieser Aussagen gelingt dem Katalog. Die Ausgangsthese offenbart aber gleichzeitig auch die selbstgewählte Beschränktheit der Ausstellung. Die gewählten Beispiele und daraus gezogenen Schlußfolgerungen sind dazu geeignet, die Einsätze der Wehrmacht in Nord- und Westeuropa sowie Nordafrika eben als »normale Kriegsführung« erscheinen zu lassen. Dagegen werden die Kriegsziele der Wehrmacht nicht thematisiert. Es spielt bei der Verurteilung der Wehrmacht als verbrecherische Organisation keine Rolle, ob sie selbst massenhaft Menschen umgebracht hat, was sie natürlich auch getan hat, oder ob sie mit ihren Feldzügen die Vorarbeit für andere deutsche Vernichtungsorganisationen wie die SS leistete.
Bei der Beurteilung der individuellen Schuld des einzelnen Wehrmachtssoldaten spielt dagegen sehr wohl eine Rolle, woran er sich beteiligt hat und mit welcher Motivation er das tat, was nicht heißen soll, daß es ein schuldfreies Verhalten innerhalb der Wehrmacht, außer im aktiven Widerstand, gegeben haben kann.(2) Genau das leistet die Dokumentation aber nicht. Sie listet unzählige Verbrechen der Wehrmacht auf und zeichnet nach, durch welche Befehle und Anordnungen der Wehrmachtsgeneräle die Verbrechen ausgeführt wurden, jedoch verzichtet sie auf Aussagen darüber, ob sich alle Einheiten und alle Soldaten in gleichem Maße daran beteiligt haben.
Bilder und Texte dokumentieren, daß Vernichtungsaktionen keine Ausnahmen und Exzesse waren. Der Gegner wurde nicht als Soldat angesehen, sondern als hinterlistiger Weltanschauungskrieger, als gefährlicher Teil der jüdisch-bolschewistischen Weltmacht, deshalb tobten sich die Soldaten ungehemmt aus. Voller Stolz wurden Fotografien angefertigt und nach Hause geschickt.(3) Der Massenmord an Juden und Sowjetbürgern artete regelmäßig zum Volksfest für Soldaten aus, so daß sich das Oberkommando im August 1941 genötigt sah, die nicht angeordnete Teilnahme von Soldaten zu verbieten. Für eigene Massenhinrichtungen fertigte die Wehrmacht ein Formular an, in dem nur noch eingetragen werden mußte, welche Kompanie wieviele Geiseln aufgrund von »Sühnemaßnahmen« zu erschießen habe.
Leider läßt die Dokumentation mit der Beschwichtigung, daß sie »kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen« will, genau den Raum, den die konservativen Kritiker und die liberalen Befürworter mit ihren Interpretationen ausfüllen.(4) So entsteht eine Situation, in der der am 20. Juli 1944 durch die militärischen Eliten versuchte Putsch für ein »besseres« Nazideutschland die Verbrechen aufwiegen soll.

(1) Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Hamburger Edition: 1996, 222 S.
(2) Sehr interessante Beiträge zu diesem Thema finden sich in: Fietje Ausländer (Hg.), Verräter oder Vorbilder. Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus, Edition Temmen: 1990
(3) Dabei kam der deutsche Humor nicht zu kurz: Neben an einem Baum erhängten Serben lehnen zwei lachende deutsche Soldaten. Beschriftet wurde das Foto mit »Baumblüte in Serbien«.
(4) Dokumentiert wird diese Debatte u.a. in »Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse«, S.95-148.

Fanatische Helden – Gemälde des SA-Malers Ebers Foto: Archiv

ihre Verbrechen.

Eine Literaturauswahl

»Furchtbare Soldaten« – eine Einführung aus der Zeit-Sicht (5)

Till Bastian will mit seinem kleinen Buch »Furchtbare Soldaten. Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg« einen »knappen Überblick geben und dafür die wichtigsten bekannten Fakten zusammenstellen und kommentieren«. Er gibt einen leicht verständlichen Überblick über den Überfall der Wehrmacht auf nicht allein osteuropäische Länder. Von besonderem Interesse ist dabei das abgestufte Vorgehen der Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung und die Kriegsgefangenen entsprechend der nationalsozialistischen Rassentheorie.

Um das Gerede vom schwarzen Schatten, der sich in diesen Jahren der ansonsten so glorreichen deutschen Geschichte bemächtigt hätte, zu begegnen, beschreibt Bastian die Traditionslinien der faschistischen Wehrmacht vor und nach dem zweiten Weltkrieg. In einem ausführlichen Kapitel »Deutscher Militarismus seit 1871« zeichnet er die zielgerichtete Entwicklung des deutschen Militärs, von den Auslandseinsätzen 1900 in China und 1904 in Deutsch-Südwestafrika über den ersten Weltkrieg bis hin zur Wehrmacht. Und bei den meisten namentlich erwähnten Funktionsträgern der Wehrmacht vermerkt Bastian, welche Karriere ihnen nach 1945 offenstand. Schon CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger hat in einer Bundestagsdebatte die Umwandlung der Wehrmacht in die Bundeswehr lediglich als eine »Militärreform« bezeichnet.

In seinen Ausführungen über die Motive und Widerstandsmöglichkeiten hält Bastian fest, daß »alle diese Äußerungen des Unmutes und, selten genug, auch des Widerstandes, wohl kaum zur Ehrenrettung für die Wehrmacht geeignet (sind). Im Gegenteil - sie bezeugen erstens, daß derartige Greueltaten ganz und gar nicht heimlich, sondern gut wahrnehmbar geschahen, und zweitens, daß man, trotz kurzfristiger Empörung, sich auf Dauer mit ihnen zu arrangieren wußte, wenn man sie nicht ohnehin rundweg billigte«.(6)

»Wehrmachtsverbrechen« – Dokumente der nationalsozialistischen Besatzung der Sowjetunion (7)

1997 wurde ein schon vor 10 Jahren erschienener Dokumentenband zu den Wehrmachtsverbrechen in der Sowjetunion neu aufgelegt. Innen ist er ganz der alte geblieben und spiegelt in Auswahl und Gliederung die Schwerpunkte sowjetischer, sozialistischer Faschismusanalyse wider. Nur im Vorwort darf ein Professor der Militärakademie nun davon schreiben, daß jetzt die Zeit für eine Neuauflage reif sei, da »eine neue Generation, die nicht belastet war von den Erinnerungen an den Terror und die Verbrechen des Nationalsozialismus«, herangewachsen ist und der deutschen Gesellschaft »eine größere Reife« attestiert werden kann.

Abgedruckt sind zum Teil gekürzte Dokumente der Wehrmacht, der SS, des SD, ziviler Besatzungsstellen. Am Rande kommen auch Augenzeugenberichte (von Opfern) und Berichte von sowjetischen Kommissionen zur Schätzung der Kriegsverluste vor. Die einzelnen Dokumente sind nicht kommentiert, ihre Auswahl wird nicht begründet. Lediglich eine kurze Einleitung von Gert Meyer erläutert die Herkunft der Dokumente (ausschließlich sowjetische Archive) und gibt einen groben Überblick zur Einordnung der Dokumente. Als Schwerpunkt soll der Nationalsozialismus als höchste Form des Imperialismus vorgeführt werden. Der Holocaust kommt kaum vor.

Dieser Materialband ist also weder als Einstieg in die Materie geeignet, noch läßt sich mit ihm gut arbeiten. Nichtsdestotrotz gibt er einen guten Einblick in die sachliche, deutsche Verwaltungssprache, die selbst den Massenmord in allen Details regelt, und die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus, die in etlichen anderen Texten durchschimmern. Deutlich wird der Spielraum selbst einfacher Soldaten, eigene Entscheidungen zu treffen. Außerdem ermöglichen die Texte einen guten Überblick über die ökonomischen, geo- und bevölkerungspolitischen Strategien und Planungen der Nationalsozialisten, die weit über das Kriegsende hinausreichten.

Literaturauswahl: Conne Island

(5) Till Bastian, Beck: 1997, 124 S.

(6) Er verweist auch darauf, daß von den 30.000 Todesurteilen der Militärjustiz gegen deutsche Soldaten kein Urteil wegen Befehlsverweigerung bezüglich eines verbrecherischen Einsatzes bekannt geworden ist.

(7) PapyRossa: 1997, 320 S.

LeserInnen
- Briefe -

Post für illoyal

Die Nr.1 der *illoyal* fand ich sehr informativ und habe sie begeistert gelesen. Bei der Nr.2 habe ich mich allerdings über vieles geärgert, was konkrete Gründe hatte. (...)

Ich kann keine »einheitliche Blattlinie« erkennen, nicht in dem Sinne von unhinterfragter ZK-Vorgabe, sondern im Sinne einer theoretischen Basis. Ein neu auf den Markt kommendes »Journal für Antimilitarismus« sollte klären, was überhaupt Militarismus und seine Ursachen sind und daraus einen sinnvollen, radikalen Antimilitarismus entwickeln. Angesichts der praktischen und theoretischen Schwäche und Beliebigkeit der antimilitaristischen Bewegung ist dies nicht nur als Selbstzweck zur Produktion einer guten Zeitung nötig, sondern auch, um jene Bewegung in Schwung zu bringen. Ohne eine solche theoretische Grundlage besteht die Gefahr, daß *illoyal* zu einem Sammelsurium von Texten verkommt, deren gemeinsamer Konsens allein darin besteht, daß Militär ja irgendwie böse ist. Da läßt die alte liberale These vom Militarismus als Fremdkörper der modernen Gesellschaft grüssen. Den entsprechenden traurigen Antimilitarismus kann man z.B. bei den Grünen beobachten: »Ein demokratischer Staat braucht keine militärischen Empfänge und Paraden; keine Zapfenstreiche und Gelöbnisse. Berlin muß sich als Friedensstadt präsentieren (...)« (Ursula Hertel-Lenz, MdA, am 10.1.98). Willkommen in der deutschen Zivilgesellschaft!

Dem möchte ich kurz eine andere Vorstellung von Militarismus und Antimilitarismus entgegenhalten (...) »Da Militarismus, obwohl von zentraler Bedeutung, nur eine spezifische Grundlage zur Aufrechterhaltung von Herrschaft darstellt, ist antimilitaristische Strategie auf diese spezifischen Formen und Elemente orientiert, muß aber gleichzeitig das dahinterstehende Organisationsprinzip mitbedenken und -bearbeiten. Auf dieser Ebene trifft sich antimilitaristische Arbeit mit anderen emanzipatorischen Traditionen und Kritiken.« (ami, Juni 90, S.10) »Es ist wohl die notorisch deutsche Sucht nach dem Positiven, die Friedensfreunde über alternative Verteidigungskonzepte räsonnieren läßt. Antimilitaristische Opposition hätte dagegen die ausschließliche destruktive Aufgabe, praktisch die Wehrkraft zu zersetzen und ansonsten die Gewalt bloßzustellen, die in der Rede der Verteidigung schon immer gesetzt ist.« (ami, Juni 1990, S.46)

Wer das schon zu destruktiv und radikal findet, den frage ich, wo wir denn hinkommen, wenn AntimilitaristInnen schon in ihren eigenen Zeitungen auf radikale Theorie verzichten.

Arne Berendsen

Ja! Ich abonniere **illoyal.** Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

☐ DM 20 für ein Abo

☐ DM 50 für ein UnterstützerInnenabo

habe ich auf das Konto 741 834 109 bei der Postbank Berlin, BLZ 10010010 unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name _____

Anschrift _____

_____

Unterschrift _____

Bitte ausschneiden und an *Mit uns gegen die Wehrpflicht* · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin senden.

Berichte
- News -

Tip für angehende Soldaten:
Nur der Verlust des Lebens ist versichert, nicht der eines Fahrrads. Ein Rekrut hatte alles versucht, den Verbleib seines Drahtesels bis zu seiner Rückkehr von einer sechswöchigen Übung sicherzustellen. Die Vorgesetzen waren im Namen der BRD nicht bereit, das Rad in einem verschließbaren Raum zu dulden. Es endete mit einem wohl dauerhaften Out-of-area-Einsatz des Geräts – ohne daß Versicherung oder »Dienstherr« zahlen wollen. Ein Grund für Frau Marienfeld, Wehrbeauftragte der Bundesregierung, in ihrem Jahresbericht 1997 energisch und ohne Rücksicht auf die politischen Verhältnisse zu fordern, daß die Wehrpflichtigen über ihre privat abzudeckenden Risiken informiert werden. Hiermit geschehen.

Chinesisches Disneyland
Als Zeichen von »Volksnähe« wurde schon 1987 mit der China North International Shooting Range ein »Vergnügungspark« für Waffenfetischisten und -touristen eingerichtet. Die KundenbetreuerInnen haben für Neulinge und Profis das passende Angebot: Von Kalibergröße »Olympische Spiele« für Kinder über die 85er Pistole für Ladies hin zu M 16-Maschinengewehren und Scharfschützengewehren. Die Attraktion ist der Raketenwerfer. Bislang haben über 80.000 Menschen diesen Park besucht – bei 1,5 Pfennig pro Kugel zusätzlich zur Waffenmietgebühr. Inzwischen überlegen sich die Betreiber, das Angebot auszuweiten: schießen vom Flugzeug aus und mit Panzern. »Hey, das ist besser als Bowling«, so ein Besucher. Ein Modell für das Bombodrom Wittstock?

Hammelburg-Video zeigte die Wahrheit
Die Staatsanwaltschaft Schweinfurt hat jetzt die Ermittlungen gegen die ehemaligen Soldaten eingestellt, die 1996 im Ausbildungslager Hammelburg Vergewaltigungen und andere Folterungen geübt und davon ein Video produziert hatten. Oberstaatsanwalt Banner begründete die Entscheidung damit, das Video hätte »weder Gewalt verherrlicht noch verharmlost, noch die Bundeswehr böswillig verächtlich« gemacht. Die Video-Darstellungen verglich der Staatsanwalt mit Filmen von Monthy Python, die schließlich auch nur schwarzen Humor enthielten.
Eines aber geht nur: Entweder war das Video schwarzer Humor, oder die Bundeswehr wurde dadurch nicht verächtlich gemacht. Daß ein Oberstaatsanwalt erkennt, daß die frisch-fröhliche Darstellung von Folterungen ein Aufruf zur Gewalt ist, ist zuviel verlangt. Die ausdrückliche Erklärung, die Bundeswehr würde durch das Video nicht verächtlich gemacht, läßt jedoch nur den Schluß zu, daß das Dargestellte Realität sei.

Gotteslästerlich
Ein *Bible to All Deutschland e.V.* wirbt mit dem Slogan »300.000 deutsche Soldaten brauchen Gottes Wort« für ein »Handbuch für Soldaten«, das Bibeltexte und Berichte »von christlichen Soldaten« enthalten soll. Die Organisation setzt sich dafür ein, daß die Bundeswehr bei »Hilfsaktionen wie der Hochwasser-Katastrophe an der Oder ihren Dienst tut«. Denn: »Gottes Wort ist stärker als Neonazis.« Wir wissen nicht, was Gott zu Neonazis meint, erinnern jedoch die Leute von *Bible to All* wieder einmal an den schönen Satz aus Matth. 26,52 »Wer zum Leopard-Panzer greift, wird durch den Eurofighter umkommen.«

Joints in the army
Herr Lindtner, Drogenbeauftragter der Bundesregierung, hatte einen tollen Vorschlag, wie man den Ecstasy-Konsum reduzieren könne: Schließung aller Techno-Clubs um drei Uhr! Kein Rave – keine Pillen! Nur Tage später klagte Wehrbeauftragte Marienfeld, 1997 seien 1.674 kiffende, koksende oder sonstwie Betäubungsmittel einwerfende Soldaten in flagranti erwischt worden – 100 Prozent mehr als vor vier Jahren. Tatorte: meist Kasernen.
Die Bundeswehr als Spiegelbild der Gesellschaft? Soldaten mit Knarre im Anschlag auf dem Trip? Dagegen müsse man was tun, so Marienfeld. Finden wir auch: Lindtner, übernehmen Sie! Schließung aller Kasernen zwischen 0 Uhr und Mitternacht! Keine Armee – keine vollgepumpten Soldaten!

Völkermord nicht in Ordnung
Roman Herzog war Anfang März in Namibia, ehemals Deutsch-Südwest. Dort wurde er auf die barbarischen Methoden angesprochen, mit denen die deutsche Schutztruppe 1904 - 1907 Aufständische bekämpfte: Von rund 80.000 Hereros wurden 15.000 übriggelassen, von 17.000 Kriegsgefangenen überlebte nur die Hälfte (vgl. *illoyal 1*).
Diese »Auseinandersetzung«, so Herzog, sei »nicht in Ordnung« gewesen. Zynischer geht's kaum: Völkermord als Auseinandersetzung der etwas ruppigen Art. Demnächst werden wir zu hören kriegen, daß bei der deutsch-jüdischen Krise zwischen 1933 und 1945 die Methoden deutscherseits nicht immer ganz nett gewesen seien.

Interview mit dem Wiener Deserteur Herwig Matzka

Herwig Matzka ist auf der Flucht. Am 22. Juli 1996 sollte der mittlerweile 37jährige Österreicher seinen Militärdienst antreten. Matzka war 15, als er in den Polizeidienst eintrat. Nach 19 Jahren quittierte er im September 1994 den Dienst. Er war zuletzt in Wien in der Fremdenpolizei tätig. Die innerhalb der Polizei herrschenden ausländerfeindlichen Zustände und seine mittlerweile grundsätzliche Ablehnung gegen Waffendienste führte zu seinem freiwilligen Ausscheiden.
Die damals gültige Zivildienstregelung sah eine einmonatige Antragsfrist vor. Diese Frist lief am 11. April 1994 aus, so daß sein im Dezember 1994 eingereichter Zivildienstantrag wegen Fristversäumnis abgelehnt wurde. Das Unglaubliche dabei ist, daß er als Polizist vorher gar keinen Antrag hätte stellen können. Herwig Matzka beschwerte sich beim Verfassungsgericht über diese Menschenrechtsverletzung und wurde abgelehnt.
illoyal *sprach mit ihm in Berlin.*

illoyal: *Herr Matzka, Sie sind aus Österreich geflohen, weil ihre Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt wurde.*

H.M.: In den Jahren 1994 bis 1996 gab es in Österreich eine Frist, in der man den Kriegsdienst verweigern konnte. Diese habe ich versäumt, weil ich damals Beamter des Staates Österreich war. Beamte sind per Gesetz von der Kriegsdienstverweigerung ausgeschlossen. Ich hätte gar keinen Antrag stellen können. Als ich mich nach neunzehn Jahren aus dem Staatsdienst als Wiener Kriminalbeamter und Sachbearbeiter für Fremdenfragen verabschiedete, habe ich den Kriegsdienst sofort verweigert. Diese Verweigerung wurde jedoch von den verantwortlichen Stellen abgelehnt, weil sie meinten, ich hätte die Frist versäumt. Ich konnte sie objektiv nie wahrnehmen.

illoyal: *Warum haben Sie nach so langer Zeit ihren Staatsdienst gekündigt?*

H.M.: Politische Gründe haben mich dazu bewogen: einerseits die immer repressivere Politik gegenüber MigrantInnen und AsylbewerberInnen, für die ich als Sachbearbeiter zuständig war. Ich erinnere da an die plötzliche Visumpflicht für jugoslawische Staatsangehörige. Genauso richtete sich der Schritt gegen die Starrheit und Reformträgheit des Exekutivapparates und die Ansicht, man hätte in hohen Häftlingszahlen einen Erfolgsnachweis. Es war auch Protest gegen den immer größeren Rechtsruck bei den Beamten und Staatsbediensteten. Einer der wichtigsten Gründe war jedoch meine Ablehnung der Gewalt. Schließlich ließ sie sich nicht mehr mit einem Beruf vereinbaren, der das Gewaltmonopol ausübt. Der Austritt aus der gesicherten Existenz war die letzte Konsequenz.

illoyal: *Wie wurde ihr Austritt denn von der Bevölkerung gewertet?*

H.M.: Von Migrantinnen und Flüchtlingen kam große Zustimmung, zumal sie unter den von mir kritisierten Mißständen besonders litten. Als meine Kündigung in den Medien bekannt wurde, setzte eine Solidaritätskampagne von MigrantInnen und AsylbewerberInnen in Wien ein, die – erstmalig in Österreich – für einen österreichischen Exekutivbeamten derart Partei ergriffen.

illoyal: *Und staatliche Stellen?*

H.M.: Der Staat hat reagiert wie üblich. Nach wie vor gilt als Nestbeschmutzer, wer auf Verfehlungen, Menschenrechtswidrigkeiten und Filz aufmerksam macht. Nachdem zuerst versucht wurde, mich mit dem Angebot einer finanzträchtigen Pension ruhigzustellen – denn auch dann wäre ich zur Verschwiegenheit verpflichtet –, zeigten die Verantwortlichen ihr wahres Gesicht. Unverzüglich übermittelten sie meinen Personalakt dem Militär. Dadurch ist jetzt für mich klar, daß ich während meiner gesamten Dienstzeit überwacht wurde.

illoyal: *Sie haben in künstlerischen Aktionen öffentlich gegen das österreichische Bundesheer Stellung bezogen. Warum wurde das bei ihrer Verweigerung trotz der »Fristversäumnis« nicht berücksichtigt?*

H.M.: Das möchte ich auch gerne wissen. Ich war 1992 in Bosnien. Damals habe ich mich an Hilfsgüterlieferungen beteiligt und über die Situation in Bosnien in der linken Wochenzeitschrift »Salto« berichtet. Meine Erfahrungen mit dem Krieg versuchte ich in Wien einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. So wurde während der Menschenrechtskonferenz 1993 in der Ruprechtskirche trotz massiven Widerstandes seitens der Erzdiözese die Ausstellung »Ich, der Krieg« durchgeführt. Durch Textpassagen und Gedichte, Lackmalereien und Fotos aus Bosnien wurde dem Betrachter eine klare Entscheidung abverlangt.
Die Verantwortlichen der Erzdiözese ließen vor jeder Messe Bilder und Texte abräumen, damit die Gläubigen nicht mit dem Krieg konfrontiert werden. Jedenfalls wurde diese Ausstellung von den österreichischen Medien gewürdigt. Obwohl oder gerade weil ich damals noch im Staatsdienst war, waren sogar einige Beamte des staatspolizeilichen Büros (1) zu der Ausstellung abgestellt.

illoyal: *Also gab es in Ihrem Fall noch andere Interessen als die Kriegsdienstverweigerung.*

H.M.: Das denke ich auch. Es wird wohl so sein, daß ich für Militär und Exekutive den Ehrenkodex gebrochen habe. Nämlich damit, daß ich aus freien Stücken und dann noch mit einer Protesterklärung gekündigt hatte. Es darf in der Alpenrepublik eben nicht sein, daß sich ein Individuum gegen die Staatsmacht stellt. Daher ist es kein Zufall, daß unmittelbar nach meinem Protestschritt Telephone abgehört und daß meine Angehörigen eingeschüchtert wurden. Schließlich versuchte mich ein Beamter des Heeresnachrichtendienstes (2) zur Mitarbeit anzuwerben. Oder daß der Herr Fasslabend auf eine parlamentarische Anfrage mit Lügen reagierte, obwohl der betreffende Oberst des Heeresnachrichtendienstes den Anwerbeversuch für den militärischen Geheimdienst in einem Interview bestätigt hatte. Verantwortliche Politiker und Staatsorgane wollten mich unter allen Umständen diskreditieren.

illoyal: *Wurden Sie denn unterstützt?*

H.M.: Ja, Organisationen und Einzelpersonen haben mich unterstützt. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die AG Wehrdienstverweigerung, das Netzwerk Gewissensfreiheit, die KPÖ, die Grünen, sowie den Historiker Prof. Dr. Ulrich Trinks hervorheben. Auch die Caritas hat versucht, mir behilflich zu sein, leider ohne Erfolg. Denn Fasslabend ließ alle wissen, was er von der MigrantInnen- und Flüchtlingsarbeit hält, und daß er militärischen Gehorsam über Gewissensfreiheit stellt. Flüchtlingsarbeit ist nicht in Fasslabends und damit nicht im öffentlichen Interesse.

illoyal: *Wie ist es Ihnen nach Ihrer Flucht in Berlin ergangen?*

H.M.: Tatsache ist, daß die Anfangszeit in Berlin nicht gerade einfach war. Auf einmal war ich selbst ein Flüchtling und mußte mit dieser für mich neuen Situation erst umgehen lernen. Es ist etwas anderes, wenn man selbst davon betroffen ist. So war es schwer ertragbar, quasi über Nacht Existenz, Einkommen und erreichten Wohlstand aufgeben zu müssen. Ich fand mich oft als Bittsteller in Abhängigkeiten wieder. Mit der Zeit legte sich das. Wohl auch deshalb, weil mir Freundinnen und Freunde in der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, in der PDS und in antifaschistischen und antirassistischen Organisationen geholfen hatten.
amnesty international hat mich als politisch Verfolgten anerkannt, mein Fall erscheint auch in ai-Publikationen. Durch die Ratifizierung des Schengener Abkommens besteht die Gefahr staatlicher Repressionen durch Deutschland. Ich meine damit Ausweisung, Abschiebung und Auslieferung. Diesbezüglich habe ich einen auf das Schengener Abkommen spezialisierten Rechtsanwalt befragt, der auf Dauer keine Perspektive für mich in der Bundesrepublik Deutschland sieht. Grund dafür ist der Haftbefehl in Österreich, zu dem über das Schengen-Informations-System die Behörden aus allen anderen Schengen-Staaten Zugriff haben. Obwohl ich mich in Berlin etabliert habe und sehr wohlfühle, weiß ich, daß die derzeitige Situation kein Dauerzustand sein kann. Entschieden habe ich mich aber noch nicht.

illoyal: *Sich den österreichischen Behörden stellen?*

H.M.: Warum sollte ich mich stellen? Ich bin mir keiner Schuld bewußt. amnesty international hat die Menschenrechtsverletzung nachdrücklich festgestellt. Dazu kommt, daß ich neunzehn Jahre und einen Großteil meiner Jugend für diesen Operettenstaat geopfert habe. Ich kenne die Mechanismen und die Strukturen in dem Land. Ich kehre zurück, wenn Herr Fasslabend den Einberufungsbefehl zum Militär zurückzieht. Das wird er aber nicht. Denn explizit hat er an mir, einem mittlerweile 37jährigen, großes Interesse. Die Hintergründe sind bekannt. Deshalb: Solange kein Einlenken des Staates erfolgt, wird es auch von mir keines geben.

(1) österreichischer Staatsschutz
(2) militärischer Geheimdienst

Zero Tolerance? Military Business as usual! Sexuelle Gewalt gegen Frauen in den US-Streitkräften

Seit Ende 1996 erschütterten öffentlich gewordene Sexualdelikte die US-Army. (1) Das Problem ist nicht neu, nur ignorierten die Verantwortlichen in Politik und Militär seit mehr als 20 Jahren die Warnsignale. Krasse Fälle von Vergewaltigungen von Rekrutinnen durch Ausbilder in einer Basis der US-Army, dem Ordnance Center des Aberdeen Proving Ground, Maryland, lösten eine Kette von Enthüllungen aus. Aufgrund der Beschwerde einer größeren Gruppe von Frauen begannen dort im September 1996 Ermittlungen. Danach wurden Frauen mutig und durch andere Frauen ermutigt, öffentlich gegen sexuelle Belästigungen vorzugehen und Anzeige zu erstatten. Tausende von Beschwerden zwangen die Armeeführung, im November 1996 die Politik der *Zero Tolerance* gegenüber sexueller Belästigung zu verkünden. Der damalige Verteidigungsminister William J. Perry erklärte am 13. November 1996: »Unsere Haltung zur sexuellen Belästigung ist eindeutig. Wir glauben, daß sexuelle Belästigung ethisch und moralisch gesehen ein Unrecht ist. Wir halten sie auch für falsch unter den Gesichtspunkten von militärischer Disziplin und der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung der Befehlshierarchie.«

Im November 1996 wurde eine landesweite Telefon-Hotline der Armee eingerichtet, die außerhalb des Dienstweges innerhalb von drei Monaten über 7.000 Anrufe registrierte. In über 10 Prozent der Fälle wurde eine sofortige Untersuchung eingeleitet. Davor wurden jährlich nur bis 500 Beschwerden bekannt. Nach Schließung der Hotline scheitern Frauen jetzt wiederum an den strukturellen Barrieren. Ihre Beschwerden werden durch Vorgesetzte von vornherein abgelehnt, treffen auf Spott und Gleichgültigkeit. Deshalb prophezeihen Kritiker einer Politik der *Zero Tolerance* Erfolglosigkeit.

Analog zu bekannten deutschen Ereignissen wurden die Vorfälle von Aberdeen Proving Ground als »Einzelfälle« abgetan; einige Vorgesetzte wurden »geopfert«, die anderswo weitermachen durften. Konfrontiert mit den Ausmaßen sexueller Gewalt waren Armeeführung und Verteidigungsministerium nach einer gewissen Zeit durchaus offensiv, sowohl nach außen wie nach innen. Das Pentagon mußte zugeben, daß es entgegen der Rechtslage »vergessen« hatte, Informationen über sexuelle Gewalt zu sammeln und zu analysieren.

Ein Gesetz, das dies vorschreibt, hatte den amerikanischen Kongreß bereits 1988 passiert, im Umfeld der ersten größeren Studie über sexuelle Gewalt in den Streitkräften.
Anfang Februar 1997 kündigte das Department of Veteran Affairs (VA) an, daß für ehemalige Soldatinnen jetzt ein eigenes Programm zur Verfügung stünde. Das VA informierte brieflich 400.000 ehemalige Soldatinnen über vorgesehene Hilfen bei Gewalt-Traumata. Dieses Programm geht auf ein Gesetz zurück, das der US-Kongreß 1992 (sic!) erlassen hatte und in dem das VA verpflichtet wurde, ein Hilfsprogramm zur Überwindung psychologischer Traumata infolge sexueller Gewalt während der aktiven Dienstzeit auszuarbeiten.

Aber je größer der Sumpf wurde und je mehr Details an die Öffentlichkeit drangen, um so bedeckter gaben sich die Verantwortlichen in der Armeeführung und der Exekutive. Es schien jetzt um Schadensbegrenzung zu gehen. Zu keinem Zeitpunkt überdies ging es um die Ergründung der strukturellen und soziokulturellen Ursachen.
Medienberichte sind inzwischen seltener geworden, abgesehen von der Berichterstattung über den brisanten Fall, in dem ein ehemals hochrangiger Militär, der ehemalige Sgt. Major of the Army Gene McKinney beschuldigt ist. (2) Dieser sieht sich als Opfer rassistischer Voreingenommenheit und selektiver Strafverfolgung. Sollten sich alle 19 Punkte der Anklage, die von Ehebruch (ein Straftatbestand im amerikanischen Militärrecht) bis zu tätlichem Angriff reichen, bestätigen, droht ihm eine Höchststrafe von 56 Jahren Gefängnis. Der bisherige Verlauf des Militärgerichtsprozesses, der seit Januar andauert, und die Aussagen der Zeuginnen lassen eine Verurteilung von McKinney wahrscheinlich erscheinen.

Publicityträchtige, außergewöhnlich harte Verurteilungen farbiger Militärangehöriger ließen einen Verdacht des Rassismus laut werden. Das am meisten rassistisch und politisch belastete Verfahren der Aberdeen-Vorfälle war das von Staff Sergeant Delmar Simpson, der wegen brutaler Vergewaltigung von Rekrutinnen in mehreren Fällen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Seine Verteidigung sah seine Verurteilung als präjudiziert an und als einen Akt der *Zero Tolerance*. Alle von den Rekrutinnen belasteten Angeklagten in den Aberdeen-Verfahren waren schwarze Militärangehörige, Opfer und Zeuginnen jedoch größtenteils weiße Frauen. Aus dieser Konstellation heraus vermutete die älteste und stärkste Bürgerrechtsbewegung der USA, die *National Association for the Advancement of Colored*, daß der Armeeführung die angeklagten schwarzen Ausbilder als Sündenböcke dienen, um ein energisches Vorgehen zu demonstrieren. Obzwar die Vorwürfe nicht

(1) Quellen: ABC News, CNN, The New York Times, Reuters, USA Today, The Washington Post.
Die USA weisen die weltweit höchste Vergewaltigungsrate in einer Kriminalstatistik auf, viermal höher als die deutsche. Der Anteil der schwarzen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung beträgt 12%, der Anteil schwarzer Männer an wegen Vergewaltigung verurteilten Tätern beträgt über 40%. Etwa gleich hoch ist der Anteil schwarzer Frauen auf der Opferseite. Statistisch gesehen muß jede 3. Amerikanerin mit einer Vergewaltigung rechnen. Vgl. Lawrence A. Greenfeld: Sex Offenses and Offenders: An Analysis of Data on Rape and Sexual Assault, U.S. Department of Justice, Office of Justice Programs, Bureau of Justice Statistics, February 1997.
(2) Der Posten des Sergeant Major of the Army ist im Headquarter des Department of the Army angesiedelt und die höchste Position, die ein sogenannter »enlisted«, ein Freiwilliger, erreichen kann. Er ist in seiner Funktion ein persönlicher Berater des Stabschefs der Army in Personalangelegenheiten der Freiwilligen und teilweise für die Ausbildung der Rekruten und deren Lebensbedingungen zuständig.

Frauen in der US-amerikanischen Armee
Die Einbindung von Frauen als Kombattantinnen in die amerikanischen Streitkräfte erfolgte sukzessive seit 1973. Im Vergleich zu den 2 Prozent von 1972 erhöhte sich der Anteil von Frauen bis 1997 auf 14 Prozent. Das sind über 197.000, davon mehr als 30.000 im Offiziersrang. Den höchsten Anteil hat die Air Force, danach Army und Navy, einen geringeren Anteil hat das Marine Corps. Gegenwärtig stehen etwa 90 Prozent aller Dienstlaufbahnen Frauen offen.
Ihre Rolle in den Streitkräften widerspiegelt die Rolle von Frauen in der »zivilen« Gesellschaft: Sie dienen zumeist in Verwaltungslaufbahnen (ein Drittel aller weiblichen Militärangehörigen), im medizinischen (ein Drittel) und Dienstleistungsbereich (ein Achtel). Schwarze und hispanische Frauen sind überrepräsentiert.
Nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte 1948 der *Women's Armed Services Integration Act* Frauen den Zugang zum Militär. Dieses Gesetz setzte ein Limit von maximal 2 Prozent Frauen, die bis zu einem bestimmten militärischen Rang aufsteigen durften, und erlaubte ihre Entlassung ohne Gründe. Dieses Gesetz wurde erst 1967 unter Aufgabe der Karrierebeschränkungen für weibliche Offiziere novelliert. Obzwar an den Kampfhandlungen in Panama 1989 einzelne Frauen beteiligt waren, setzt die eigentliche Zäsur der Golfkrieg 1992, in den auf amerikanischer Seite etwa 40.000 Frauen einbezogen waren, die damit endgültig in die Rolle von Kombattantinnen schlüpften.

(3) 1988 beklagten 64% der Frauen sexuelle Belästigung, 1996 55%, bei nicht identischer Fragemethode.
(4) Maureen Murdoch/Kristin L. Nichols: Women Veterans' Experiences With Domestic Violence and With Sexual Harassment While in the Army, 1993.
(5) Logischer erscheint, daß 22% Gewalterfahrungen haben.
(6) Vgl. auch Dave Grossman: On Killing : The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society, Little Brown & Co (Pap), 1996. Grossmann ist Militärpsychologe und Ausbilder.

bewiesen werden konnten, gilt auch hier: Wohl gab sich die Führung des Männerbundes Armee geschäftig, doch hatte sie kein Interesse, die eigentlichen Ursachen von Männergewalt – in diesem Fall zufällig schwarzer Männer – aufzudecken. Es steht außer Frage, daß die Verurteilungen gerechtfertigt waren. Ebenso außer Frage steht aber, daß in anderen Fällen hochrangige weiße Militärs, die in vergangenen Jahren Untergebene sexuell belästigten, überwiegend nicht strafrechtlich belangt, sondern versetzt und pensioniert wurden. Sicher ist, daß die vielfältigen Hierarchien in der Armee (»schwarz« - »weiß«, Mann - Frau, Vorgesetzte - Untergebene) *doppelte Standards* in der Bewertung des Verhaltens von Militärangehörigen zeitigt – so auch bei Belästigung und Vergewaltigung. Bezeichnend dafür ist der Fall von Kelly Flinn (zeitgleich zur Verurteilung von Delmar Simpson), der ersten B-52-Bomberpilotin der Navy, des »Vergehens« der sexuellen Beziehung zu einem verheirateten Zivilisten angeklagt, nach amerikanischem Militärrecht ebenso unerlaubt wie Beziehungen zwischen unterschiedlichen Rängen. Sowohl aus politischen Kreisen wie auch in der Öffentlichkeit ertönte nach der Entlassung Flinns Kritik an den hier besonders deutlichen *doppelten Standards*.

Bereits 1988 und 1996 lagen interne Studien des Verteidigungsministeriums zur sexuellen Gewalt gegen Frauen vor. Die erst im Juni 1996 veröffentlichte Umfrage unter 90.000 aktiven Militärangehörigen stellte erneut fest, daß die Mehrheit der Frauen in den Streitkräften sexuell belästigt wird. (3) Zu dieser Schlußfolgerung gelangten bereits die Verfasserinnen einer Studie, die 1993 anonym Patientinnen des Armeehospitals Maryland über deren Gewalterfahrungen befragten und resümierten, daß Frauen, die in das Militär eintreten, einem hohen Risiko sexueller Gewalt unterliegen. (4) Im September 1997 präsentierte das Verteidigungsministerium die Ergebnisse der erneuten Studie über Geschlechterbeziehungen, die im November 1996 mehr zur Beruhigung angeordnet worden war und für die amerikanische Militärangehörige weltweit befragt wurden. Die Veröffentlichung des »Sexual Harassment Report« war seitens der Armeeführung bis zur Erarbeitung eines »Aktionsplanes« zur Vorlage an den Kongreß verzögert worden.

Obwohl laut Studie 84 Prozent der Frauen angaben, Erlebnisse ungewollter sexueller Annäherung und sexueller Gewalt zu haben, überrascht es die Verfasser der Studie, daß sich »nur« 22 Prozent der Frauen – bei nicht anonymer Nachfrage – als sexuell belästigt bezeichneten. (5) Kritiker machten frühzeitig auf eine Verfälschung der Ergebnisse aufmerksam, da die Kommission nachträglich Untersuchungsergebnisse vernichtete. 51 Prozent

Frauen in der Armee – auch in der Bundeswehr unerwünscht
Foto: Archiv

der Frauen sagten im übrigen aus, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert zu werden.
Auch jetzt noch oder wieder versuchte Army Secretary Togo West, Aberdeen Proving Ground als »Ausreißer« darzustellen und nicht als Trend. Er erntete den heftigen Widerspruch von Dorothy Mackey, einer ehemaligen Air Force Captain, die heute die *Survivors to Take Action Against Abuse by Military Personnel (STAMP)* führt. *STAMP* macht auf die »Normalität« brutaler sexueller Gewalt gegen Frauen und deren Verharmlosung und Vertuschung in den US-Streitkräften aufmerksam, indem sie betont, daß sexuelle Gewalt Teil der militärischen Kultur und Tradition ist und daß die militärische Ausbildung systematisch junge Menschen desensibilisiere und zu Gewalt und zum Töten abrichte. (6)

Der sehr verschwommene Aktionsplan des Verteidigungsministeriums reicht von der Einführung eines Fachs »Ethik und sittliche Werte« in die Grundausbildung, die deshalb um eine Woche verlängert würde, bis hin zur Einstellung von mehr Militärpfarrern. Die Kommission empfahl ferner die Ernennung eines 3-Sterne-Generals, dem die Überwachung der Ausbildung unterliegt. Immerhin gelangte das Verteidigungsministerium zu der fundamentalen Erkenntnis, daß eine »Führungsschwäche« vorliege und die passive Haltung der Militärführung es zu verantworten habe, daß sexuelle Gewalt gegen Frauen in den Streitkräften seit Jahren anhalte.
Das ganze Jahr 1997 hindurch gab es eindeutige Hinweise, daß in einer Art »Flucht nach vorn« im Rahmen der Grundausbildung eine Geschlechtersegregation geplant wird. (7) Im Kongreß mehrten sich rechtskonservative Stimmen, die dazu rieten. Eine gemeinsame Ausbildung von Männern und Frauen führe zu Vergewaltigung, Belästigung und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen. Auch in Armeekreisen wurden wiederum Stimmen laut, die eine Einbeziehung von Frauen in die Streitkräfte generell nicht befürworten. Ein vorgelegter Gesetzesentwurf über Geschlechtersegregation scheiterte am lautstarken einträchtigen Widerstand von Militärs und Frauenrechtlerinnen. Während die Militärs sogar die nationale Sicherheit gefährdet sahen, hoben Feministinnen (8) hervor, daß dieser »gigantische Rückschritt« für Frauen dazu diene, Männer-Privilegien zu bewahren. Sexuelle Belästigung sei eine neuerliche Strategie von Männern, Frauen von der Armee fernzuhalten. Deshalb überraschten die Mitte Dezember veröffentlichten Vorschläge einer Kommission nicht, die unter Leitung der früheren republikanischen Senatorin Nancy Kassebaum Baker der Frage nachging, wie eine »faire Behandlung« der Rekrutinnen garantiert werden könne. Im wesentlichen schlug man vor, eine generelle Trennung der Ausbildung nach Geschlechtern in der Grundausbildung vorzunehmen und zum Schutz der Frauen vor allem eine getrennte Unterbringung zu garantieren und gleichzeitig die Anzahl der Ausbilderinnen zu erhöhen. Die Teilstreitkräfte haben vier Monate Zeit (bis April 1998), die Vorschläge der Kommission zu prüfen.

Die Vorkommnisse belegen, daß die halbherzige *genderintegration* in den US-Streitkräften gescheitert ist. Männer wollen beim Töten und Vergewaltigen unter sich sein. Frauen haben durchaus Gründe, eine Karriere in den Streitkräften anzustreben, beispielsweise die Hoffnung auf sozialen Aufstieg. Feministinnen jedoch sollten es nicht als ihr hehres Ziel ansehen, Frauen in die extrem patriarchalische Institution des Militärs zu »integrieren«, sie sollten diese Institution vielmehr grundsätzlich in Frage stellen.

Annerose Gündel & Ulrike Gramann

(7) Die einzige Teilstreitkraft, in der schon immer eine getrennte Grundausbildung von Frauen und Männern beibehalten wurde, ist das Marine Corps. Erst in der darauffolgenden Phase, der Kampfausbildung (Marine Combat Training), erfolgt eine gemeinsame Ausbildung.
(8) aus der National Organisation of Women (NOW)

Geschwindigkeit als Waffe
Der französische Philosoph Paul Virilio über Krieg und Militär

»Der Beweis dafür ist, daß das Militär als solches verschwindet! Es verschwindet in der Technologie und in der Automatisierung der Kriegsmaschine.«
(Virilio, Der reine Krieg)

Was ist Krieg? Der französische Philosoph Paul Virilio gibt eine Antwort, die zuerst lapidar erscheint: Krieg ist Vorbereitung zum Krieg!
War das Kriegswesen bis zum ersten Weltkrieg hauptsächlich darauf gerichtet, Bollwerke gegen die räumliche Bewegung des Gegners zu errichten (zum Beispiel durch Burgen, Mauern) und die eigene Beweglichkeit möglichst zu erhöhen (zum Beispiel durch Straßen, Brücken und Pferde), so änderte sich dieses dramatisch mit der »dromologischen Revolution« *(dromos: Lauf, Wettrennen)*.
Das dromologische Zeitalter begann mit der Erfindung des Motors.
Nach Virilios Auffassung war es bis dahin nicht möglich, Geschwindigkeit zu erzeugen, sondern nur, die Geschwindigkeit zu erhöhen, indem man sich der Geschwindigkeit anderer Lebewesen bediente. Mit Hilfe des Motors werde es nun möglich, Geschwindigkeit selbst »herzustellen«.
Dies änderte die Kriegführung dramatisch: Der Krieg wurde vom Raum auf die Zeit übertragen. Ausschlaggebend für den »Sieg« war nicht mehr, wer den Raum besser kontrollierte, also dickere Mauern, bessere Bunker hatte, sondern wer den Raum schneller durchquerte. Diese Entwicklung der Kriegführung begann im ersten Weltkrieg, welcher ein »alter« Krieg mit neuen Waffen war.
Der zweite Weltkrieg war schon ein Krieg der Geschwindigkeit, ein »Blitzkrieg«. Denn schon in der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs emanzipierte sich die Technik vom Soldaten – es sei nur an die ersten Raketen V1 und V2 erinnert.
Wissenschaftler und Ingenieure wurden die eigentlich Kriegführenden. Die Beherrschung der Zeit, in Form von Plötzlichkeit und Allgegenwart, ist seitdem das siegbestimmende Moment.
In der Essay-Sammlung »Krieg und Fernsehen« beschreibt Virilio, wie sich nun die Kriegsmaschine vom Ingenieur, vom Techniker emanzipiert und nur noch Wissen oder Information kriegsentscheidend wird. Wird nun Virilios Prämisse mitgedacht, daß Krieg Vorbereitung zum Krieg ist, so bekommt zum Beispiel das Internet einen fahlen Beigeschmack. Schließlich ist der Vorläufer des Internets, das ARPANET, eine Erfindung der amerikanischen Militärs.

Während des Golfkrieges 1991/1992 macht Virilio einen Wandel des Verhältnisses zwischen Fernsehen und Krieg aus, welcher seiner Meinung nach alle nachfolgenden Kriege beeinflussen wird. Seine zugespitzte These: Der Golfkrieg fand nicht in der Golfregion statt, sondern auf jedem einzelnen Fernsehbildschirm. Durch die zeitliche Unmittelbarkeit der Kriegsbilder wurde die betrachtende Person tatsächlicher Soldat des Krieges! Durch den manipulativen Gebrauch der Fernsehsender (CNN etc.) und des Journalisten-Pools, von irakischer wie von amerikanischer Seite, hat sich der reale Krieg aus der Wüstenlandschaft in die Medienlandschaft verlagert. Der Plötzlichkeit der amerikanischen Bomber entspricht, so Virilio, die Gewalt der Fernsehbilder des Krieges. Während des Golfkriegs hat die Kriegsmaschine alles in sich eingemeindet: die Landschaft der Wüste durch Bunker und Fahrzeuge, die Luft durch Bomber und das Anzünden der Ölquellen, die elektrischen Wellen durch Radar, Funk und Funkstörung, die Medien durch Information und Desinformation etc.

Es lassen sich viele Einwände gegen seine Interpretation von Geschichte anführen; so zum Beispiel die Frage, ob Geschwindigkeit überhaupt »hergestellt« werden kann. Doch wird der Gedanke mitgedacht, ergibt sich eine interessante, aber auch beklemmende Sicht auf die Welt.
Das Militär reißt alles usurpatorisch an sich, und dadurch verschwindet es. Es wird nicht mehr wahrnehmbar, weil der Blick von außen fehlt.

»Logistik ist das Verfahren, mit dem das Potential einer Nation auf ihre Streitkräfte übertragen wird, in Friedens wie in Kriegszeiten.«
(Pentagon, zitiert nach Virilio, Der reine Krieg)

Alf Dobbert

Literatur:
Paul Virilio, Der reine Krieg, Berlin 1984
ders., Der negative Horizont, Frankfurt am Main 1996
ders., Krieg und Fernsehen; Frankfurt am Main1997

Mit Bakterien morden
Biologische Waffen

Die Geheimsekte *Aum Shinrikyo* (»Höchste Wahrheit«) verübte am 20.3.1995 einen Terroranschlag auf die Untergrundbahn von Tokio.
Sektenmitglieder hatten das Giftgas Sarin in der Untergrundbahn freigesetzt. Zwölf Menschen starben, 5500 wurden verletzt.

Vermutlich hatte die Aum-Sekte auch einen Anschlag mit todbringenden Viren erwogen. 1992 waren Sektenführer Shoko Asahara und 40 seiner Anhänger nach Zaire gereist, wo kurz zuvor das tödliche Ebola-Virus aufgetreten war.(1) Viren eignen sich als biologische Waffen, da gegen sie kein Antibiotikum hilft und in den seltensten Fällen wirksame Impfstoffe zur Verfügung stehen.
Bakterien wie z.B. *Bacillus anthracis* oder *Yersinia pestis* sind aber ebenfalls als biologische Waffen geeignet. *Yersinia pestis* ist der Erreger der Beulenpest, die im 14. Jahrhundert einen großen Teil der Bevölkerung Europas dahinraffte. Der Milzbranderreger *Bacillus anthracis* kann die Atemwege, den Darm und die Haut befallen. Unbehandelt verläuft Milzbrand meist tödlich. Auch Giftstoffe, die von Bakterien oder anderen Organismen gebildet werden, rechnet man zu den biologischen Waffen. Das Bakterium *Clostridium botulinum* scheidet beispielsweise Giftstoffe aus, die nach Einatmen oder Verzehr Atemlähmung und den Tod durch Ersticken bewirken.(2)
Biologische Waffen wurden lange nicht als ernstzunehmende Bedrohung angesehen. Das hat sich im Zeitalter der Biotechnologie und der Gentechnik grundlegend geändert. Forscher des schwedischen Verteidigungsministeriums haben 1988 vorgeführt, wie man in der gentechnischen Retorte bösartige Bakterien erzeugen kann.(3) Sie hatten dem relativ harmlosen Bakterium *Yersinia pseudotuberculosis* zwei Gene entfernt und damit einen neuartigen gefährlichen Erreger geschaffen. Auf gentechnologischem Wege kann man nicht nur neuartige todbringende Erreger erzeugen, man kann auch bekannte Erreger wie z.B. *Yersinia pestis* so verändern, daß die zur Verfügung stehenden Antibiotika und Impfstoffe keinerlei Wirkung mehr zeigen.
1972 haben 113 Staaten das seit 1975 gültige Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung biologischer Waffen, die sogenannte Biowaffen-Konvention, geschlossen. Bis Januar 1997 haben 140 Staaten die Biowaffen-Konvention ratifiziert, weitere 18 Staaten haben das Abkommen zwar unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert. Die Biowaffen-Konvention hat zwei gravierende Schwachstellen.
Zwar verbietet das Abkommen die Entwicklung, die Herstellung und Lagerung biologischer Waffen für offensive Zwecke. Andererseits erlaubt das Abkommen aber die Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen »für defensive Zwecke«, das heißt im Rahmen von Forschungsprojekten zur Entwicklung von Schutzmaßnahmen

Für die militärische Planung relevante biologische Waffen

Krankheit	*Kampfstoff*	*Inkubation*	*Symptome*	*Tödlichkeit /Ansteckungsgefahr*
Anthrax (Milzbrand)	Bacillus anthracis	1-5 Tage	hohes Fieber, Atemnot, rasender Puls	90% / Nein
Botulismus	Botulinum toxic	2-36 Stunden	Müdigkeit, Übelkeit, Krämpfe, Atemlähmung	65% / Nein
Encephalitis (Venezuelan Equine)	VEE Virus	2-5 Tage	Infektion des zentralen Nervensystems	< 1% / Nein
Lungenpest	Yersina pestis	2-5 Tage	Lungenentzündung, Blutgerinsel	fast 100% / hoch
Pocken	Variola Virus	12 Tage	Fieber, Schüttelfrost	25-40% / hoch
Rizinvergiftung	Ricinus communis	1-10 Stunden	Übelkeit, Zuckungen, Leber- und Nierenschäden	fast 100% bei weniger als 1 mg pro kg Gewicht / Nein

Quelle: J.B.Tucker, Technology Review, Vol.100, Nr.9, Jan/Feb 1998, S.38

gegen eben diese Waffen. Die Biowaffen-Konvention enthält des weiteren keine Bestimmungen, die festlegen, wie kontrolliert werden soll, welche Staaten sich an das Abkommen halten und welche nicht. Die Unterzeichnerstaaten der Biowaffen-Konvention haben sich bisher nicht auf wirksame Verifikationsmaßnahmen einigen können. Andere Rüstungskontrollabkommen wie z.B. der Atomwaffensperrvertrag oder die Chemiewaffen-Konvention enthalten dagegen strikte Verifikationsbestimmungen.

Bislang wurden vier sogenannte Überprüfungskonferenzen abgehalten, um die Biowaffen-Konvention zu stärken. Auf der dritten derartigen Konferenz 1991 wurde eine Gruppe von Regierungsexperten eingesetzt, die Überprüfungsmaßnahmen vorschlagen sollte. Diese Expertengruppe hatte im September 1994 ihre Arbeit abgeschlossen. Es wurden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die von Austauschbesuchen bis zur kontinuierlichen Überwachung von kommerziellen und nichtkommerziellen Forschungslaboratorien reichen. Die Vertragsstaaten der Biowaffen-Konvention setzten im September 1994 eine weitere Gruppe von Regierungsexperten ein, mit dem Ziel, die Verifikationsfrage nunmehr vertraglich zu regeln. Diese zweite Expertengruppe hat im Juli letzten Jahres Verhandlungen über einen konkreten Vertragstext aufgenommen. Auf der Basis dieses Vertragstextes soll im kommenden Jahr ein Zusatzprotokoll zur Biowaffen-Konvention verabschiedet werden, das die Verifikationsfrage verbindlich regelt. Der Abschluß eines Zusatzprotokolls zur Überprüfung wird zähe Verhandlungen erfordern. Das liegt vor allem daran, daß viele Entwicklungsländer einem solchen Protokoll nur dann zustimmen werden, wenn im gleichen Atemzug Maßnahmen zur Stärkung des Artikels X der Biowaffen-Konvention verabschiedet werden. Artikel X der Biowaffen-Konvention fordert die Vertragsstaaten auf, biologisches Material, Wissen und Technologie für friedliche Zwecke auszutauschen und die Biowaffen-Konvention so zu handhaben, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindert. Aber auch seitens der Industriestaaten gibt es Widerstände gegen ein Verifikationsprotokoll. So wehrt sich beispielsweise die amerikanische Pharma-Industrie gegen Inspektionen ihrer For-schungslaboratorien, da sie die Offenlegung von Forschungs- und Entwicklungsgeheimnissen fürchtet. Daß die Militärs keinerlei Aussagen über die Art und den Umfang ihrer Biowaffen-Forschung machen wollen, versteht sich von selbst.

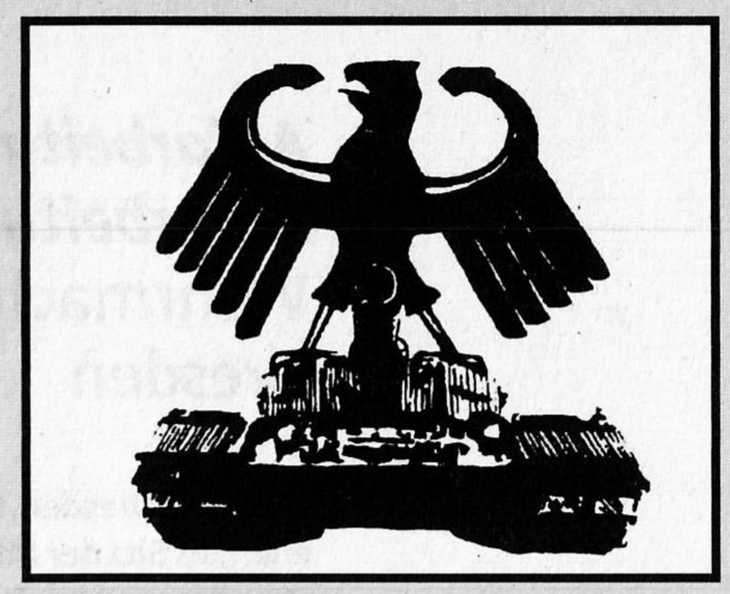
Uwe Marx

(1) Die japanische Polizei hat bei der Durchsuchung des Hauptquartiers der Aum Sekte ein Labor entdeckt, das in der Lage war, Anthray-Bakterien und Botulinum-Gifte herzustellen.
(2) Das Center for Disease Control and Prevention des U.S. Public Health Service identifizierte 24 Infektionsbakterien und 12 Gifte, die ein ungewöhnlich hohes Risiko für Menschen bedeuten. Die UNO definiert biologische Waffen als alle »lebenden Organismen, welcher Art auch immer, oder infektiöses Material, die Krankheit oder Tod von Mensch, Tier und Pflanze herbeiführen, die in ihrer Wirkung von ihrer Fähigkeit zur Vermehrung in den angegriffenen Menschen, Tieren und Pflanzen abhängen«.
(3) Gleichzeitig werden Dual-Use-Stoffe wie Ricin und Botulinum immer wichtiger für die Behandlung von Krebs und neurologischen Krankheiten.
(4) Schon im Genfer Protokoll von 1925 wurden bakteriologische Kampfstoffe verboten. Dies geschah angesichts von 8 Millionen Toten der Grippe-Epidemie nach dem I. Weltkrieg.

ANZEIGE

BUKO-KAMPAGNE

STOPPT DEN



RÜSTUNGSEXPORT

Wir arbeiten zu den
inhaltlichen Schwerpunkten
»Deutsche Rüstungsexporte« und
»Kriegs-/Fluchtursachen«.

Wir bieten
Recherchearbeit
zu verschiedenen Ländern,
Themen und Firmen,
Informationsmaterial
und ReferentInnen
an.

Der Rundbrief der Kampagne erscheint drei- bis viermal jährlich mit Themen wie:
Landminen · Europäische Rüstungskooperation · Kriegsursachen · Kleinwaffen · Dual-Use-Güter · Indonesien · Türkei · etc.
Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an oder bestellen Sie sofort:
Jahresabo DM 35,-
Förderabo DM 50,-

Spenden sind erwünscht
und steuerlich absetzbar
Postbank Hamburg
Kto.: 51818205
BLZ 20010020

BUKO-KAMPAGNE
STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Telefon 0421-326045
Fax 0421-3378177
e-mail: rexbuko@oln.comlink.apc.org

Aufarbeitung der Aufarbeitung
Wehrmachtsausstellung in Dresden

Die Stadt Dresden, fest in den Händen der CDU, ehemals Sitz der Militärakademie der DDR und seit 1995 der modernsten und größten Offiziersschule der Bundesrepublik, reiht sich ein in die Liste der Orte, welche die Ausstellung »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944« zeigten.

Verbale Peinlichkeiten von Seiten der Gegner der Ausstellung hielten sich in Grenzen. Zitiert und belächelt werden sollte vielleicht das CDU-Mitglied der Landesregierung, Schimpff, das im Februar im Sächsischen Landtag diesbezüglich kundtat: »Wir sind 1989 nicht auf die Straße gegangen, damit heute in einem demokratischen Parlament kommunistische Geschichtslügen verbreitet werden können.« DSU und Republikanern fiel nichts Besseres ein, als die Dresdner an die Bombennacht vom 13. Februar 1945 zu erinnern und anläßlich dieses bevorstehenden Datums lieber eine Ausstellung über die »Verbrechen der Alliierten in Dresden« zu fordern. Zu einem offenen Bekenntnis zur Wehrmachtsausstellung durch die Stadt kam es nicht. Am liebsten wäre es Oberbürgermeister Wagner gewesen, wenn alles möglichst schnell und unbemerkt vorbei gewesen wäre. Er setzte in diesem Sinne ein Zeichen, indem er einen Ausstellungsort im Zentrum der Stadt ablehnte und die Ausstellung an den Stadtrand ins Gebäude der Technischen Sammlungen auslud.

Daß es trotzdem alles andere als ruhig um die Ausstellung wurde, ist zum Teil Wagners, wenn auch unbeabsichtigter, eigener Verdienst. So wurde das Verbot des NPD/JN-Aufmarsches am 24.1. (»Für Recht und Wahrheit«) derart mangelhaft begründet, daß es vom Verwaltungsgericht abgelehnt werden mußte. Die Bilder von Nazis (insgesamt 1.200) auf dem Theaterplatz geisterten durch die Medien. Die Gegendemo des Bündnisses gegen Rechts, welches SPD-Kreise, Gewerkschafter, Grüne, Antifa, Künstler und Schriftsteller umfaßt, wurde für den 17.1. genehmigt. Bezeichnenderweise jedoch war die nicht genehmigte Gegendemo am 24.1., durch 3.000 Polizisten vom Stadtzentrum rigoros abgeschirmt, mit 1.000 Leuten besser besucht als die offizielle Gegendemo vom 17.1.

Eigentlicher Grund für die große Resonanz und den intensiven öffentlichen Diskurs, der in Dresden stattfand, war jedoch das umfangreiche Begleitprogramm. Filme, Theaterstücke, Konzerte und Seminare wurden angeboten, die ein enormes Interesse fanden. Unter dem Motto »Aufarbeitung der Aufarbeitung« wurde in etlichen Veranstaltungen der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR thematisiert und damit ein empfindlicher Nerv getroffen. Mehrere DDR- Historiker wiesen darauf hin, daß sie viel früher und konsequenter mit der Aufarbeitung begonnen hätten, daß jedoch nur das veröffentlicht werden konnte, was ins Bild des »staatlich verordneten, institutionalisierten Antifaschismus« paßte, so daß eine genaue und öffentliche Auseinandersetzung nicht stattfinden konnte. Zu diesem Thema wurden zusätzliche Tafeln konzipiert, die die Ausstellung ergänzten.

Unter ständiger Polizeibeobachtung verlief die Ausstellung ohne Zwischenfälle – bis auf den Versuch der JN, am ersten Tag vor dem Eingang Handzettel zu verteilen, was in einer Prügelei mit Dresdner Autonomen endete. Nachdem bereits im November von der »Kameradschaft Sachsenfront« Plakate am Ausstellungsort verklebt worden waren (»Unsere Großväter waren keine Verbrecher«), hatte man Schlimmeres befürchtet. Der CDU-Abgeordnete Henke blamierte sich, als er mit der Begründung, Reemtsma würde mit seinen Zigaretten genug verdienen, freien Eintritt verlangte.

Das stetig wachsende Interesse (nach zwei Wochen 10.000, am Ende der sechs Wochen 54.000 Besucher) führte dazu, daß man bis zu drei Stunden in einer permanenten Menschenschlange warten mußte.

Die wohl einfachste und aussagekräftigste Form, die Resonanz der Ausstellung bei den Besuchern und den Charakter der öffentlichen Auseinandersetzung zu beschreiben, wäre eine Veröffentlichung des Gästebuches, in welchem das gesamte Spektrum an Meinungen, die die Diskussionen bis heute bestimmt haben, nachzulesen ist, angefangen von der einfältigen deutschnationalen »Nestbeschmutzer«-Litanei über sachliche Auseinandersetzungen bis hin zu völlig unkritischer Befürwortung.

Ab dem 6. März ist die Ausstellung in Salzburg zu sehen.

Mattes Hoffmann

Strammstehen am Schulausgang
Über die Arbeit der Jugendoffiziere

Der Anblick von Jugendoffizieren gehört mittlerweile zum alltäglichen Bild an Schulen. Der Presse- und Informationsstab des Verteidigungsministeriums kommt überall zum Einsatz, wo die Hegemonie des militärischen Denkens verteidigt oder erobert werden soll. Im Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums werden Einsätze von Jugendoffizieren in Schulen ebenso geplant wie wehrpolitische Seminare für LehrerInnen und die Zusammenarbeit mit den Bildungsbehörden. Am deutlichsten formulierte wohl das baden-württembergische Kultusministerium in den 70er Jahren das militärische Erziehungsziel: Die Pflicht der Schule sei es, »die Aufgaben der Bundeswehr so verständlich zu machen, daß sie vom Schüler als notwendig anerkannt werden können.«

Die Aufgaben der Jugendoffiziere sind klar definiert: Die SchülerInnen sollen Bundeswehr und Wehrpflicht akzeptieren und befürworten. Imageverluste der Bundeswehr, z.B. durch unzählige »rechtsradikale Einzelfälle« oder Rüstungsgroßprojekte, wie den Eurofighter, dürfen aus Sicht der BW-Strategen nicht zur generellen Ablehnung militärischer Strukturen führen. Jugendoffiziere sind Werbestrategen und Werbeträger in einem. So wird der Dienst beim Bund beschönigt, wird mit Bedrohungsszenarien und konstruierten Feindbildern die Notwendigkeit einer Verteidigungsarmee begründet und durch Heranziehen sämtlicher militärischer Konflikte der Welt die deutsche Pflicht zu »friedensschaffenden Maßnahmen« erläutert. Aber Jugendoffiziere erfüllen noch einen anderen Zweck: Durch ihr Auftreten in Uniform wird die Schule schrittweise militarisiert, damit sich Jugendliche frühzeitig an das Bild von Soldaten gewöhnen.

Die JungdemokratInnen/ Jungen Linken setzen sich »radikal für Freiheit und Demokratie« ein. Sie engagieren sich auch gegen den Militarismus an Schulen.

Kontakt
JungdemokratInnen/
Junge Linke Berlin
Rosa-Luxemburg-Str. 19
10178 Berlin
Tel. (030) 24 72 97 47

Die Werbe- und Informationstätigkeit der BW wird von etwa 2.500 haupt- und nebenamtlichen Jugendoffizieren getragen. Wer Jugendoffizier werden will, muß nicht nur über die richtige Gesinnung verfügen, sondern erhält auch noch eine spezielle Schulung. In Lehrgängen werden angehende Jugendoffiziere auf die inhaltlichen Diskussionen mit kritischen SchülerInnen vorbereitet und vor allem rhetorisch geschult. Dort lernt der Jugendoffizier, daß er sich immer als »gebildeter«, »demokratischer«, »kritischer« Soldat zu geben hat. Nach dem Motto »Kleine Fehler zugeben, um die großen zu vertuschen«, soll er um Vertrauen werben. Kritische Einwände darf er niemals abwürgen, sondern muß sich den angeblich »neuen Argumenten« aufgeschlossen zeigen, um sie dann um so massiver zu widerlegen. Mit unterschiedlichen rhetorischen Schleifen appelliert er an die Verantwortung der SchülerInnen für das Allgemeinwohl und stellt den Dienst bei der BW als wertvolle Erfahrung dar.

Der Einfluß der Jugendoffiziere kann sich sehen lassen: Etwa 300.000 Jugendliche werden jährlich durch Bundeswehrveranstaltungen in Schulen, Kasernenfahrten oder spezielle Seminare erreicht. Statt auf kritisches Gespräch wird zunehmend auf den »emotionalen Zugang« durch Erlebnisformen gesetzt. So soll z.B. durch Kasernenbesuche Militär und Disziplin alltäglich werden. Persönliche Kontakte mit »einfachen Soldaten« und die Faszination der Technik werden als erfolgreiche Strategien angesehen, um SchülerInnen zu manipulieren. Was zufällig aussieht, ist langfristig geplant. So wurden Jugendoffiziere im letzten Jahr aufgefordert, zu Schulbesuchen möglichst ehemalige Schüler dieser Schule, die gerade ihren Wehrdienst ableisten, mitzunehmen, um glaubwürdiger zu wirken.

Aber nicht immer ist der Einfluß der BW so offensichtlich. Jugendoffiziere beteiligen sich auch an der Erstellung von Unterrichtsmaterialien, die entweder in die normalen Schulbücher eingearbeitet werden oder als Bundeswehrmaterialien erkennbar sind. Die notorischen Finanzprobleme der bundesdeutschen Schulen tun ihr übriges, daß die Broschüren und Filme der Bundeswehr in den Unterricht einfließen. Natürlich sind Jugendoffiziere auch zur Stelle, wenn neue Rahmenpläne im Schulsenat oder in Kultusministerien erarbeitet werden.

Die grundsätzliche Frage, ob das Auftreten von Jugendoffizieren mit den demokratischen und emanzipatorischen Bildungsidealen vereinbar ist, bleibt offen. Die Schule soll offiziell alle relevanten gesellschaftlichen Positionen in gleicher Weise berücksichtigen, doch Vertreter einer Gegenposition werden oft nicht einmal eingeladen. Der Jugendoffizier, der die Kriegsdienstverweigerung nur am Rande erwähnt, kann die Gegenposition nicht vertreten. Warum sollte er auch?

Carsten Dannel
JungdemokratInnen/Junge Linke

Soeben erschien in Zusammenarbeit mit der Berliner Kampagne und dem Neuen Forum Berlin eine von der JD/JL herausgegebene Zeitung zum Thema »Militarisierung der Schule«

Wer hat uns verraten? Der revolutionäre Antimilitarismus des Spartakusbundes im Ersten Weltkrieg

Was machen Antimilitaristen, wenn der Krieg einmal begonnen hat? »Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges... Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel«(1), verkündete die Reichstagsfraktion der SPD am 4. August 1914. Die gleiche Partei, die in den Tagen zuvor im ganzen Reich Versammlungen gegen den Krieg abgehalten hatte, stimmte nach Kriegsbeginn geschlossen für die Kriegskredite. Mit über 100 Abgeordneten im Reichstag war die SPD nicht nur die stärkste deutsche Partei, sondern auch die größte und einflußreichste Arbeiterpartei in der Sozialistischen Internationale. Ihr »Umfall«, der allen bisherigen Beschlüssen der Internationale widersprach, hatte Vorbildcharakter für die sozialistischen Parteien der meisten anderen Länder, die sich eigentlich von der SPD ein Signal gegen den Krieg erhofft hatten, nun aber ebenfalls die »nationale Verteidigung« unterstützten.

Die wenigen verbliebenen Kriegsgegner in der SPD sahen sich Belagerungszustand, Zensur und Verhaftungen gegenüber. Legale Arbeit in Parlamenten, Parteiversammlungen und -zeitungen war nur so lange möglich, bis es zu Verboten und Parteiausschlüssen kam. Bis zu seiner Verhaftung am 1. Mai 1916 konnte Karl Liebknecht das preußische Abgeordnetenhaus und den Reichstag als politische Tribüne nutzen. Am 2. Dezember 1914 war er der einzige Reichstagsabgeordnete, der gegen die Kriegskredite stimmte, sein Votum löste heftige Diskussionen aus und war für die bis dahin noch der »Parteidisziplin« ergebenen Kriegsgegner ein Signal, nun ebenfalls aktiv zu werden.

Deren prominenteste Köpfe waren, neben Liebknecht und Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Hermann und Käte Duncker, Leo Jogiches, Franz Mehring und Wilhelm Pieck. Im April 1915 gründeten sie die Zeitschrift »Die Internationale« zur politischen Schulung und Selbstverständigung. Trotz deren sofortigen Verbots wurden in kurzer Zeit rund 9.000 Exemplare verkauft. Im Januar 1916 begann die illegale Herausgabe der Spartakusbriefe; die Gruppe nannte sich fortan Spartakusbund. Nach einem Bericht der Politischen Polizei hatte er Anhänger »in allen Städten und auf dem Lande«(2), Schwerpunkte bildeten Berlin, Stuttgart, Braunschweig, Leipzig, Chemnitz und Düsseldorf. Mit Fortdauer des Krieges wuchs auch in der SPD die Zahl der Kriegsgegner, die schließlich öffentlich die Parteiführung angriffen und deshalb aus der Partei ausgeschlossen wurden. Im April 1917 wurde daher die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet. Trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten mit dieser Partei, die einen nichtrevolutionären Kurs verfolgte, schloß sich ihr der Spartakusbund an, allerdings unter vollständiger Wahrung seiner Autonomie. Die USPD umfaßte zeitweise über 100.000 Mitglieder und übte einen erheblichen Einfluß auf die Arbeiterschaft aus, die Berliner Sozialdemokraten wie die anderer Großstädte traten fast geschlossen der USPD bei. Um sich der verbliebenen legalen Wirkungsmöglichkeiten und des Einflusses auf die Massen nicht zu berauben, lehnte der Spartakusbund Aufforderungen anderer Organisationen (wie etwa der Bremer Linksradikalen) zur Bildung einer eigenen Partei ab. Erst im Zuge der Revolution 1918 vereinigten sich diese Gruppierungen zur Kommunistischen Partei.

Der Spartakusbund betrieb eine lebhafte Flugblatt-Agitation, bereits 1915 wurden etwa eine Million Flugblätter verteilt (3), welche die verschärft wahrzunehmenden Klassengegensätze (Phänomene wie Teuerung und Lebensmittelknappheit) aufgriffen und mit dem Krieg in Verbindung brachten. So sollte die bei Kriegsausbruch propagierte nationale Einheit(4) zerstört und die Arbeiterschaft radikalisiert werden. Bereits im März 1915 gab es in Berlin eine Frauendemonstration mit mehreren tausend Teilnehmerinnen, immer wieder wurden die Arbeiter zum Streik aufgerufen, zuletzt auch mit einigem Erfolg. Unter Arbeitern und Soldaten genoß der Spartakusbund zwar große Sympathie, insgesamt gelang es ihm aber nicht, eine zahlenmäßig entscheidende Anhängerschaft zu gewinnen.

Die Linke und ihr Vaterland

Der »Phrase vom Verteidigungskrieg« entgegnete Rosa Luxemburg: »Wann und wo hat es einen Krieg gegeben, seit die sogenannte öffentliche Meinung bei den Rechnungen der Regierungen eine Rolle spielt, in dem nicht jede kriegführende Partei einzig und allein zur Verteidigung des Vaterlandes und der eigenen gerechten Sache vor dem schnöden Überfall des Gegners schweren Herzens das Schwert aus der Scheide zog? Die Legende gehört so gut zum Kriegführen wie Pulver und Blei.«(5)

Entscheidendes Motiv für seine Antikriegshaltung war dem Spartakusbund die Analyse der Interessen der Kriegsparteien. Liebknecht begründete sein Abstimmungsverhalten im Reichstag mit den Worten: »Es handelt sich um einen imperialis-

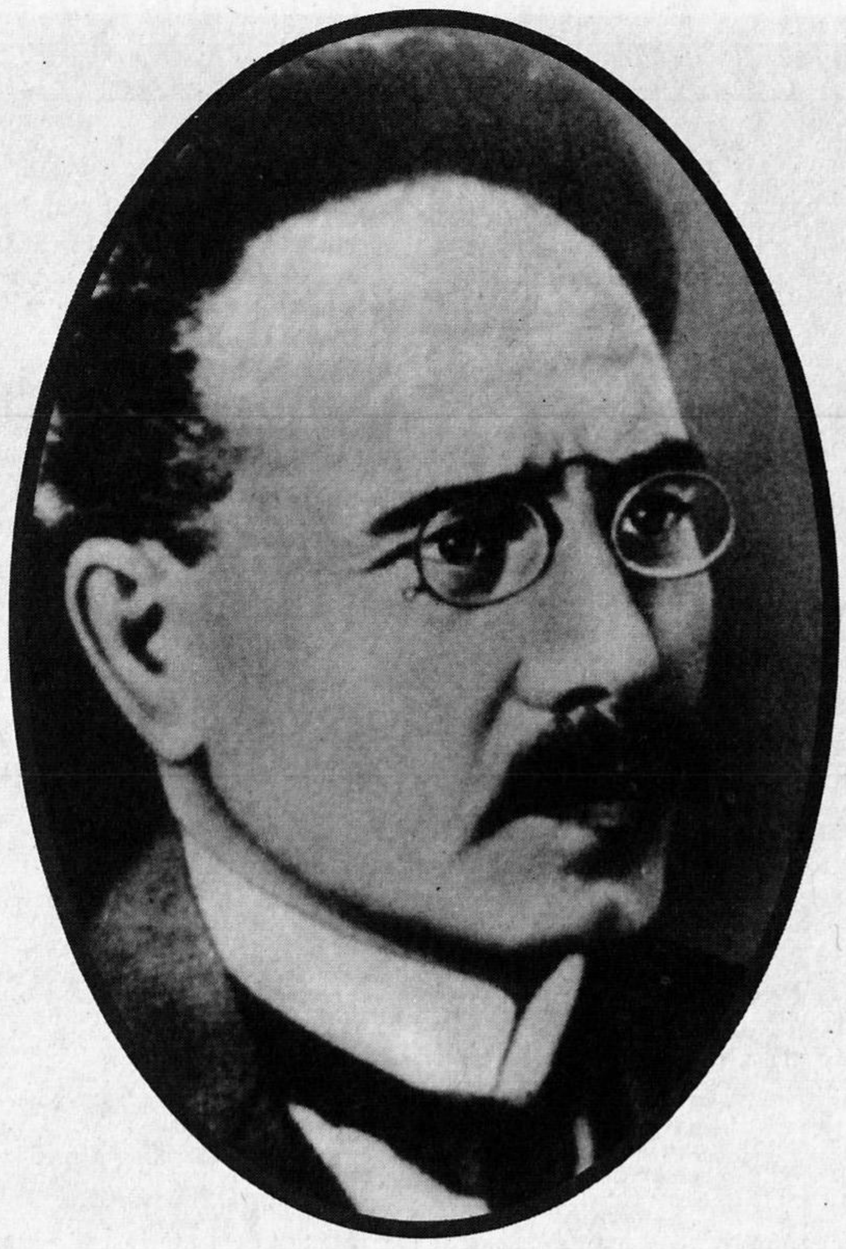
(1) Dokumente und Materialien, Reihe II, Band 1, S. 22.
(2) Zitiert nach Wohlgemuth, S. 145.
(3) So Karl Liebknecht. Zit. nach Wohlgemuth, S.142.
(4) Das Kaiserwort, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche, hatte besonders in der Funktionärsschicht der SPD Hoffnungen auf eine bessere Teilhabe an der politischen Macht nach dem Kriegsende genährt und bestimmte so in hohem Maße ihre Haltung zum Krieg.
(5) Luxemburg, S. 45.

Was will der Spartakusbund?
Foto: Archiv

tischen Krieg, um einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes ...«(6)
Aus dieser durch immer neue Dokumente gestützten Feststellung ergab sich als logische Antikriegshaltung eine konsequent systemoppositionelle Politik. Kriegsursachen wurden als der kapitalistischen Klassenherrschaft inhärent betrachtet, dem Imperialismus die Friedensfähigkeit abgesprochen. Reformistischen Forderungen aus der USPD nach Schiedsgerichten und internationalen Vereinbarungen hielt der Spartakusbund entgegen, der Wunsch nach Verständigung ziele auf die Wiederherstellung des status quo vor dem Krieg - desselben status quo, der die Ursache des Weltkrieges bildete. Zum Thema internationaler Abkommen hieß es in den Spartakusbriefen: »Nach fast drei Jahren eines imperialistischen Hexensabbats, ... der an jedem Tage mit einem neuen Fetzen dieser 'Abkommen' die Lafetten der Kanonen putzt«, stünden die USPD-Führer auf und stammelten: »'Ach so, Imperialismus, Weltkrieg, Militarismus! Nun – dann müssen wir eben internationale Abkommen über Schiedsgerichte und Abrüstung fordern'. – Da hört doch wahrhaft jeder Spaß auf, das grenzt schon einfach an politische Gehirner-weichung.«(7)

Alle Macht kommt ...

Pazifistische Ansätze wird man beim Spartakusbund vergeblich suchen. Die Forderung nach einem Milizsystem und damit einhergehender »Demokratisierung« der Armee bildete stets einen Hauptbestandteil sozialistischer Militärkritik. Eine revolutionäre Regierung, so Käte Duncker, habe sich »natürlich auch gegen von außen eindrängende Feinde zu verteidigen«(8), und auch Rosa Luxemburg hielt eine »nationale Verteidigung nach dem Vorbild der französischen Jakobiner«(9) für theoretisch denkbar. In der imperialistischen Epoche allerdings sei die Möglichkeit nationaler Verteidigungskriege ausgeschlossen, da das Recht auf nationale Selbstbestimmung nur durch den Sozialismus verwirklicht werden könne.
Ausschlaggebend für die Bewertung eines Krieges war immer sein Klassencharakter, eine pazifistische Haltung galt daher als im Grunde reaktionär. Im Verständnis des Spartakusbundes war ein konsequenter Antimilitarist zugleich sozialistischer Revolutionär. Dessen Hauptaufgabe war nach Liebknecht, den internationalen Kapitalismus dort zu fassen, wo er »ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, ... um wenigstens der schlimmsten Wirniß entgegenzutreten.« Alles andere »ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf«. (10)
Entsprechend erklärte Liebknecht Ende Mai 1915, nach dem Kriegseintritt Italiens: »Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer ... Der Hauptfeind steht im eigenen Land!«(11)



Freilich blieb auch den Spartakisten die praktische Unmöglichkeit nicht verborgen, zeitgleich in ganz Europa revolutionär zu intervenieren(12). Ohne daß dies ihre eigentliche Intention war, verfolgten sie daher eine im Ergebnis antinationale Politik und nahmen in Kauf, daß ihre revolutionäre Agitation zur Niederlage des Deutschen Reiches und zum Sieg der Entente hätte führen können.

Strittig war im Spartakusbund die politische Einschätzung von Aktionen einzelner. In der disziplinierten SPD hatten diese stets den Beigeschmack des Anarchistischen, was genauso verfemt wurde wie der Pazifismus. Rosa Luxemburg lehnte »kleine Verschwörerzirkel« und »Paradeaktionen« ab. Ihrer Feststellung, »Revolutionen werden nicht 'gemacht'«,(13) stellte Karl Liebknecht entgegen: »Allzuoft ist jenes Wort als Schild für politische Untätigkeit mißverstanden und mißbraucht worden.« Denn »'Revolutionen' werden ... 'gemacht'.« Es sei nur »ein gesellschaftliches 'Machen'«, ein Prozeß in und durch die Massen, »ein Vorgang, der sich aber vollzieht in Handlungen der einzelnen, aus denen sich die Massen zusammensetzen oder die zuzeiten die Massen vertreten.«
Liebknecht verwarf Einzelaktionen nur dann, wenn sie auch in ihrer Wirkung individualistisch waren, wie beispielsweise einen Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung, solange dadurch nur die »tüchtigsten Antimilitaristen um so zuverlässiger in die Hände der Militaristen« geliefert würden. »Die Vorausberechnung der gesellschaftlichen Wirkung« einer Einzelaktion bildete für Liebknecht den Prüfstein, sollte sie geeignet sein, Massenaktionen zu fördern, so gelte: »Ein Funke ist's, der zündet.« (14)

Was tun?

Begriffe wie Imperialismus und kapitalistische Klassenherrschaft sind nicht mehr up to date, die Friedensbewegung zieht das Zurschaustellen von »Betroffenheit« einer Systemanalyse und -kritik vor, Gewaltfreiheit wird als Wert an sich postuliert und die Berufung auf das Proletariat ist mehr als problematisch. Und doch hat sich der bürgerliche Pazifismus, der nach dem Wegfallen des realsozialistischen Blocks auf eine Friedensfähigkeit des Imperialismus hoffte, gewaltig verrechnet.
Man betrachte die Konflikte etwa in Ex-Zaire oder am Golf, die aggressiv-militärischen Bemühungen der Sozialdemokratie um nationale Interessen, die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Fraktionen, die Rufe nach »Reform« der UNO und nehme noch einmal die Analysen des Spartakusbundes zur Hand - bei aller Vorsicht in der Diagnostizierung historischer Analogien wird man um einige Aha-Erlebnisse kaum herumkommen.

Erinnern sollte man sich auch, wo der Hauptfeind steht: im eigenen Land. Der Nationalismus der Friedensbewegung der 80er Jahre, der antiamerikanische Antiimperialismus der Stadtguerilla, der latente Antisemitismus autonomer PLO-Fans – alle haben den einen Imperialismus nur mit dem anderen bekämpft und damit wohl diverse Ressentiments bedient, nicht jedoch die Wurzeln des von ihnen Bekämpften bloßgelegt. Der Hauptfeind steht im eigenen Land, und er heißt nicht Militarismus, sondern Kapitalismus. Sich das zu merken, kann nichts schaden, und wenn eine Systemalternative nicht zu erkennen ist, gilt es zumindest, alles zur Destruktion des Bestehenden beizutragen: »Zersetzung und Zermürbung des militaristischen Geistes«!(15)

Frank Brendle

(11) Karl Liebknecht, dto., Band VIII. Fünfte Auflage, Berlin/DDR 1974, S. 225-230.
(12) Nach dem Sieg der Oktoberrevolution sah sich der Spartakusbund in der Zwickmühle, einerseits die Machtübernahme der Bolschewiki zu begrüßen, andererseits dadurch eine faktische Stärkung der deutschen Militärmonarchie konstatieren zu müssen.
(13) Luxemburg, S. 133.
(14) Vorangegangene Zitate aus: Antimilitarismus! In: Liebknecht, Band VIII, S. 266-283.
(15) Ebd., S. 279.

Auswahlliteratur:

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, Berlin/DDR 1958.
Wohlgemuth, Heinz: Burgkrieg, nicht Burgfriede! Berlin/DDR 1963.
Luxemburg, Rosa: Die Krise der Sozialdemokratie. In: Dies., Politische Schriften II. Frankfurt a. M./Wien 1966.
Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974.

TKDV

Prozeß-News

Gesinnungsjustiz nun auch in Bernau
Im ersten Bernauer Prozess gegen einen totalen Kriegsdienstverweigerer wurde Ende Januar der 25jährige Michael Müller vom Amtsgericht Bernau zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu je 60 DM verurteilt. Michael Müller war zum 2. September 1996 zum Zivildienst in das Kreiskrankenhaus Preetz einberufen worden, trat jedoch den Dienst nicht an.
Bereits in der DDR hatte Michael Müller aufgrund seiner christlich-antimilitaristischen Haltung den Waffendienst im Rahmen der vormilitärischen Erziehung verweigert. Auch Dienst als Bausoldat wollte er nicht leisten. Ebensowenig ist nun der »Zivildienst« für ihn eine Alternative. Er lehnt nicht die Arbeit ab, die er als Zivildienstleistender tun soll, sondern den Zivildienst als Teil der Gesamtverteidigung. Überdies ist der Zivildienst aus seiner Sicht unsozial, denn er vernichtet Arbeitsplätze.
Unqualifizierte Zivildienstleistende werden den Pflegeansprüchen alter und kranker Menschen nicht gerecht.
Michael Müller und seine Rechtsanwältin werden Berufung einlegen.

»Sippenhaft«
Am 12.3.98 mußte sich Martin Gyampoh vor dem Amtsgericht in Meldorf verantworten. Er war zum 1.September 1997 zur Bundeswehr einberufen worden, aber erst zwei Tage später dort erschienen, um fortan jeden militärischen Befehl zu verweigern. Die Bundeswehr reagierte wie üblich mit der Arrestierung des Totalverweigerers, der sowohl den Wehrdienst als auch den Zivildienst wegen dessen Integration in das militärische System ablehnt. Die Staatsanwaltschaft Itzehoe wirft dem Emdener Fahnenflucht in zwei Fällen und dreifache Gehorsamsverweigerung vor. Martin Gyampoh wurde zu einer Haftstrafe von neun Monaten verurteilt, deren Vollstreckung auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde.
Die Totalverweigerer Detlev Beutner (Braunschweig) und Ralf Morwinsky (Rostock) hatten eine Zulassung als Verteidiger nach § 138 Abs.2 der Strafprozeßordnung beantragt. Das Amtsgericht Meldorf lehnte diesen Antrag ab. Zur Begründung führte Richterin de Vries aus, die gewählten Verteidiger »vermitteln keinen vertrauenswürdigen Eindruck«, da sie selbst wegen Verweigerung des Zivildienstes vorbestraft seien. Zudem stehe zu befürchten, »daß den beiden Antragstellern die persönliche Distanz zu dem gegen den Angeklagten anhängigen Verfahren« fehle.
Beutner und Morwinsky haben gegen diesen Beschluß Beschwerde eingelegt, auf die das Landgericht erst am 17.2.98 reagierte. Angesichts »komplizierter Beratung«, so daß Landesgericht, wurde wenigstens die Hauptverhandlung gegen Martin Gyampoh verschoben. Den beiden Beschwerdeführern wurde »geschäftsmäßige« Rechtsberatung vorgeworfen, die nach dem Rechtsberatungsgesetz vom 13.12.35 (!) verboten ist. Damals primär zur Eliminierung der Juden aus der Rechtsberatung als Gesetz eingeführt, dient es der BRD nun zur Verhinderung der freien Wahl des Verteidigers. Bei Beutner ergebe sich die angebliche »Geschäftsmäßigkeit« dadurch, daß dieser bereits vor zwei Jahren befreundete Totalverweigerer verteidigt habe. Noch kühner wurde der Bogen für Morwinsky gespannt, der noch nie in dieser Art »rechtsberatend« tätig geworden war.
Die »Geschäftsmäßigkeit« ergibt sich bei ihm daraus, daß »zwischen seiner Betätigung und der des Beschwerdeführers Beutner nach der Aktenlage nicht unterschieden werden könne«.

Gleiches Spiel in Frankfurt am Main?
Dort muß sich Torsten Froese am 23.6.98 einem zweiten Prozeß als totaler Kriegsdienstverweigerer am Amtsgericht stellen. Seine Wahlverteidiger Detlev Beutner und Jörg Eichler wurden auch hier nicht anerkannt.
Bereits 1993 wurde Froese zu drei Monaten Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf zwei Jahre Bewährung, verurteilt. Dabei berief man sich sich auf § 53 (1) des Zivilidienstgesetzes, nach dem »Dienstflüchtige« mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft werden können. Froese lehnte den »zivilen« Militärersatzdienst wegen seiner Einplanung in die zivilmilitärische Zusammenarbeit ab, zu der anerkannte Kriegsdienstverweigerer automatisch im Kriegsfall verpflichtet sind. (§79 ZDG). Obwohl laut Art. 103 (3) des GG niemand aufgrund der selben Tat zweimal verurteilt werden darf, hat die deutsche Strafjustiz erneut eine Klage des Bundesamtes für den Zivildienst zugelassen. Ein »Doppelbestrafungsprozeß«, in dem der Angeklagte nicht einmal seine Verteidiger auswählen darf.

Ein Deserteursdenkmal für Bernau

»Gewidmet allen Deserteuren und Verweigerern, deren Heimat die Mutter Erde ist, die im Feind den Menschenbruder erkennen, die statt auf Generäle auf den Befehl ihres Gewissens hören, die nicht an Ideologien, sondern am Leben hängen, deren Angst kleiner als ihre Liebe ist«

Wenn alles glatt geht, dann wird dieser Text ab dem 15. Mai, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, in der Bernauer Mühlenstraße zu lesen sein. An diesem Tag soll, übrigens direkt neben dem pompösen und militaristischen Kriegerdenkmal, ein Denkmal für Deserteure und Verweigerer enthüllt werden. Das Bronzerelief zeigt einen gefesselten Mann mit verbundenen Augen. Um ihn herum sind mehrere Einschußlöcher. Darunter steht: »Weil er nicht töten wollte!« Das Relief schuf der Biesenthaler Bildhauer Friedrich Schötschel.

Mehr als zwei Jahre kontinuierliche Arbeit waren nötig, um dieses Ziel zu erreichen. Die ganze Geschichte begann Anfang des Jahres 1996. Damals gründeten zwölf vor allem junge Leute einen Initiativkreis und begannen, sich inhaltlich mit dem Thema zu beschäftigen. Es folgten öffentliche Diskussionen und Veranstaltungen mit den Wehrmachtsdeserteuren Gerhard Zwerenz, Kurt Kretschmann und Reimar Gilsenbach. Ziel war es dabei immer, endlich die so nötige Diskussion über Verweigerer und Deserteure und die Bewertung ihrer Handlungen in unserer Stadt anzustoßen. Gelten sie doch noch oft als Feiglinge und Vaterlandsverräter. Auftrieb bekam die Diskussion vor allem dadurch, daß wir für die Aufstellung des Denkmals einen positiven Beschluß der Stadtverordneten brauchten. Obwohl wir die Entscheidung z.B. mit einer Unterschriftensammlung gut vorbereitet hatten, fiel sie für uns doch überraschend deutlich aus. Von den 28 Stadtverordneten stimmten immerhin 22 für die Aufstellung unseres Denkmals, lediglich die Angehörigen der CDU konnten sich mit einem Denkmal für Deserteure und Verweigerer nicht anfreunden und stimmten gegen das Denkmal oder enthielten sich. Besonders nach diesem Beschluß entwickelte sich eine rege Leserbriefdiskussion in den regionalen Zeitungen.
Die Berichterstattung in diesen Zeitungen war insgesamt zufriedenstellend. Im Rahmen dieser politischen Auseinandersetzung sammelten wir mehrere hundert Unterschriften, unterstützten eine Ausstellung der Friedensbibliothek Berlin über Deserteure in der Marienkirche und organisierten eine Vorführung des Bild- und Tonfeatures von Klaus Ihlau über den ermordeten Wehrmachtsverweigerer Franz Jägerstätter.
Der Rummel um unser Denkmal ist zwar inzwischen wieder abgeklungen, wir rechnen aber mit einer erneuten Diskussion nach der Enthüllung am 15. Mai. Natürlich gab es daneben noch vieles andere zu tun. So wurde sehr lang über den Denkmalstext und über die Künstlerentwürfe diskutiert. Nervenaufreibend waren auch die Auseinandersetzungen mit den Bauanträgen und mit den Denkmalschützern und Statikern.
Friedrich Schötschel verzichtet völlig auf sein Künstlerhonorar. So liegen die Kosten für das Denkmal bei »nur« ca. 16.000 DM. Da wir für das Denkmal keine Zuwendungen von der Stadt bekommen, finanzieren wir es nur über Spenden und Benefizveranstaltungen. So gab es Konzerte mit Musikern der Komischen Oper, Gerhard Schöne, Bettina Wegner und vielen anderen Künstlern.

Thomas Janoschka

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Bernau im Dostoprimetschatelnosti, Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau
Tel. (03338) 5590

Spendenkonto Mathias Schlenther, Deserteur-Denkmal Kto. 778842 Evangelische Darlehnsgenossenschaft Berlin · BLZ 10060237

ANZEIGE

ICH möchte die INSEL IM UNSINN:

☐ ein Jahresabo für 121,80 DM, Mindestpreis 97,80 DM), Porto incl.
☐ ein Probeabo – zwei aktuelle Hefte für 19DM, keine autom. Verlängerung
☐ ein kostenloses älteres Probeheft.

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Coupon senden an: Blätter Verlag
Postfach 28 31 D-53018 Bonn
Tel. 0228-65 01 33 Fax 0 228- 65 02 51

Wer in einer Zeit fortschreitender Entpolitisierung und Individualisierung … noch die Notwendigkeit verspürt, über den Gang der öffentlichen Angelegenheiten zu debattieren, der kann sich in den BLÄTTERN bestens aufmunitionieren.
WDR

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die BLÄTTER für deutsche und internationale Politik sind das Forum für aktuelle und grundsätzliche Streitfragen in Politik und Gesellschaft. Hier führen Wissenschaftler und Publizisten heute die Debatten über entscheidende Fragen von morgen. Auch deshalb sind die Blätter die meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum.
Herausgegeben von Norman Birnbaum, Micha Brumlik, Dan Diner, Günter Gaus, Jürgen Habermas, Detlef Hensche, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid, Walter Jens, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Ingeborg Maus, Klaus Naumann, Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene Runge, Karen Schönwalder, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit und Rosemarie Will.
www.blaetter.de

Beratung fürs Leben

An einem Donnerstag im Februar war es soweit. Obwohl wir alle schon irgendwie eine Idee hatten, was wir so im Leben anfangen könnten, gingen wir ins Berufsberatungszentrum BIZ des Potsdamer Arbeitsamtes. Denn dort sollte Herr Thomas von der Bundeswehr beraten – quasi Zukunfts-Chancen erläutern. Da nicht allzuviel los war, mußten wir gar nicht lange warten und konnten gleich unsere vielen Fragen loswerden. Wie man am besten Freunde beim Bund finde? Ob man seine Reichskriegsflagge mit aufs Zimmer nehmen könne? Ob's denn heiß hergehe bei so einem Auslandseinsatz? Und so weiter.

Herr Thomas hat in seiner Ausbildung gut aufgepaßt und schnell gemerkt, an wen er gekommen war. Er hat auch begriffen, daß Personaloffiziere der Bundeswehr in solchen Fällen nicht kneifen, sondern sich dem Feind stellen. Dienst ist schließlich Dienst. Und so bekamen wir unter den schon leicht nervösen Blicken der Damen vom BIZ eine ausführliche Einführung in die Grundkapitel der Vaterlandsverteidigung. Ob es die »demokratische Hierarchie« betraf, die Möglichkeiten der Beschwerde, die Verteidigungspolitischen Richtlinien oder auch Nazis in der BundesWehrMacht – Herr Thomas konnte alles beantworten. Etwas hilflos manchmal, aber was soll er tun, wenn sich so viele Nazis einen »Waffenschein« holen wollen. Er hätte sie schließlich lieber auch nicht dabei. Auch die vielen Traditionszimmer nicht. Das sage er uns aber nur als Bürger, nicht als Soldat. Ein Musterbeispiel des »Bürgers in Uniform«.
Leider blieben wir zeitweise nicht die einzigen, die Herrn Thomas besuchen wollten. So kam auch ein junger Mann in Begleitung seiner Eltern. Wir diskutierten gerade über Auslandseinsätze der Bundeswehr und darüber, daß die Rückreise dann zuweilen im Zinksarg stattfände. Auf unsere Bemerkung, daß Herr Thomas den jungen Mann auch darüber aufklären möge, meinte Papa: »Dat wäre ja wohl klar, darüber muß man nich reden.« Söhnchen hat nicht schlecht gestaunt. Leider sind sie gleich wieder gegangen. Papa wollte nicht warten, bis Herr Thomas uns die Bundeswehr erklärt hatte.
Etwas haben wir gelernt: Herr Thomas nimmt nicht jeden. Seine Jungs sollen Manieren und was im Köpfchen haben, aber sich auch unterordnen können. Nazis nimmt er nicht, wenn er sie erkennt. Wie kommen sie also zum Bund?

Jörg Kwapis

Spurensuche in Potsdam

Welche antimilitaristischen Traditionen hat eine Stadt, die fast 300 Jahre eine einzige große Kaserne war?
Eine gelebte antimilitaristische Tradition gibt es nicht, und so kann auch hier nicht mehr getan werden, als Vorfälle aufzuzählen, die erahnen lassen, daß es auch eine andere als die militaristische Tradition Potsdams gibt.

Deserteure
Solange es Armeen gibt, so lange wird es Deserteure geben. Zu Beginn der Karriere Potsdams als Garnisonsstadt war der Weg nach Sachsen nicht weit. Nur vier Stunden Fußmarsch immer an den Havelseen entlang nach Süden lag die Landesgrenze. Es waren nicht wenige Rekruten der Potsdamer Garnison, die diesen Weg versuchten, und so kam Potsdam, das im Mittelalter gerade mal einen Stadtgraben besaß, 1731 zu seiner ersten richtigen Stadtmauer. Die Desertionen hat auch sie nicht beendet. So können wir wohl mit Recht die Überreste der Potsdamer Stadtmauer als Zeugnis der wohl ältesten antimilitaristischen Tradition überhaupt werten, der Desertion. Bereits 1730 versuchte sich Kronprinz Friedrich als Deserteur, er scheiterte jedoch und sorgte dann als Friedrich II. dafür, daß die Potsdamer Stadtmauer schönere Tore erhielt.

Soldaten
Die Revolution von 1848 ließ auch die Soldaten der Potsdamer Garnison aufbegehren, sie hißten auf dem Gut Bornstedt die schwarzrotgoldene Flagge, und im Oktober rebellierten die im Neuen Palais stationierten Grenadiere und Füsiliere des 1. Garderegiments und verfaßten eine Grußbotschaft an die Nationalversammlung. Am Stadtschloß von Potsdam kam es zur ersten verbürgten Potsdamer Straßenschlacht, in deren Verlauf auch einige Fensterscheiben des Schlosses zerbrachen. Im November waren sie jedoch unter den 50.000 Soldaten, die in Berlin einmarschierten und die verfassunggebende Versammlung auseinanderjagten. In Potsdam-Nowawes zerstörten Arbeiter und Potsdamer Bürger (»wohlgekleidete Männer«) die Eisenbahnschienen, um weitere Militärtransporte nach Berlin zu verhindern.

Oberst
Am 31. Dezember 1898 wurde in Potsdam durch die preußische Geheimpolizei die Beerdigung eines Mannes überwacht, dessen Lebensweg bemerkenswert ist. Moritz von Egidy entstammte einer sächsischen Offiziersfamilie.
1847 geboren, wurde Egidy nach dem Tod seines Vaters in der Potsdamer Kadettenschule erzogen. Mit siebzehn wurde er Leutnant, war in den Kriegen von 1866 und 1870/71, wechselte in die sächsische Armee und wurde 1890 Oberst.
In jenem Jahr erschien sein Buch »Ernste Gedanken«. Diese Schrift, die ihn in den folgenden acht Jahren zu einer der bekanntesten Personen des öffentlichen Lebens machte, enthielt an sich nichts Neues. Egidy verneinte, daß die Kirche in der damaligen Gestalt die Ausbreitung des Christentums fördere, dieses müsse von dem Glauben an die Gottessohnschaft Christi und von den Wundergeschichten gereinigt werden. Seine Idee war, durch eine Erneuerung des Christentums eine einige friedliche Welt zu schaffen. Die an sich anspruchslose Schrift traf auf große Zustimmung und heftige Ablehnung. Ein Offizier und Adliger verriet die »heiligsten Güter der Nation«, des wilhelminischen Deutschlands. Deswegen wurde Egidy nahegelegt, seinen Abschied einzureichen – er wurde zwangspensioniert. Doch er rückte nicht von seiner Meinung ab und pflegte auch politische Kontakte zu solch »gefährlichen Personen« wie Landauer, Lily von Braun und Bertha von Suttner. 1897 zog er nach Potsdam, wo selbst seine Beerdigung noch von der Geheimpolizei beobachtet wurde. Dort wurden auch »die Anarchisten Weidner und Spohr« ausgemacht.

Hauptmann
Am 8. Oktober 1906 betrat der Schuster Wilhelm Voigt die Altwarenhandlung Bertold Remlingers in der Mittelstr. 3 im Holländischen Viertel. Schwerpunkt des Trödelladens: gebrauchte Uniformteile! Voigt erstand eine Hauptmannsuniform und im Vernickelungsgeschäft in der benachbarten Kreuzstraße die Sporen. Wegen des Mantels, der Mütze und des Säbels kehrte er noch zweimal erfolglos zurück und kaufte sie schließlich bei Altwaren- und Kostümhändlern in Berlin. Kurze Zeit später besetzte er als Hauptmann mit zehn dienstverpflichteten Soldaten auf höheren Befehl das Rathaus von Köpenick und beschlagnahmte die Amtskasse.

Abgeordneter
»Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird die kaiserliche Familie mit den übrigen Prinzen und dem gesamten Hofstaat im Falle einer Wahl Liebknechts Potsdam verlassen und in eine andere Residenz übersiedeln. Vom Kriegsministerium ist gleichfalls eine Verlegung der Gardetruppen und weiterer Teile der Garnison im Falle einer Wahl Liebknechts geplant.« »Sollten diese Maßnahmen durchgeführt werden, so würde das einen vollständigen Ruin der Potsdamer Geschäftswelt, des Mittelstandes und eine große Arbeitslosigkeit für die Potsdamer Arbeiterschaft bedeuten.« (Potsdamer Intelligenzblatt, 1912) Am 25. April 1912 erhielt Karl Liebknecht im »Kaiserwahlkreis« 24.299 Stimmen, sein Gegenkandidat nur 20.369 Stimmen: Der Kaiser beließ seinen Hofstaat noch bis zur Novemberrevolution in Potsdam, und Liebknecht stimmte 1914 im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite.

Deserteure
Am Weltfriedenstag 1990 wurde in Potsdam das »Denkmal für den unbekannten Deserteur« enthüllt. Das Denkmal ist eine Leihgabe des Bonner Friedensplenums an die Stadt Potsdam. Während des zweiten Golfkrieges wurde es zum Treffpunkt der PotsdamerInnen, die gegen den Krieg protestierten, und ist seitdem Ausgangspunkt fast aller in Potsdam stattfindender Demonstrationen. Und das ist vielleicht schon Tradition.

Jan Wendt

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Lindenstr. 53
14467 Potsdam
Tel. (0331) 2805083
Fax (0331) 2708728
Beratung:
Mo - Mi 18.00 - 20.00

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. - Mitgliederversammlung vom 16.3.98

Diesmal hatten sich 14 stimmberechtigte Mitglieder in der Oranienstraße eingefunden. Bei den Wahlen zum Vorstand gab es eine Veränderung: Als Nachfolger von Frank John, der seine Tätigkeit für den Verein beendet hat, wurde Frank Brendle zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Frank John sei an dieser Stelle für seine langjährige Mitarbeit nochmals heftig gedankt. Udo Kroth ist weiterhin Vorsitzender, Klaus Dieter Meyer Kassenwart. Michael Behrendt ist zum Geschäftsführer des Vereins benannt worden. Die »Doppelstaater-Arbeitsgruppe« plant ein Folgeprojekt zur Unterstützung türkischer Kriegsdienstverweigerer. Wir streben eine europäische Vernetzung auf diesem Gebiet tätiger Gruppen und Personen an, um stärkeren politischen Einfluß zu gewinnen. Das Ziel ist die Legalisierung der KDV in der Türkei. Wir wollen das Projekt bereits beim Europäischen Friedenskongreß (29.-31. Mai 98) in Osnabrück vorstellen. Zum Thema *illoyal* gab es inhaltliches Lob, aber auch Kritik daran, daß das Journal ohne Einberufung einer Mitgliederversammlung ins Leben gerufen wurde. Kontrovers diskutiert wurde der Einwand, daß die Beratungstätigkeit zu Lasten der politischen (Öffentlichkeits-)Arbeit gehe und die Inhalte zu kurz kämen, der Verein damit zu unpolitisch sei. Demgegenüber wurde angeführt, daß trotz einer dünner gewordenen »Personaldecke« jetzt eine eigene Zeitung produziert wird und immer noch die eine oder andere Aktion organisiert wird.
Der Unterschied, daß die einen in der Informationstätigkeit zur KDV politische Arbeit sehen, während andere dies nur als reine Dienstleistung betrachten, wurde bei der Diskussion völlig außer acht gelassen.
Und weil's so schön war, gleich die nächste:

Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins »Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.«
Am Donnerstag, dem 14. Mai 1998 um 20.00 Uhr in der Oranienstr. 25, 10999 Berlin
Tagesordnung:
Regularien
Satzungsänderung: Der Vorstand schlägt vor, daß im §2 (Vereinszweck) ein Satz hinzugefügt wird: »Zweck des Vereins ist es, Wehrpflichtigen, Grundwehrdienst- und Zivildienstleistenden bei der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen behilflich zu sein«
Verschiedenes

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und letztendlich Auflösung der Armeen ein.

Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
- *Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer*
- *Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr*
- *Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV*
- *internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch Projekte und Unterstützung befreundeter Gruppen im Ausland, z.B. in der Türkei*
- *Herausgabe der Zeitschrift illoyal - Journal für Antimilitarismus*

Als Mitglied erhältst Du
- *kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung*
- *aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.*
- *Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater*
- *vier mal jährlich die Zeitschrift* ***illoyal*** *frei Haus*

Wir sind ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Du kannst uns durch Mitgliedschaft, Förderung oder durch Deine Mitarbeit unterstützen

☐ Ich möchte weitere Informationen über den Verein
☐ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden

Name _____

Adresse _____

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Oranienstr. 25, 10999 Berlin

Auslandsaufenthalte

Als junger Mann ins Ausland gehen? Eigentlich eine gute Idee, doch das Wehrpflichtgesetz schiebt dem einen Riegel vor. Wer vom 17. Lebensjahr an für länger als drei Monate ins Ausland will, muß sich dafür vorher eine Genehmigung des Kreiswehrersatzamtes (KWEA) einholen. Diese Genehmigungspflicht gilt auch, wenn man einen Auslandsaufenthalt, der eigentlich für kürzere Zeit geplant war, verlängern will. Ungenehmigte Auslandsaufenthalte verlängern das Einberufungshöchstalter von 25 auf 28 Jahre. Eine Ausnahme hiervon bilden bisher Schüleraustauschprogramme im 17./18. Lebensjahr.

Zwischen abgeschlossener Musterung und Einberufung wird in der Regel keine Genehmigung mehr erteilt. Bei Vorliegen bestimmter Zurückstellungsgründe macht das KWEA allerdings auch Ausnahmen, ein Versuch kann sich also lohnen.

Wer ohne Genehmigung ins Ausland geht und sich dort vermeintliche Zurückstellungsgründe schafft (z. B. ein Drittel der Regelstudienzeit hinter sich bringt), hat Pech: Dies wird von den KWEA nicht anerkannt, da man sich das Vorliegen dieser »besonderen Härte« nur durch eigenmächtige »Republikflucht« ertrickst hat.

Ausschlaggebend für die Wehrpflicht ist der »ständige Aufenthalt«. Der ist immer dort, wo man sich niedergelassen hat, um auf Dauer zu bleiben und den Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse zu bilden. Wer also im Ausland eine Ausbildung absolviert oder ein paar Jahre auf Weltreise geht, ist damit die Wehrpflicht nicht los, da davon ausgegangen wird, daß er danach wieder in die BRD zurückkehrt.

Nur, wenn der ständige Aufenthalt und die Lebensgrundlage außerhalb der BRD sind und glaubhaft gemacht werden kann, daß das auch so bleiben wird, »ruht« die Wehrpflicht, es erfolgt also keine Einberufung. Beispielsweise bei Deutschen, die niemals in der BRD gewohnt haben, bei Deutschen, die auch die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates haben oder die sich im Ausland bereits so eingerichtet haben, daß nichts dafür spricht, sie zögen jemals wieder in die BRD. Feste Arbeits-, Einkommens- und Familienverhältnisse im Ausland dienen hierfür als Indizien. Wer als »Auslandsdeutscher« jedoch von seinen in Deutschland lebenden Eltern finanziell abhängig ist, bleibt wehrpflichtig. Verlegen Leute mit ruhender Wehrpflicht ihren ständigen Aufenthalt in die BRD (zurück), tritt die Wehrpflicht wieder in Kraft.

Für die Glaubhaftmachung eines ständigen Aufenthaltes im Ausland genügt es nicht, sich in der BRD polizeilich abzumelden! Liegt dem KWEA keine Adresse im Ausland vor, kann es vermuten, der Wehrpflichtige lebe nach wie vor im Inland, besonders, wenn er einen Postbevollmächtigten in der BRD angibt. Männer unter 28, die im Ausland leben, aber deren Wehrpflicht nicht ruht, können von den deutschen Botschaften per Post Einberufungsbescheide erhalten; es standen auch schon Konsulatsbeamte persönlich vor der Haustür. Auf genügend lange Gültigkeitsdauer des Reisepasses sollte geachtet werden. Fehlen die Möglichkeiten zur Zustellung von Einberufungsbescheiden im Ausland, ist auch eine öffentliche Zustellung möglich; in diesem Fall wird der Einberufungsbescheid im KWEA bzw. im Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) ausgehängt.
Da die Betreffenden von solcherart Einberufungen keine Kenntnis haben können, hat ihre Nichtbefolgung in aller Regel keine strafrechtlichen Konsequenzen. Es ist aber schon mehrfach vorgekommen, daß junge Männer, die nichtsahnend zum Urlaub in die BRD kamen, direkt vom Flughafen in Untersuchungshaft wanderten; vor der Einreise sollte daher ein Bevollmächtigter zur Akteneinsicht ins KWEA oder BAZ geschickt und gegebenenfalls ein Rechtsanwalt konsultiert werden.

In keinem Fall ist es möglich, Wehrpflichtige aus dem Ausland heraus zwangsweise zur Musterung vorzuführen, auch hier gilt also: Ohne Musterung keine Einberufung.
Wer so lange im Ausland bleibt, bis er mindestens 28 ist, hat sich in aller Regel den Zwangsdienst erspart, sofern er nie einberufen wurde.

Gewarnt sei vor zwei Risiken: Keine Regel ohne Ausnahme! Es kann niemals ausgeschlossen werden, daß KWEA oder BAZ Argumente (er)finden, wonach der Wehrpflichtige sehr wohl Kenntnis von einer öffentlichen Einberufung gehabt hätte, oder ausnahmsweise bis 32 einberufbar sei. Daher ist vor eventueller Rückkehr wie beim Erhalt irgendwelcher Schriftstücke auf jeden Fall eine kompetente Beratungsstelle zu Rate zu ziehen.
Und: Vorsicht vor Täuschungen! Wer behauptet, im Ausland zu wohnen und trotzdem weiterhin in der BRD lebt, riskiert ein Strafverfahren wegen Wehrpflichtentziehung durch Täuschung – das Strafmaß dafür ist das gleiche wie für Fahnenflucht: maximal 5 Jahre.

Ingmar Brand

Service

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Oranienstr. 25, 10999 Berlin
Tel. (030) 61500530 · Fax (030) 61500529
e-mail: info@Kampagne.DE
http://www.Kampagne.DE
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Soldaten- und Reservistenberatung:
jeden 1. Freitag im Monat 19.30 - 20.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung: montags 17.30

Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen, deren Adressen sich leider oft ändern. Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermittelt zu: Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit · TKDV-Anlaufstellen · Rechtshilfefonds · Schwulen Kriegsdienstgegnern · Zivildienstberatung

Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre
von Michael Behrendt und Matthias Mücke
Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht
herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 50 S., DM 7,00

Totalverweigerung – eine Streitschrift für die totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz*
herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00

Askerligi Reddedelim - Kriegsdienste verweigern!
Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater
von Christian Herz und Mustafa Ünalan,
zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 5,00

In Kürze erscheint:
Bloß nicht zum Bund!
Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen
Redaktion: Ulrich Hesse, Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht
Berlin 1998, ca. 50 S., ca. DM 5,00

Termine

24. April 1998
Prozeß gegen Gerit Z. wegen »Ja. Morden«
Landgericht Tiergarten (Berlin)
Uhrzeit und Gerichtssaal bitte im Kampagnenbüro erfragen

27. April - 8. Mai 1998
Aktionswoche zum NPT-PrepCom in Genf
Gewaltfreie Aktionen, Lobbyarbeit und Demos.
Kontakt: Trägerkreis der Kampagne »Atomwaffen abschaffen« c/o Naturwissenschaftler-Initiative »Verantwortung für den Frieden«, Gutenbergstr. 31, 44139 Dortmund

15. - 18. Mai 1998
Bundestreffen der totalen Kriegsdienstverweigerer in Braunschweig
Kontakt: Totalverweigererinitiative Braunschweig, c/o Detlev Beutner, Helmstedter Str. 21, 38102 Braunschweig
Tel. und Fax (0531) 794688

18. Mai 1998
Prozeß gegen die TKDV-Initiative Braunschweig wegen angeblichen »Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz« (Kontakt wie oben)

18. - 20. Mai 1998
Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) auf dem Flughafen Schönefeld
Schwerpunkt: Transportflugzeuge für Krisenreaktionskräfte – Gelegenheit für phantasievolle gewaltfreie Meinungsäußerungen

29. - 31. Mai 1998
European Peace Congress in Osnabrück
unter dem Motto »Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstiftenden Europa«
Kontakt: Friedenskongreß '98
Postfach 4124, 49031 Osnabrück
Tel. (0541) 260650
Fax (0541) 260680

10. Juni 1998
Gelöbnix vor dem Roten Rathaus Berlin

Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
Deutsche Post Postvertriebsstück Entgelt bezahlt VKZ: A 45596

Freſſen und Sauffen, Hunger
und Durſt leiden, huren und
buben, raßlen und ſpielen,
ſchlemmen und demmen,
morden und wieder
ermordet werden,
todt ſchlagen und
wieder zu todt
geſchlagen werden, tribulirn und wieder getrillt werden, jagen und wieder
gejaget werden, ängſtigen und wieder geängſtiget werden, rauben und wieder
beraubt werden, plündern und wieder geplündert werden, ſich förchten und
wieder geförchtet werden, Jammer anſtellen und wieder jämmerlich leiden,
ſchlagen und wieder
geſchlagen werden,
und in Summa nur
verderben und beſchädi-
gen, und hingegen wieder
verderbt und beſchädigt werden:
war ihr gantzes Thun und Weſen ...

Grimmelshauſen, Der Abentheurliche Simpliciſſimus Teutſch, 1669

EIGENTUMSVORBEHALT: Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.
ISSN 1434-2871